

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Prämienanhang: Vierteljährlich 2,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Deutsches Ausland 2 Mark, für das übrige Ausland 6 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Bezieht für die sechsgeheilte Annoncengelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeige und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Reichstagerwahl in Frankfurt-Lebus.

Am Donnerstag, den 15. September, findet die Erstausswahl statt, die durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Professors Detto notwendig wurde. Auf ihren Ausgang darf man mit Recht gespannt sein. Angesichts der Wahlerfolge, die die Sozialdemokratie bei den bisherigen Nachwahlen erzielt hat, nimmt es nicht Wunder, wenn in Parteikreisen und auch bei einem Teile unserer Gegner mit einem abermaligen Siege der sozialdemokratischen Kandidaten in Frankfurt-Lebus gerechnet wird. Nichts wäre aber gefährlicher für uns, als uns auf die zweifellos vorhandene psychologische Wirkung der bisherigen Wahlsiege zu verlassen und anzunehmen, der Sieg müsse uns werden, weil in bürgerlichen Kreisen eine gewisse Verbrossenheit über die Steuerpolitik vorhanden sei. Die Parteigenossen, die bisher im Wahlkreise eine respektable agitatorische Arbeit geleistet haben, werden auch in den paar Tagen, die uns von der Wahl trennen, alles drausuchen müssen, um auch den letzten unserer Anhänger an die Wahlurne zu bringen.

Die soziale Gliederung der Wahlkreisbevölkerung hat sich gegen 1908, wo wir den Kreis mit 14 685 Stimmen in der Stichwahl eroberten, nicht geändert. Die Landwirtschaft, das Kleinhandwerkertum und die namentlich in Frankfurt sitzenden zahlreichen Beamten und sonstige abhängige Existenzen stellen noch eine Wählerzahl, mit der die Sozialdemokratie zu rechnen hat und von der ganz gewiß ein beträchtlicher Teil bei der diesmaligen Wahl gewonnen werden dürfte. Das 1908 eroberte Mandat wurde schnell für ungültig erklärt und nunmehr ging der Wahlkreis in die Hände der Nationalliberalen über. Wassermann zog nach Braun in den Reichstag ein. Im Jahre 1907 kamen wir mit 12 388 Stimmen gegen 7 722 freikonservative und 10 070 nationalliberale Stimmen abermals in die Stichwahl, unterlagen aber mit 12 196 Stimmen den vereinigten Gegnern, die es auf 17 805 Stimmen brachten. Die freikonservativen waren restlos für den nationalliberalen Kandidaten Detto eingetreten und hatten so das Mandat vor dem roten Ansturm „gerettet“.

Kann hat sich zweifellos seit 1907 auch in der Bevölkerung des Wahlkreises eine Veränderung in der politischen Denkwelt vollzogen. Die mannigfachen politischen Ereignisse, die Tätigkeit des Bülowblocks, die Kaiserreden, die Finanzreform des schwarzblauen Blocks, die Verschlechterung der gesamten Lebensbedingungen, der Wahlrechtskampf und die Wahlrechtsvorlage haben ihre Furchen auch in jenen ländlichen und kleinstädtischen Bezirken des Wahlkreises gezogen, wo man sonst höchst selten zu politischen Tagesfragen Stellung nahm und friedlich seinen Kohl baute. Jetzt ist ein schwaches Erwachen des oppositionellen Geistes zu konstatieren. Der Jorn der Bevölkerung über den reichen Steuersegen ist so groß, daß die bürgerlichen Parteien, die sich um das Reichstagsmandat bewerben, alle Hände voll zu tun haben, um ihre Anhänger bei guter Laune zu erhalten. Dabei kann man dann das ergötzliche Schauspiel erleben, daß sich die Konservativen und Nationalliberalen gegenseitig die Schuld an dem Steuersegen zuschieben.

Die Konservativen glauben diesmal die Sache besonders schlan anzupacken, indem sie sich einen „Arbeiterkandidaten“ in der Person des nationalchristlichen Arbeitersekretärs Dunkel-Vorlin zulegen. Der beklagenswerte Mensch hat die Aufgabe zugewiesen erhalten, die konservative Steuer-macherei vor dem Landvolk und dem städtischen Anhang der Junkerpartei zu verteidigen und die Konservativen als die wahren Bahnhüter auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge zu feiern. Die Wahlreden dieses Herrn Dunkel sind gespickt mit Ausfällen auf die Sozialdemokratie, muten im übrigen wie eine blutige Travestie auf die notorische Jagier, Steuer-schen und Arbeiterfeindschaft der Junker und Junkerengenossen an und endigen stets mit dem recht deutungs-fähigen Hohen-zollenwort: Jedem das Seine! Dieser Schlusssatz der Dunkel-schen dunklen Reden ist schließlich der einzige Lichtfleck in dem „Programm“, das der konservative Arbeiterkandidat mit ziemlich geläufiger Junge herabzuleiern pflegt. Jedem das Seine! Den Junkern alle fetten Posten an der Staats-futterkrippe und die Regierungsgewalt, dem Kapitalisten das unumschränkte Ausbeutungsrecht und dem Arbeiter entfangungs-volles Dulden, Hörigkeit und die regelnde Hand des Polizeibüchseis.

Herr Dunkel ist unseres Erachtens nur der Blahhalter für einen konservativen feudalen Herrn aus dem Kreise, der es in dieser brennlichen Zeit verschmähst, die glorreiche Staats-tunf des schwarzblauen Steuerfortuniums zu verteidigen. Wenn die Hauptwahlen kommen, dann wird auch die konser-vative Arbeiterkandidatur des Herrn Dunkel ein Ende haben. Jetzt aber geht die Kalkulation der Konservativen dahin, durch die Arbeiterkandidatur Dunkel die der Sozialdemokratie noch fernstehenden städtischen und ländlichen Arbeiter zur konser-vativen Partei herüberzuziehen. Diese Spekulation wird sich als verfehlt erweisen. Wenn ländliche Arbeiter noch für einen konservativen Kandidaten stimmen, so geschieht es mit Hilfe des sanften Druckes, den die Dorf- und Gutsbezirksmandarinen auf die abhängigen Wähler ausüben.

Im Streit über die Frage, wer denn eigentlich der Schuldige an dem unerhörten Steuerdruck sei, gerieten sich Konservativ und Nationalliberale in die Haare. Die konser-vativen Wahlredner wiesen überall darauf hin, daß die Nationalliberalen, die im Wahlkampf an der konservativen Steuerpolitik kein gutes Haar ließen, selbst der Sünde bloß seien und bereit waren, für 400 Millionen Mark indirekter Steuern zu stimmen. Uebrigens hat der nationalliberale Kandidat Dr. Winter-Magdeburg in seinen Versammlungen selbst erklärt, für neue indirekten Steuern und für eine weitere Belastung des Tabaks und Bieres stimmen zu wollen — falls er gewählt wird! Das hat nach-träglich die Nationalliberalen nicht abgehalten, zwei Flug-blätter mit Vorwürfen gegen Konservativ und Sozial-demokraten herauszugeben, und dem Volke zu verkünden, daß die Finanzreform und der Sturz ihres Lieblings Bülow so ziemlich das gemeinste wäre, was der schwarzblaue Block auf dem Kerbholz habe.

Die Nationalliberalen verrichten indes vergebliche Arbeit, wenn sie die Wähler glauben machen wollen, daß die Finanz-reform „ganz anders“ aussehen würde, falls sie den national-liberalen Segen gefunden hätte. Da der Schwindel von der politischen Zuverlässigkeit und Stubenreinheit der National-liberalen nicht mehr ziehen will und sogar ganz respektable Bürgerkreise mit Wahlenthaltung drohen, so muß die patrio-tische Phrasen herhalten. Die nationalliberale Presse redete von Krieg und Kriegsgefahr, erinnerte an die „glorreiche Zeit“ von 1870, und die nationalliberalen Redner machten es ebenso. Forsetzung der Kolonialpolitik, Ausplünderung des eigenen Volkes und Dienstbarmachung fremder Völker war das A und O der nationalliberalen Agitation, soweit sie sich gegen die So-zialdemokratie richtete.

Die Fortschrittliche Volkspartei, die in früheren Zeiten im Wahlkreise einige Bedeutung hatte, ist ganz in das national-liberale Lager abgewandert; sie spielt numerisch keine Rolle mehr. Die Tatsache, daß „liberale“ Leute einen Mann wie Dr. Winter schlucken, der in Eisenach die Parole für die Antisemiten ausgegeben hat, wirkt ein bezeichnendes Licht auf die noch vorhandenen Mannen der Fortschrittlichen Volkspartei. Es ist aber begründete Hoffnung vorhanden, daß ein Teil der wirklich liberal empfindenden bürgerlichen Elemente nicht für Winter, sondern für den sozialdemokratischen Kandidaten Faber eintreten wird.

Die Nationalliberalen hoffen, mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen und dann mit konservativer Hilfe den Kreis zu erobern. Andererseits hoffen auch die Konser-vativen, mit uns in die Stichwahl zu kommen, eine Hoff-nung, die keine reale Grundlage hat. Aber selbst für diesen Fall haben die nationalliberalen Wahlredner ihre Wahlhilfe in Aussicht gestellt! Ob alle nationalliberalen Wähler nach Kommando ihrer Strategen ein-schwanken werden, steht jedoch sehr dahin.

Diesen beiden bürgerlichen Parteien ist nun seit einigen Wochen im Kampfe gegen die vorrückende Sozialdemokratie auch der famose Reichsverband zu Hilfe gekommen. Ganze Ballen von „Flugblättern“, denen man den Charakter der Stapelware auf zehn Schritt Entfernung ansieht, sind im Wahlkreise verbreitet worden. Ritunter haben die beklagens-werten Land- und Stadtbewohner fünf bis sechs verschieden-artige Flugblätter auf einmal ins Haus geworfen bekommen. Mit einer gewissen Genugtuung können wir aber sagen, daß die Zahl der Wähler recht gering ist, die sich aus dem literarischen Kompott des Reichsverbandes ihre politische Aufklärung holen. Die kleinstädtische und ländliche Bevölke-rung ist über die politische Aimerzeit hinaus; man liest heute schon eine Zeitung, der Gesichtskreis erweitert sich, und wer sich gar zu schwerfällig geberdet, dem pauken die brutalen Tatsachen schon die nötige Erkenntnis ein.

Die beiden bürgerlichen Parteien im Wahlkreise Frank-furt-Lebus lassen sich die „Wahlhilfe“ des Reichsverbandes still-schweigend gefallen, aber niemand wagt es in den Versammlun-gen des famosen Reichsverbandes dankbar zu gedenken, niemand lobt oder tadelt ihn. Man will von dem politischen Weichelmord nichts sehen, man benutzt den Bravo, aber man achtet ihn nicht! Wir Sozialdemokraten brauchen den Reichsverband nicht zu unter-schätzen, aber zu einer Ueber-schätzung seiner wilden Agitationsmethoden liegt auch keine Veranlassung vor.

Die sozialdemokratische Partei hat den Wahlkampf zeitig aufgenommen und in den letzten Wochen zahlreiche Ver-sammlungen unter freiem Himmel abgehalten, weil es in vielen Dörfern an Versammlungslökalen gebricht. Daß dabei auch mancher Strauß mit der ländlichen Amtsgewalt ausgefochten werden mußte, lehrte der auch den Lesern des „Vorwärts“ bekannte Fall v. Stünzner-Rarbe. Unsere Partei hat in der Person des Genossen Emil Faber einen Kandidaten präsentiert, der den ganzen Wahl-kreis aus jahrzehntelanger Tätigkeit kennt und mit allen Kreisen der Bevölkerung in persönliche Beziehungen gekommen ist. Die allgemeine politische Situation ist unserer Partei günstig; während in den bürgerlichen Versammlungen eine gedrückte, laue Stimmung herrscht und alle fühlen, daß der Erfolg diesmal auf des Messers Schneide steht, waltet in den sozialdemokratischen Versammlungen Kampfesfreude und Siegeszuversicht. Es ist möglich, den Wahlkreis im ersten Wahlgang zu erobern, wenn unsere

Genossen alle Kräfte anspannen und der Unmut der bürger-lichen Kreise über die politischen Zustände im Reiche einen nur halbwegs erkennbaren Niederschlag findet.

Zum Schluß wollen wir noch erwähnen, daß das sozial-demokratische Wahlkomitee seit vier Wochen eine vierseitige Wahlzeitung herstellen ließ, die allsonntäglich im Kreise in großer Auflage verbreitet und von den Wählern gern ge-nommen wurde. Diese Art der schriftlichen Propaganda er-möglichte es, auf viele Angriffe der Gegner einzugehen, die man in Form eines Flugblatts nicht zweckmäßig abhandeln kann. So eine Wahlzeitung mit ihrem vielseitigen und ge-fälligen arrangierten Inhalt wird lieber als ein Flugblatt gelesen.

So ist denn alles vorbereitet zum entscheidenden Schlage und wir wollen hoffen, daß am 15. September alle auf-gewendete Mühe und Arbeit mit dem Siege unseres Genossen Faber gelohnt wird.

Die internationale Kulturolidarität des Proletariats.

Frankfurt a. M., 11. September.

Frankfurt a. M. sah am Sonntag eine internationale Kundgebung von solcher Wucht, von solcher gewaltiger Be-teiligung, wie sie nur das Proletariat zustande bringt. Eine inter-nationale Kundgebung der Sozialdemokratie: gegen den Krieg, gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen die politische Ent-rechtung des Volkes, für den Weltfrieden, für die Gleichberechtigung alles dessen was Menschenantitz trägt, für die Demokratie, für all die hohen Ideale des Sozialismus!

Auf 3 Uhr nachmittags war die Versammlung angesetzt. Schon gegen 1 Uhr zogen dicke Scharen den Sachsenhäuser Berg herauf zum Livoli-Garten, dem Versammlungslökal. Und lange vor der ange-setzten Zeit war der Garten überfüllt. 20-30 000 Menschen mögen den Worten der Redner, die von vier Tribünen aus sprachen, gelauscht haben, und viele weitere Tausende fanden keinen Einlaß mehr. Mit ungeheurer Begeisterung und Beifall wurden die Reden aufgenommen. Was will demgegenüber das Verbot der ausländischen Sprachen be-sagen oder die entwürdigenden Bedingungen der Festhallengesellschaft, daß keine Reden gegen Herrlichkeiten fallen dürfen, keine Verbote haben die Wirkung der Kundgebung nur noch erhöht. Wenn der Polizeipräsident etwa gehofft hatte, die ihm unangenehmen Aus-länder verschonen und ihre Reden verhindern zu können, indem er ihnen verbot, in ihrer Muttersprache zu reden, so hatte er die Sprachkenntnisse unserer ausländischen Genossen zu ge-ring taxiert. Er hat, indem er sie zwang, deutsch zu sprechen, nur die unmittelbare Wirkung der Reden auf die Zuhörer erhöht. Die Regierung konnte zwar, wie Jaurès unter jubelndem Beifall sagte, die französische Sprache verbieten, sie konnte aber nicht die französische Sonne verbieten. Diese strahlte in ihrer ganzen Pracht und ihre Feuerstrahlen verbanden sich mit dem Feuer der Begeisterung der Massen. Die Regierung konnte aber auch trotz ihres Verbotes nicht verhindern, daß auch nichtdeutsche Laute fielen, daß auch in fremder Sprache gesprochen wurde. Keiz Gardie sprach englisch, Jaurès und Wandervelde sprachen deutsch.

Jaurès wurde durch die Polizei besonders beachtet. Auf seiner Tribüne placierten sich zwei Kommissare. Die übrigen Redner wurden von der polizeilichen Ueberwachung verschont. Jaurès sprach mit der ganzen Wucht seiner großen Beredsamkeit. Es unterließ ihm dann manchmal, daß er ein deutsches Wort nicht gleich fand und er von seinen Freunden das französische übersehen ließ. Da mußte bei jedem Zuhörer ein Gefühl der Schande aufkommen, daß ein Mann, von der Bedeutung Jaurès, nicht in seiner Muttersprache reden durfte.

Die Redner sprachen über: „Die Kulturgemeinschaft des internationalen Proletariats“. Alle wurden mit großem Beifall empfangen. Jaurès führte aus: Ich bringe Ihnen von ganzem Herzen den Gruß und die Sympathie der französischen Genossen. Ich sehe, daß hier zwar die französische Sprache, aber nicht die französische Sonne verboten ist. (Stürmische Zustimmung.) Ich studiere und bewundere Ihre Literatur, ich beschäufliche mich mit Ihren großen Denkern und Dichtern fast täglich, und es wird die höchste Freude meines Lebens sein, wenn ich den Tag sehen kann, wo das demokratische Deutschland, das demokratische England und das demokratische Frankreich zusammen an dem Kultur-fortschritt kräftig mitarbeiten werden. (Lebhafter Beifall. Sive Jaurès!) Französische Sprache! Es fällt mir schwer, deutsch zu sprechen. Ich werde Ihre Sprache um einen neuen Dialekt, dem französisch-deutschen bereichern. Die Sozialisten aller Länder sprechen eine Sprache: die Sprache der Freiheit der Gerechtigkeit. Man kann die Fust der Worte verhindern, aber nicht die immer wachsende Bewegung einer Masse, die tiefe Bewegung eines Volkes, das die politische Freiheit erobern will. (Lebhafter Beifall.) Nirgend in der Welt, denn in Deutschland, gibt es ein solches Miß-verhältnis zwischen dem geistigen und ökonomischen Stande des Volkes und seiner politischen Macht. (Sehr richtig! Und Beifall.) Vor einigen Tagen bewunderte ich in Berlin deutsche Meister, besonders ihren großen Vater der Reformation, Albrecht Dürer. Da sagte ich mir, daß es unmöglich ist, daß ein Volk, das so große Geistes-kraft hat, aus der Verwaltung der Nation ausgeschlossen sein soll. Das deutsche Volk ist aber noch nicht auf die höchste geistige Höhe emporgestiegen, weil es nicht die Macht erobert hat, sich selbst zu regieren. (Sehr gut!) Und darum kämpfen Sie, um das all-gemeine, gleiche Wahlrecht überall, in den Städteverwaltungen, in den Landtagen zu erobern, um die wahre Meinung des Volkes

dort hin bringen zu lassen. Es ist nicht nur eine deutsche Frage, es ist eine menschliche Frage, daß Preußen der Reaktion der Junker entrissen wird, und daß die deutsche Demokratie mit der französischen Demokratie, mit der englischen, mit der ganzen Welt am Völkerverein, an der allgemeinen politischen Freiheit, an der Gerechtigkeit und an dem Fortschritt der Sozialdemokratie mitarbeitet. (Lebhafter Beifall.) Weil das deutsche Bürgertum vor 70 Jahren nicht die Kraft, nicht den Mut hatte, die deutsche Freiheit zu schaffen, war Deutschland gezwungen, die notwendige Einheit durch Feuer und Schwert und durch Unterdrückung des Volkes zu schaffen. Es war die Gegenrevolution — die Furcht vor der Sozialdemokratie — die den Krieg zwischen Ihnen und uns möglich gemacht hat. Wir wollen diese Gegenrevolution abschaffen, wir wollen das Blut, die Kraft des Volkes nicht für den Krieg zwischen den Völkern, sondern für den großen Krieg gegen die Finsternis, gegen Elend und Ungerechtigkeit opfern. Wenn das Proletariat zusammenhält, ist es unüberwindlich. Vorgestern habe ich in Dresden den antiken Dreifuß im Museum gesehen, um den sich Apollo und Herakles stritten. Der Apollo von heute ist das Proletariat, das die Idee propagiert: Mehr Licht, aber nicht wie bei Goethe, für einen großen Sterbenden, sondern mehr Licht für alle Menschen! Dieser Apollo von heute hat nicht nur die Kraft des Geistes, sondern auch die Kraft der Zahl und die Kraft der Organisation. Dieser Apollo wird den Herakles bestegen, weil er in seinen Händen die Keule des Herakles hat. So freue ich mich als Franzose, moi Français: auf die nächste Zukunft des Weltfriedens. Jaurès schloß mit einem Hoch auf das demokratische Deutschland. (Langanhaltender wiederholter Beifall.)

Genosse Dr. Quard, der den Vorsitz auf dieser Tribüne führte, bezeichnete es unter allgemeiner Zustimmung als eine Schande, daß Jaurès nicht in seiner Muttersprache reden konnte.

Auf der nächsten Tribüne hatte unterdessen Vandervelde-Brüssel gesprochen. In seiner ironischen Weise sprach er der preussischen Regierung den Dank für den freundlichen Empfang aus. Diese hätte sie antworten können, und habe sich begnügt, sie zu zwingen, die Sprache Goethes, Schillers und Rißhofs zu sprechen. Vandervelde erinnerte an das Frankfurter Parlament, wo das deutsche Volk sich gemüht habe, die deutsche Einheit auf demokratischer Unterlage aufzubauen. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie habe die Bourgeoisie die Revolution verrotten und sei in die Arme des Absolutismus gefallen. Anstatt einer demokratischen Einheit sei Deutschland ein durch Eisen und Blut erobertes Reich. Gegen den Militarismus zu kämpfen — in allen Ländern und durch alle Mittel — sei eine der heiligsten und unabweisbarsten Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Wir wissen aber, daß der Kapitalismus nur der brutale Ausdruck der kapitalistischen Herrschaft ist, und daß um ihn zu kämpfen, wir den Kapitalismus selbst niederzuschlagen müssen. In diesem internationalen Kampf gegen den Kapitalismus ist das deutsche Proletariat auf dem Punkt, eine große politische Schlacht zu liefern. Wir erwarten das Resultat mit der absoluten Zuversicht, denn noch niemals waren die Umstände der Sozialdemokratie günstiger. Es ist jetzt schon ganz sicher, daß die bevorstehenden deutschen Wahlen für den Sozialismus einen großen Sieg bringen. Und wir beglücken von vornherein diesen Sieg, indem wir mit Euch rufen: Es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Stürmischer, mehrfach wiederholter Beifall.)

Hg. Stöckel-Wien, der auf der dritten Tribüne sprach, begann seine Rede also: Ich komme aus Oesterreich, das selbst ein internationales Land ist. Die Verfassung ist unter schweren Kämpfen gegen die Chauvinisten zustande gekommen. Oesterreich wird von der Zukunft nationaler Leidenschaft gepeinigt. Blödel wandte sich scharf gegen den Krieg, Krieg dem Krieg, rief er unter dem Beifall der Massen. Kampf dem Militarismus und Kampf dem Absolutismus! Kampf, bis die Forderungen des Proletariats, die Ideale des Sozialismus errungen sind. (Stürmische Zustimmung.)

Reiz Hardie sprach auf der vierten Tribüne in englischer Rede besonders gegen den Krieg, gegen den Militarismus und Kapitalismus und für den Völkerverein und die Demokratie. Seine Rede übersetzte Genossin Clara Zetkin.

Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen. Die Mainbrücken waren besetzt, um einen Zug zu verhindern. Trotzdem verlief alles ruhig.

Der Protest gegen den Blutzaren.

Langen, 11. September.

Die Liebedienste der hessischen Behörden für den kurzzeit auf dem Friedberger Schlosse zu Besuch weilenden Nikolaus II. sind vergeblich geblieben. In ihrer Kurzsichtigkeit glaubten die hessischen Gewaltthaber, daß sie der Arbeitererschaft ihren Protest gegen die Anwesenheit des unangenehmen Gastes in hessischen Landen unmöglich mache, wenn sie in echt russischer Manier die geplante Protestversammlung verbieten würden. Wie wenig politische Einsicht die Behörden mit diesem mit dem Gesetz unvereinbaren Verbot bewiesen, zeigte der Besuch der Versammlung, die an Stelle der verbotenen Kundgebung am heutigen Sonntag in dem großen Garten des Anthe'schen Restaurants in Langen stattfand.

Aus allen Teilen des Landes waren die Arbeiter zusammengeströmt, um Protest zu erheben nicht nur gegen die Anwesenheit des Zaren, sondern zu gleicher Zeit auch gegen das widerrechtliche Verbot der ersten geplanten Versammlung. Und nichts wurde der hessischen Regierung von den Rednern geschenkt. Unter dem Jubel der etwa 6000 Anwesenden kennzeichnete der erste Redner, Genosse Reichstagsabgeordneter Ulrich, das Verhalten der hessischen Behörden. Schuld an dem Verbot trage die hessische Regierung, die, um dem russischen Gaste Liebedienste zu erweisen, entgegen Recht und Gesetz das Vereinsrecht mißhandelt. Bei den nächsten hessischen Landtagswahlen werde hoffentlich die Sozialdemokratie in so starker Anzahl in den Landtag einziehen, daß es gelingt, diese Regierung, die reaktionärste, die Hessen je gehabt, zum Teufel zu jagen.

Nachdem Genosse Ulrich geendet, betrat der zweite Referent, Genosse Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann an Berlin, die Tribüne, um den Anwesenden die Gründe darzulegen, die die Sozialdemokratie zwingen, Protest zu erheben gegen den Besuch eines Menschen, der belastet ist mit der Mitschuld an dem Verderben tausender und aber tausender russischer Proletarier. Genosse Hoffmann wies darauf hin, daß Preußen auch in diesem Falle mitschuldig sei. Preußen sei die Vorhut der russischen Reaktion. Erst nach Beseitigung der preussischen Junkerherrschaft sei eine freie Gestaltung des Versammlungsrechtes denkbar. Zwar versuchte der überwachende Beamte einmal einzugreifen, als Genosse Hoffmann mit wichtigen Worten ein Charakterbild Nikolaus II. zeichnete, bald gab er aber diesen Versuch als vergeblich auf.

Unter donnerndem Beifall nahm die Versammlung zum Schluß eine Resolution an, deren Inhalt in folgenden Sätzen zusammengefaßt wird:

„Trotz aller Ruffenberote der hessischen Regierung nehmen die Versammelten sich aus eigener Macht das Recht, gegen den Aufbruch des Zaren als des Repräsentanten aller Unkultur laut Protest zu erheben und zu diesem Protest das ganze freiwillig gesinnete Volk Hessens aufzurufen.“

Die hessische Regierung hat durch das Verbot der ersten Versammlung nicht wenig zu dem imposanten Verlauf der Massendemonstration beigetragen. Sie hat sich durch ihre Verfügung nicht nur mit dem Gesetz in Konflikt gebracht, sondern sich überdem auch vor aller Welt blamiert, denn sie hat die Kundgebung, die sie verhindern wollte, doch nicht verhindern können.

Zu dem Verbot schreibt unser Offenbacher Parteiorgan unter anderem folgendes:

„Diese penetrant nach Nuchten duftende amtliche Verfügung entbehrt nach unserer Ueberzeugung durchaus der gesellschaftlichen und rechtlichen Begründung. Der „Ton einer Versammlungseinladung“ kann selbst nach dem famosen deutschen Reichsvereinsgesetz noch nicht die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung die „Aufreizung der Massen zu Gewalttätigkeiten zur Folge hat“. Und auch nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts sind konkrete Angaben über die Art und Weise der Aufreizung, wie über die zu befürchtenden Gewalttätigkeiten selbst zum Versammlungsverbot erforderlich. Doch darüber mögen auf Grund der sofort telegraphisch erhobenen Beschwerden die Behörden in Darmstadt entscheiden.“

Hier nur zunächst noch ein Wort zur politischen Bedeutung dieses Verbots. Daß es ein Hohn ist auf die einst so hoch gerühmten Zustände des „freien Hessenslands“, darüber bedarf es keines Wortes. Wie immer mehr und mehr die Macht der Pfaffen sich im Hessenlande geltend macht, die Finsternis der alleinseligmachenden Kirche und ihrer politischen Vertreterin, des Zentrums, ihre schwarzen Schatten über das einst so liberal regierte Land lagert, das zeigt auch dieser empörende Vorgang wiederum. Man hat es bei dem Verbot der Langener Versammlung gewiß nicht mit einem Geisteserzeugnis der Offenbacher Kreisgewaltigen zu tun. Herr Kreisrat Lochmann ist nur der Ausführende, die Strippe zog man in Darmstadt. Tag um Tag entrüsten die Schwarzen im Lande sich über den blutrünstigen — Zaren? Nein, über den „blutrünstigen Ton der Roten“ gegenüber dem armen Zaren, der hierher kommt, sich „von seinem schweren Amt zu erholen, Verwandte zu besuchen“ usw. Und Tag um Tag schrien sie um den Staatsanwalt. . . .“

Zu unseren Ausführungen über das Verbot in der Sonntagnummer ist noch zu bemerken, daß es sich um die Verlegung der Genehmigung für eine unter freiem Himmel eiderufene Versammlung handelt. Daß das Verbot dadurch um nichts geschlicher wird, haben wir schon in der Sonntagnummer ausgeführt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September 1910.

Bethmann-Hollweg's Wahlparole.

Zu den Dementis der Behauptungen der „Frankfurter Zeitung“ erklärt dies Blatt, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, daß seine Nachricht zutreffend sei und die verschiedenen inspirierten Dementis nichts an dieser Tatsache änderten. Das treffe auch auf das Dementi des Berliner Korrespondenten der „Rheinischen Zeitung“ zu. Natürlich habe der Reichskanzler bisher keine Wahlparole „ausgegeben“, aber erörtert habe er diese Parole im engen Kreise.

Die „Germania“ meint, daß für die kommenden Wahlen die Sammelparole nicht wirksam sein wird. Man werde abwarten müssen, was bei dem „Krieg aller gegen alle“ schließlich herauskomme. Nach den Wahlen werde sich dann schon alles finden:

„Das Natürlichste und allein Mögliche ist in unseren Augen das Kartell“, wie es vor der Wlodara zwischen Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen bestand. Aber es kann erst im Laufe der Zeit bei der Arbeit wieder hergestellt werden, nicht bei den Wahlen. Konservative und Zentrum werden im allgemeinen bei den Wahlen von selbst zusammenhalten müssen. Die Konservativen haben kein Interesse daran, das Zentrum zu gefährden (falls dies überhaupt möglich wäre), weil sie sich damit den Liberalen ausliefern. Auch die Regierung kann kein Interesse daran haben, die „schwarz-blaue Mehrheit“ zu beseitigen und sich eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit gegenzuziehen. Das Zentrum muß die Konservativen stark zu erhalten suchen, ebenfalls im eigenen Interesse.“

Die „Germania“ hat darin sicherlich recht, daß das Kartell zwischen Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen erst nach den Wahlen nach außen hin hervortreten wird. Aber der Wahlkampf wird ebenso sicher schon in der Voraussicht des kommenden Kartells geführt werden!

Einem kuriosen Mißverständnis ist die „Kreuzzeitung“ zum Opfer gefallen. Sie meint, der „Vorwärts“ habe in seinem Leitartikel von Sonntag seine „ganze Veredsamkeit“ aufgeboden, um den Freisinn zu einem „Bündnis“ heranzuziehen. Früher wäre die Sozialdemokratie nicht so bündnisbedürftig gewesen. Es scheint doch, daß die führenden Genossen den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen nicht mit so großer Siegeszuversicht entgegenzöhen, wie sie sich den Anschein gaben.

Die „Kreuzzeitung“ unterschätzt doch wohl unsere Veredsamkeit, wenn sie annimmt, diese erschöpfe sich in drei oder vier Sätzen. Zudem sollte der „Kreuzzeitung“ doch noch in Erinnerung sein, wie nüchtern und kühl sich der „Vorwärts“ erst in den letzten Tagen über die Stichwahltaktik dem Freisinn gegenüber ausgesprochen hat. Von einem Bündniswerben der Sozialdemokratie kann also wirklich keine Rede sein. Der „Vorwärts“ hat nichts anderes getan, als mit ein paar Worten dem Freisinn vor Augen zu führen, was er tun müsse, wenn er wirklich mit der Bekämpfung der Reaktion ernst machen wolle. Diese Freiheit wird er sich auch in Zukunft nehmen! Ob der Freisinn unseren Rathschlägen folgt, ist natürlich seine Sache, die er selbst zu entscheiden hat. Zeigt er sich unfähig, die Situation rechtzeitig zu begreifen und seine Taktik demgemäß einzurichten, so trägt den Schaden davon nicht die Sozialdemokratie, sondern der Freisinn selbst. Denn daß die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen brillant abzuschneiden hoffen darf, das haben ja sämtliche Ersatzwahlen der letzten Monate wohl auch der „Kreuzzeitung“ deutlich genug bewiesen!

Nach einer Meldung der „Nationalzeitung“, die von einer dem Reichskanzler nahestehenden Seite stammt, sollen der Meldung der „Frankfurter Zeitung“ höchsten mißverständliche private Aeußerungen zu-

gründe liegen. In einer privaten Unterhaltung sei wohl das Gespräch einmal auf wirtschaftspolitische Fragen gekommen, und da könne der Kanzler wohl geäußert haben, daß er stets eine Politik zum Schutz der nationalen Arbeit verfolgen werde, und aus dieser selbstverständlichen und klaren Aeußerung habe man dann die Sensation der Wahlparole gemacht.

Genau so haben auch wir uns die Sache vorgestellt! Den wirtschaftlichen Kern der Sammlungsparole des Reichskanzlers wird die Schutzpolitik bilden. Was natürlich nicht ausschließt, daß als Parole für die Massen noch irgendeine vermeintlich zugkräftigere Losung ausgeheckt werden wird!

Freisinnige Protestkundgebung.

Der Freisinn hatte am Sonntag in Berlin in der Bräuerlei Friedrichshain eine Protestversammlung gegen die Kaiserrede einberufen, die auch von Demokraten und Sozialdemokraten zahlreich besucht war. Da der erste Redner, der Abgeordnete Biemer, sich nicht enthalten konnte, einige unglückliche Bemerkungen über die Wahlsage der Sozialdemokratie zu machen, kam es gleich anfangs zu Protestrufen der anwesenden Demokraten und Sozialdemokraten. Und Herr Kopisch brachte es bei dieser Gelegenheit glücklich fertig, den Zwischenrufern mit seinem Hausrecht zu drohen! Da Herr Biemer aber die Erklärung abgab, daß er nicht ungerne gegen Demokraten und Sozialdemokraten polemisieren wolle, legte sich die Erregung bald wieder. — An lösenden Worten ließ Herr Biemer es so wenig fehlen, wie die nach ihm zum Worte gekommenen Fischbeck, Dose und Daubmann. Herr Biemer beteuerte, daß zahllose gute Deutsche den Krummstab und die Junkerkraute nicht als Instrument des Himmels betrachteten. Er erklärte, daß „das Gottesgnadentum in die politische Kumpelkammer gehöre“. Aber statt schließlich der Sammelparole für die nächsten Reichstagswahlen von vornherein eine unumwundene Abgabe zu erteilen, erklärte er nur, daß das Verbot von der Sammlung beim Freisinn unbeachtet bleiben werde, wenn nicht der Kurs gründlich geändert werde. Was unter dieser „gründlichen Aenderung“ zu verstehen, ging dann aus der folgenden Rede des Herrn Fischbeck hervor. Dieser Redner erklärte sich mit der Politik der Sammlung einverstanden, wenn sich die Bilanz der schaffenden Kräfte auch gegen rechts wende. Seien die Nationalliberalen dazu bereit, so werde der Freisinn mit ihnen zusammengehen! Als Herr Fischbeck erklärte, daß der Freisinn „dem König gebe, was des Königs sei“, erklärte der treffende Zwischenruf: Zivilliste! Und den wohlverdienten heftigen Widerspruch rief auch die byzantinische Phrase hervor, daß der Freisinn wisse, „was unser Volk dem Hohenzollernhaus zu verdanken habe“.

Nachdem Herr Dose die Parole: „Nieder mit dem schwarz-blauen Hlod“ ausgegeben hatte, variierte Herr Daubmann dasselbe Thema: „Wenn die Fürsten bekennen, müssen auch die Bürger bekennen.“ Eigentümlich berührte die Wendung dieses Demokraten, daß die Königsberger Rede „glücklicherweise“ nicht so nachteilig gewirkt habe, wie das bekannte Interdium von 1908, weil sie nur (!) innere Angelegenheiten berührt habe. Es ist eine originelle „demokratische“ Auffassung, daß die Frage der Demokratie minder wichtig sein soll, als irgendeine Ungeschicklichkeit der äußeren Politik! Immerhin schwang sich Herr Daubmann zu dem Gesändnis aus, daß er auf die Prinzipienreue der Nationalliberalen keine allzugroße Hoffnung setze. Seine Schlussparole: „Fort mit der gerichtbrüchigen konservativen Herrschaft, fort mit der Friedensrüstungsverbildung“ könnte sogar Anspruch auf Anerkennung erheben, wenn der Freisinn mit dem Kampfe gegen die Reaktion auch bei dem Wahlkampf die Konsequenzen ziehen und sich in militärischer Beziehung endlich wieder einmal zu einer ernsthaften oppositionellen Politik aufraffen wollte! Aber dafür bedarf es erst der Beweise!

Zur Fleischsteuerung.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben sich nunmehr ebenfalls mit der Frage befaßt, wie der Fleischsteuerung begegnet werden kann. Sie stellten sich auf den Standpunkt der Forderungen, die bereits 1905 von dem Ausschuss des Deutschen Handelstages gestellt wurden und die dahin gehen:

1. Zulassung möglichst ungehinderter Einfuhr lebenden Viehs aus dem Ausland, unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen zur Abschaltung in öffentlichen Schlachthäusern;
2. Zulassung der Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Ausland unter Befreiung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Erleichterungsmaßnahmen;
3. Zulassung der Einfuhr von Wachsenfleisch und sonstiger Fleischdauerwaren aus dem Ausland;
4. Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel, mindestens in Zeiten von Futtermangel. — Ferner wird verlangt, die Regierung solle die Einfuhr von gestrochem Fleisch aus Argentinien in Erwägung ziehen.

Die Landwirtschaftskammer für Kurhessen will in den nächsten Tagen eine eigene Viehverkaufsstelle auf dem Frankfurter Viehmarkt einrichten und dort direkt an die Fleischer verkaufen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Rattowitz nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, gemeinsam mit den anderen Städten des oberschlesischen Industriebezirks Maßnahmen gegen die gegenwärtige Fleischnot zu ergreifen. Als wirksame Maßnahmen kommen in Betracht die zeitweilige Aufhebung der Grenzsperrung, Ermäßigung der Zölle auf Futtermittel. Da sich in der Verteilung des russischen Schweinekontingents Mißstände ergeben haben, wird die Befreiung derselben gefordert. Die Zahl der nach Oberschlesien einzuführenden russischen Schweine reicht für die ständig anwachsende Bevölkerung nicht aus, weshalb eine Vermehrung des Kontingents zu erstreben ist, solange nicht die Sperre gegen Rußland völlig aufgehoben ist.“

Hierbei ist noch von Bedeutung, daß ein sehr großer Teil der oberschlesischen Bevölkerung, der in der Nähe der russischen Grenze wehnt, seinen Fleischbedarf aus Rußland selbst holt. — Bekanntlich können zwei Pfund Fleisch ohne jede Beschränkung von Rußland und Oesterreich eingeführt werden.

Von sachverständiger Seite werden folgende Erleichterungen bei der Einfuhrung für vollkommen unbedenklich erklärt:

1. Wegfall der Tuberkulinprobe und Viehquarantäne gegenüber den dänischen Schlachtrindern,
2. Aufhebung des Einfuhrverbotes für Schlachtschweine dänischen Ursprungs,
3. Einfuhr von Schlachtvieh aus Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Frankreich und Belgien unter den für Rinder und Schafe aus Oesterreich geltenden Einschränkungen,
4. Wegfall der ständigen tierärztlichen Ueberwachung der aus Oesterreich-Ungarn zugelassenen Schweine,
5. Zulassung von Schweinen aus Oesterreich-Ungarn in unbegrenzter Zahl nach allen unter geregelter veterinärpolizeilicher Kontrolle stehenden Schlachthöfen,
6. Abschaltung des aus dem Ausland in die süddeutschen Schlachthöfe zugelassenen Viehs in den allgemeinen Schlachträumen,
7. Aufhebung der Bestimmung, daß das Fleisch der in den oberschlesischen Schlachthöfen geschlachteten Schweine russischen Ursprungs ausschließlich in den Grenzbezirken verbraucht werden muß.

Der Direktor des Statistischen Amtes zu Königsberg (Westpreußen) hat Erhebungen über die Fleischpreise und den Viehbestand an-

gestellt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die preussische Landwirtschaft seit 1900 die Produktion von Schlachtvieh erheblich eingeschränkt hat, indem sie die Erzeugung von Rindern zurückgelassen hat; sie hat sich mehr auf die Produktion von Milch gelegt, zumal von den mehr als zwei Jahre alten Rindern nur ein verschwindender Teil nicht als Milchkuhe benützt wird. Das ist unsso bedauerlicher, als die Fleischkonumenten durch das Wachstum der Bevölkerung erheblich zugenommen haben. Weil bei steigender Einwohnerzahl die Rindvieherzeugung in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist, so kann auch von einem Sinken der Rindviehpreise in den nächsten Monaten keine Rede sein, es müßte denn, da hier die Landwirtschaft versagt, die Zufuhr einer großen Menge von Schlachtreisem Vieh aus dem Auslande erfolgen.

In einer Versammlung der Augsburger Schlächter und Wurstfabrikanten wurde angesichts des immer fühlbarer werdenden Mangels an Schlachtvieh die Frage erwoogen, ob es nicht ratsam sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Läden und Geschäfte ganz zu schließen.

Augsburg hat infolge ungenügender Zufuhr von Schlachtvieh die höchsten Fleischpreise in ganz Bayern.

Vor circa 2000 Personen referierte am Donnerstagabend Reichstagsabgeordneter Scheidemann im „Kaiseraal“ in Solingen über das Thema: „Des Volkes Not und des Kaisers Reden“. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der sie gegen die das Volk ausplündernde, Handel und Industrie schädigende Agrarpolitik protestiert und zur Milderung der gegenwärtigen Lebensmittelverknappung sofortige Aufhebung der Zölle auf Schlachtvieh, Fleisch und Getreide sowie Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh verlangt. Die Versammlung protestierte auch gegen die Königsberger Rede Wilhelm II., in der sie eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksoberleitung erblickt, und sprach dem Reichskanzler, der die wilhelminischen Rede in der „Korrb. Allg. Ztg.“ zu bedecken versucht hat, ihr Mißtrauen aus.

Essen-Lothringers Protest gegen die Kaiserrede und die agrarische Wirtschaftspolitik erfolgte durch zwei Versammlungen, von denen die erste Mitte letzter Woche in Strahburg, im südlichen Lokale zur Kurbette stattfand. Das Lokal, das nicht mehr Personen fassen kann, war mit 900 Menschen vollgepfropft, die nach Referaten der Genossen W. Böhle und J. Peirotes einstimmig die zwei vorgelegten Protestresolutionen annahm. Die Resolution bezüglich der Kaiserreden gipfelt in der Forderung der Einführung der demokratischen Republik und sagt hinsichtlich der Sonderstellung Essens-Lothringens:

„In den Anschauungen des Kaisers über das Monarchentum und über das Volk sieht die Versammlung außerdem mit Rücksicht auf die staatsrechtliche Stellung des Kaisers in Essens-Lothringen eine schwere Gefahr für die Verfassungsreform im Reichsland und für die Rechte des in seiner Mehrheit demokratisch gestimmten Volkes von Essens-Lothringen. Sie fordert deshalb mit aller Bestimmtheit, daß bei der Verfassungsreform der Kaiser seiner landesherrlichen Befugnisse entsetzt wird.“

In Rülhausen sprach am letzten Sonntag ebenfalls in einem städtischen Lokal, nämlich in der noch leerstehenden riesigen neuen Markthalle vor gut 4000 Personen der Reichstagsabgeordnete Genosse E. M. L. Auch hier nahm die Versammlung einstimmig die zwei vorgelegten Resolutionen an, von denen die gegen das persönliche Regiment gerichtete auch die „Gastfreundschaft“ gegen den Blutzaren entschieden ablehnt.

Ueber die Höhe der Fleischpreise

hat das Wohlfahrtskomitee in Chemnitz eingehende Untersuchungen angestellt. Diese haben ergeben, daß die Rinderpreise seit dem Monat Mai dieses Jahres die hohen Preise des Jahres 1908 überschritten haben. Die Schweinepreise erreichten im September 1909 ihren Höhepunkt, seitdem fallen sie wieder. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Rat mit der Fleischnotfrage. Er erkannte an, daß das außerordentlich starke Steigen der Rindfleischpreise zu schweren Besorgnissen Veranlassung gebe. Man beschloß, die Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zur Abstellung der schädlichen Zustände auf dem Fleischmarkt zu ergreifen.

Wechsel im sächsischen Finanzministerium.

Der sächsische Finanzminister Dr. v. Riger ist von seinem Posten zurückgetreten. An seine Stelle hat der sächsische König den Geheimrat v. Seydewitz zum Finanzminister ernannt. Der zurückgetretene Finanzminister war ein engagierter konservativer Parteigänger; als solcher gilt auch sein Nachfolger, so daß das System ganz daselbe bleiben wird.

Das Fleisch auf der Freibank.

Zur Ergänzung unserer Mitteilung über die Zustände in Pforzheim, wie sie insbesondere über die Zunahme der Tuberkulose beim Großvieh und über den Kampf um das minderwertige Freibankfleisch amlich dargelegt sind, äussern wir hier aus Anlass einer Tatsache, wie sie der „Volksstimme“ aus dem dortigen Schlachthof mitgeteilt wird:

Vor einiger Zeit wurde im Schlachthof ein Stier geschlachtet. Die Fleischschau beanstandete das Fleisch und sprach drei Viertel des Stiers auf die Freibank. Ein Viertel wurde als ungenießbar erklärt und sollte verlost werden. Dieses ungenießbare Viertel wurde jedoch nicht vernichtet, sondern ausgenommen. Den Erlös dafür erhielt freiwillig nicht der Metzger, dem der beanstandete Stier gehörte, sondern er floh in andere Taschen.

Der Gewährsmann ist bereit, vor der Behörde für die Wahrheit der Behauptung einzutreten. Dadurch würde die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit der Beseitigung der Fleischnot in Baden gelenkt in einer Art, wie sie drastischer kaum möglich ist.

Ein gutes Jahr für den Großgrundbesitz.

Das Jahr 1908 hat einen ganz ungewöhnlichen Zuwachs der Fideikommissfläche gehabt. Die in diesem Jahre neu errichteten 19 Fideikommissionen haben, zusammen mit 55 Erweiterungen schon bestehender, einen Gesamtzuwachs von 55 442,5 Hektar gebracht, denen ein durch Auflösung von drei und Verkleinerung von 62 Fideikommissionen bedingter Abgang von 7707,1 Hektar gegenübersteht. Es bleibt also eine Vermehrung der Fideikommissionen um 47 735,4 Hektar oder 2,1 Proz. Seit dem Bestehen einer Fideikommissionstatistik, das ist seit dem Jahre 1895, ist die Zunahme nie so groß gewesen wie 1908, weder absolut noch relativ. Würde der Zuwachs der Fideikommissfläche weiterhin so stark sein wie im Jahre 1908, so würde in noch nicht einem Jahrhundert das gesamte preussische Staatsgebiet fideikommissarisch gebundenes Eigentum sein.

Von den preussischen Provinzen ist nach wie vor Schlesien am meisten durch Fideikommissionen gebunden. Es hat 191 Fideikommissionen mit einer Gesamtbesitzfläche von 899 293,1 Hektar oder 16,90 Proz. des ganzen Gebietes. Es folgen dann Hohenzollern mit 6 Fideikommissionen und 18 082,3 Hektar oder 16,98 Proz. und Brandenburg

mit 128 Fideikommissionen und 329 003,8 Hektar oder 8,28 Proz. In der Rheinprovinz sind nur 2,81 Proz. des ganzen Gebietes fideikommissarisch gebunden.

Das polnische Genossenschaftskapital.

Die polnischen Erwerbsgenossenschaften haben auch, wie der soeben erschienene Bericht ausweist, im Vorjahre an Umfang und Kapitalanhäufung zugenommen. Die Zahl der dem Verbandsangehörigen Genossenschaften ist von 234 auf 248 gestiegen. Die Mitgliederzahl hat sich im letzten Jahre von 106 793 auf 116 849, also um 11 056 vermehrt. Am gewaltigsten aber zeigt sich uns der Fortschritt des letzten Jahres in den Anteilen der Mitglieder. Die Anteilsumme stieg um 2 679 438 M., von 19 290 000 M. im Jahre 1908 auf 21 969 832 M. Die Spareinlagen sind um rund 29 Millionen gestiegen und betragen jetzt 177 833 297 M. Die Reservefonds sind um 1 925 083 M. erhöht worden und betragen sich auf 10 892 145 M. Die Jahresbilanz hat gegen das Vorjahr um 40 522 062 M. zugenommen und repräsentierte sich in den überaus stattlichen Summen von 234 140 096 M. In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Genossenschaften von 178 auf 248, die Zahl der Mitglieder von 81 107 auf 116 849 und die Anteilsumme von 13 935 000 auf 21 910 000 M. gestiegen. Außer diesen dem Verbandsangehörigen Genossenschaften existieren noch 23 andere von derselben Struktur und die den gleichen Zwecken verfolgten. Dieser polnische Gegendruck, der sich in den vorstehenden Zahlen dokumentiert, dürfte unsere Galatisten in Wat versetzen und die Hoffnungslosigkeit der famosen „Polenpolitik“ in ihrer ganzen Größe zeigen.

Auf Kommando des Zaren.

Kürzlich wurde der russische Schauspieler Eisenberg in Frankfurt a. M. verhaftet und ausgewiesen. Nun sind auch seine vier übrigen Kunstgenossen, die Russen Landowski, die Brüder Stein und Rosenberg ausgewiesen worden. Sie mußten Donnerstagabend Frankfurt verlassen. Bei ihrer Vernehmung auf dem Polizeipräsidium war auch ein russischer Kriminalbeamter zugegen. Ihr „Verbrechen“ besteht darin, daß sie Gedichte über die Judenverfolgung vorgelesen haben. Durch Vermittlung der jüdischen Gemeinde wurde ihnen die Abreise nach Frankreich bewilligt, sonst wären sie nach Rußland ausgeliefert worden.

Die Wählerklasse auf Reisen.

Die Schönheiten des preussischen Dreiklassenwahlsystems werden treffend illustriert durch eine amiliche Bekannmachung, die dieser Tage in der „Saarbrücker Zeitung“ enthalten war. Dieses Kulturdokument lautet:

Bekannmachung.

Die am Donnerstag, den 11. August d. J., nachmittags 8 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses zu Brebach angelegten Erfragwahlen für den Gemeinderat von Brebach finden wegen der Abwesenheit des in der ersten Abteilung allein stimmberechtigten Wählers an diesem Tage nicht statt. Der neue Wahltermin wird noch bekannt gemacht.

Brebach, den 6. August 1910. Der Bürgermeister: Becker. Weil der hochwürdige Erbkloster, der die erste Wählerklasse ganz allein bildet, verreist ist, können auch die anderen Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben!

Das Vizepräsidium. Die von der „National-Zeitung“ gebrachte Nachricht von der bevorstehenden Ernennung des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums bestätigt sich nicht. Offiziell wird erklärt, daß es noch völlig ungewiß ist, ob die Ernennung eines Vizepräsidenten überhaupt in absehbarer Zeit erfolgen wird.

Oesterreich.

Gegen die Fleischsteuerung.

Wien, 12. September. Die sozialdemokratische Parteileitung beschloß, wegen der Fleischsteuerung in den nächsten Tagen einen Konstruktionsaufzug auf der Ringstraße zu veranstalten.

Frankreich.

Die Altersversicherung.

Paris, 12. September. Finanzminister Cocheret wird in der Budgetkommission die Bewilligung von 45 Millionen Franc beantragen, die zur Durchführung des Arbeiterversorgungsgesetzes für die Hälfte des Jahres 1911 notwendig sind. Die beantragte Summe soll durch progressive Abkufung einer gewissen Anzahl von Stempelabgaben, Erhöhung der Erbschaftsteuer für den Fall, daß nur ein Kind vorhanden ist, und durch Ersetzung des jetzigen Quittungstempels durch einen progressiven Stempel aufgebracht werden.

Spanien.

Iglesias über die politische Lage.

Die „L'Humanité“ veröffentlicht ein Interview mit dem Führer der spanischen Sozialdemokratie, Genossen Pablo Iglesias. Unser Genosse spricht sich darin sehr skeptisch über die Politik des Ministeriums Canalejas aus. Iglesias meint, die Macht des Merikalis aus sei viel geringer, als man bisher annahm. Man könne mit der nötigen Energie den Einfluß der Kirche ganz erheblich schwächen. Aber Canalejas werde nichts oder so gut wie nichts tun. Und noch weniger auf dem Gebiet der sozialen Reformen. Seine ganze Politik sei „Bluff“. Er glaube nicht an die Aufrichtigkeit des Ministerpräsidenten. Aber selbst wenn dieser aufrichtig wäre, könne er auch dann sein Programm nicht durchführen. Auf der einen Seite hemmten ihn die reaktionären Elemente der Umgebung des Königs, die sich in alles mischen, und die alles machen, auf der anderen Seite hemme sich die konservative Partei gegen eine Reformpolitik.

Die gegenwärtige Arbeiterbewegung in Spanien sei sehr ineffizient. Seit dem Juli 1909 habe sich vieles geändert, und man bemerke überall ein Erwachen der Arbeiter. Die Kämpfe vor und nach der blutigen Woche sowie die barbarischen Maßnahmen Marrons haben viel für eine Konzentrierung der Arbeitermassen getan, die der Anfang der neuen Zeit sei. Das Beispiel der Eisenbahner sei verblüffend. Erst seit einem Jahre seien sie organisiert. Erst hätte sich eine Gruppe in Madrid gebildet, dann eine zweite in Barcelona, eine dritte in Bilbao, darauf andere in anderen Städten. Schließlich hätten in den sechs letzten Monaten über 6000 Eisenbahner trotz der Drohungen der Gesellschaften sich der Organisation angeschlossen.

Die Bergleute von Bilbao hätten einen Ausstand angefangen, der sich gegen alle früheren dadurch unterscheidet, daß die Forderungen der Arbeiter viel bescheidener seien. Sie wollten neun statt zehn Stunden arbeiten. Die Bourgeoisie von Bilbao und die Regierung hätten aber doch erkennen können, wie gefährlich es sei, diese Protestbewegung der Bergleute zu unterstützen. Denn sie bezeuge einer allgemeinen Sympathie. Nicht nur hätten Sympathiestreike stattgefunden, sondern es hätten auch republikanische Zeitungen und selbst Stadtverwaltungen wie die von Coruña Unterstützung beschaffen. Dieses Aufwachen des öffentlichen Bewusstseins sei sehr bezeichnend.

In Marokko plane die Regierung entgegen ihren Versicherungen eine neue Expedition. Aber alle fortschrittlichen Elemente würden

sich, wie er hoffe, gegen die Ausführung der zusage liegenden Absichten wenden, wie sie sich gegen die letzte Expedition gewandt haben.

Die Lage der Regierung sei überhaupt wenig sicher. Die Deute auf der ausgeprochenen Seiten fänden die Haltung von Canalejas sehr zweideutig. Denn er führe keine seiner Versprechungen aus. Die Reaktionen aber greifen Canalejas an, weil seine radikalen Erklärungen sie bei ihren Wählern aus dem Volke schädigen.

Wenn Canalejas fielen, so müßte man wohl an Behler als Nachfolger denken. Das wäre der einzige Mann, der dann kommen könnte. Der wäre aber noch schlimmer als Maura und müßte von der republikanisch-sozialistischen Koalition noch viel energischer bekämpft werden. Denn er bedeute einfach den Triumph des reinen Militarismus. Im ganzen Lande müßte dann eine energische Protestaktion veranstaltet werden.

Zum Schluß äußerte sich Genosse Iglesias über die Koalition mit den Republikanern. Wenn diese ihr Ziel, die Einführung der Republik, nicht bald erreiche, so werde die Sozialdemokratie wieder in völliger Unabhängigkeit ihren Kampf gegen die Reaktion aufnehmen.

Aus Industrie und Handel.

Bewegung der Warenpreise.

Nach den Resultaten der Durchschnittspreise an 50 preussischen Markorten und den häufigsten sich ergebenden Preisen berichtet die „Statistische Korrespondenz“:

Im Gesamtdurchschnitt der Berichtsorte ist der häufigste Preis für Weizen (mittel) im August d. J. gegen den Vormonat um 8,4 M. für die Tonne gesunken, wobei jedoch bemerkt werden muß, daß ein Rückgang der Weizenpreise allgemein nur in den höchsten Berichtsorten der Monarchie zu verzeichnen ist, während im Westen vielfach Preiserhöhungen stattfanden. Beim Roggen mittlerer Güte hat sich der Gesamtdurchschnittspreis gegen den Vormonat nicht verändert, während die Mittelware für Draugerste um 0,5, für Futtergerste um 2,4 und für Hafer um 1,2 M. gestiegen ist. Bei einer Vergleichung der Getreidepreise des Jahres 1910 mit denen des Vorjahres zeigt sich, daß die Durchschnittspreise des Berichtsmontats beim Weizen um 39,5, beim Roggen um 27,1, bei der Draugerste um 18,9, bei der Futtergerste um 21,3 und beim Hafer um 83,0 M. niedriger sind als in der gleichen Berichtszeit des Jahres 1909.

Im einzelnen hat sich im August d. J. gegen den Vormonat der Weizen mittlerer Sorte am meisten verbilligt in Kottbus (um 15 M.), in Bromberg (um 13 M.), in Posen (um 12 M.), in Pleslau und Gleiwitz (um je 11 M.), in Berlin und Biegnitz (um je 10 M.). Die Preissteigerung beim Weizen war am bedeutendsten in Kiel (um 13 M.), in Altona, Düsseldorf und Reuß (um je 8 M.).

Beim Roggen (mittel) war die Preissteigerung am erheblichsten in Emden (um 9 M.), bei der Draugerste (mittel) in Essen (um 10 M.), bei der Futtergerste (mittel) in Posen, Gleiwitz, Erfurt und Hannover (um je 8 M.), beim Hafer (mittel) in Gleiwitz (um 10 M.).

Die bedeutendste Preiserhöhung betrug andererseits beim Roggen in Königshütte 8 M., bei der Draugerste in Stettin 2 M., bei der Futtergerste in Paderborn 10 M., beim Hafer in Potsdam 10 M.

Unverändert gegen den Vormonat blieb der Mittelpreis für Weizen in Königsberg i. Pr., Koblenz und Kachen, für Roggen in Akenstein, Halle a. S., Kiel, Kassel und Düsseldorf, für Draugerste in Köslin, Altona, Flensburg, Hanau und Düsseldorf, für Futtergerste in Graubenz, Köslin, Breslau, Biegnitz, Königshütte, Altona, Flensburg, Harburg und Wiesbaden, für Hafer in Königsberg i. Pr., Graubenz, Flensburg, Hildesheim, Stade, Donabrid, Paderborn, Essen, Kachen und Sigmaringen.

Die Augustpreise für Getreide mittlerer Sorte stellten sich am höchsten für Weizen in Wiesbaden (218 M.), für Roggen in Altona, Wiesbaden und Trier (je 158 M.), für Draugerste (mit 225 M.) und Hafer (mit 179 M.) in Bielefeld, für Futtergerste in Trier (171 M.); am niedrigsten für Weizen (mit 181 M.) und Hafer (mit 137 M.) in Emden, für Roggen in Akenstein (130 M.), für Draugerste in Straßburg (137 M.), für Futtergerste in Düsseldorf (118 M.).

Von den Hülsenfrüchten sind besonders weiße Speisebohnen und Linsen teurer geworden, auch Eihutter und Eier haben ihren Gesamtdurchschnittspreis gegen den Vormonat etwas erhöht, während andererseits Erbsen und Stroh eine rückläufige Preisbewegung zeigen.

Die Preise der übrigen Warengruppen haben sich gegen den Vormonat nicht nennenswert verändert.

Alle Erbsen wurden im Berichtsmontat im Großhandel nur noch in Halle mit 45 und in Wiesbaden mit 73 M., im Kleinhandel nur in Wiesbaden mit 9 Pf. gehandelt.

Ein Elektrizitätsmonopol im Kreise Teltow?

Die Teltower Kanalverwaltung besitzt ein Elektrizitätswerk zur Beschaffung von Licht und Kraft, das auch den Grundbesitzern des Kanals Energie liefert. Seit April dieses Jahres haben die Berliner Elektrizitätswerke das Wort gesprochen. Vorher hatte die Kanalverwaltung es selbst betrieben. Es war nicht unbekannt, daß die Übernahme durch das Berliner Elektrizitätswerk der erste Schritt zu einem systematischen Vorgehen dahin war, die dem Werke günstig liegenden Gemeinden ebenfalls mit Strom zu versorgen. Dem Kanal entfernter liegenden Gemeinden hatten nun in der letzten Zeit mit anderen Kraftwerken, die ihnen nicht nur günstiger lagen, sondern auch günstigere Bedingungen stellten als die Kraftstation der Berliner Elektrizitätswerke, Verträge abgeschlossen. Diese Gemeinden wurden unangenehm überrascht, als sie die schon rechtsverbindlich gemachten Verträge der Kreisbehörde zur Genehmigung vorlegten. Die Kreisbehörde erklärte den Gemeinden, es sei klüger, wenn sie die Verträge rückgängig machten und nochmals mit dem Kraftwerk des Teltowkanals resp. mit dem Berliner Elektrizitätswerke wegen Abschluß eines Vertrages verhandelten, dem Pächter seien nämlich sämtliche Kreisstraßen des Kreises Teltow zur Verlegung seiner Leitungen vorbehalten! — Wir haben hier also dieselben Verträge, die auch zwischen der gotthardischen Regierung und der A. E. G. abgeschlossen worden sind. Dort hat man die Staatsstraßen der Elektrizitätsgesellschaft zur monopolartigen Verwertung überwiesen. Wie sieht es nun in Saarbrücken? Dort hat die preussische Regierung der A. E. G. die Stromzuführung und Verteilung für ein Gebiet im Radius von vielleicht 100 Kilometer bewilligt und gewährleistet. Anfragen, inwieweit man der A. E. G. monopolartige Vorteile im Verträge zugestehen könne, ist man bis jetzt ausgewiesen. Da innerhalb der letzten Wochen schon zwei Fälle an die Deffenlichkeit gekommen sind, wo man die Kreis- oder Staatsstraßen einer Gesellschaft zur alleinigen Verwertung überlassen hat, so ist anzunehmen, daß es sich dabei um ein systematisches Vorgehen der Elektrokonzerne handelt. Damiel aber die Allgemeinheit nicht einverstanden sein. Wo bleibt die Selbstverwaltung, wenn die Gemeinden gezwungen werden, ihre rechtsverbindlich abgeschlossenen Verträge wieder aufzugeben? Die Elektrokonzerne arbeiten ganz planmäßig auf ein Monopol hin, das ihnen nicht nur Millionen, sondern bald Milliarden einbringen wird; auf Kosten der Konsumenten.

Gewerkschaftliches.

Schmollende „Christen“.

Im Lager der christlichen Gewerkschaften scheint man allmählich etwas unruhig zu werden über die mancherlei „Verständigungsversuche“, die getan werden, um den Janfapfel zwischen den „Christen“ und den katholischen Facharbeitern zu befeitigen. Geschieht ja diese „Verständigung“ oft, ohne daß den Christen von solchen Aktionen etwas mitgeteilt wird. Das erleben wir wieder aus der neuesten Nummer des „Zentralblatts der christlichen Gewerkschaften“.

In der Münchener „Allgemeinen Rundschau“ hat der Arbeiterführer Erzberger zu dem inneren Zentrumstreit Stellung genommen und unter anderem bemerkt:

„Wenn daher im Frühjahr eine kleine Verständigungskommission zwischen Fachabteilungen und Gewerkschaften eingesetzt worden ist, so darf man hoffen, daß die Arbeit des Dreimännerkollegiums von Erfolg gekrönt sein wird und mindestens die ähndende Schärfe in der Polemik der Vergangenheit zuzugählen sein wird.“

Darob ist das christliche Zentralblatt sehr erstaunt. Es begrüßt das Verständigungsbestreben, meint dann aber:

Zu einem Frieden, dem die christlichen Gewerkschaften zustimmen könnten, besteht indes in absehbarer Zeit kaum begründete Aussicht.

Von einer „Verständigungskommission zwischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften“ und einem „Dreimännerkollegium“ ist den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften nichts bekannt.

Auffallende Tatsache bleibt allerdings, daß in letzter Zeit verstärkt von einem Frieden geredet und geschrieben wird. Dies geschieht indes meist von Kreisen, die die Differenzpunkte zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen nur von der Oberfläche kennen gelernt haben. Doch solche Kreise sind geeignet, die Basis zu den Friedensmöglichkeiten vorzubereiten, ist für alle Einsichtigen klar. Schließlich noch die Feststellung, daß alle Friedensbemühungen, die ohne Einvernehmen mit den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften gemacht werden, vergebliche Arbeit sind.“

Also setzt man sich, um die Pose zu wahren, noch ein Weilchen aufs hohe Ross. Indes weiß ja der katholische Klerus, daß sich Hiesberts ausdrücklich auf seine gehorsamen Katholikeneigenchaften berufen hat und zu Kreuze kriechen will, wenn die kirchlichen Autoritäten die interkonfessionelle Vermischung und Verwischung verbieten. Warum denn noch die unnötige Rücksichtnahme? Der Klerus entscheidet und die „gehorsamen Katholiken“ haben sich zu fügen, wie's ja auch der ganzen kirchlichen Lehre entspricht. Da ist nichts zu muhen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Wie am Sonntag schon im „Vorwärts“ veröffentlicht war, haben die Arbeitgeber für die Betriebe der gelochten Bleche einen Tarifvertrag anerkannt. Nun weigert sich aber die Firma Hansen, den Tarifvertrag zu unterschreiben. Deshalb machen wir die Kollegen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Firma Hansen, Wiener Str. 12, für Metallarbeiter jeder Branche gesperrt ist. Der Streik dauert bei dieser Firma unverändert fort.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Dachdecker-Gilfsarbeiter hat, wie wir in der am Freitag abgehaltenen Versammlung berichtet, folgenden Verlauf genommen: Nachdem die vorige Versammlung die ursprüngliche Forderung eines Stundenlohnes von 60 Pf. auf 65 Pf. herabgesetzt hatte, sind einige Firmen mit der Kommission in Verhandlung getreten, die schließlich den Erfolg hatte, daß vier der größten und einflussreichsten Firmen einen Vertrag abschlossen, worin diese Forderung anerkannt wird. Der Vertrag gilt bis 1912. Infolge des Abschlusses konnten die Streikenden fast alle wieder in Arbeit treten. Die Erwartung, daß der Abschluß mit den vier Firmen die allgemeine Anerkennung dieses Vertrages zur Folge haben würde, hat sich nicht erfüllt. Eine kürzlich abgehaltene Versammlung des Arbeitgeberverbandes hat den Abschluß eines Vertrages mit den Gilfsarbeitern abgelehnt. Die Kommission der Arbeiter empfiehlt angesichts dieser Sachlage, durch partielle Streiks den mit den vier Firmen abgeschlossenen Vertrag auf der ganzen Linie durchzusetzen. — In der Versammlung erhob sich Opposition dagegen, daß der Vertrag mit den vier Firmen zu 65 Pf. Stundenlohn bis 1912 abgeschlossen worden ist, während nach dem Beschluß der vorigen Versammlung der Lohn im Jahre 1911 auf 60 Pf. erhöht werden soll. Es wurde verlangt, daß diese Forderung nunmehr bei den partiellen Streiks durchgesetzt werden soll. — Die Kommission berief sich darauf, daß beim Abschluß mit den vier Firmen leider nicht mehr erreicht werden konnte als 65 Pf. bis 1912, und daß auch die Arbeiter dieser Firmen damit einverstanden waren. Nunmehr könne man schlechterdings nicht mehr erwarten, daß andere Arbeitgeber einen Vertrag mit weitergehenden Forderungen abschließen würden.

Einen Antrag, welcher besagt, daß der mit den vier Firmen abgeschlossene Vertrag auch bei den übrigen Arbeitgebern durchgesetzt werden soll, lehnte die Versammlung ab. Dagegen wurde ein von dem Oppositionsredner Krause gestellter Antrag angenommen, welcher verlangt, daß beim Abschluß eines Vertrages an den Forderungen festgehalten werden soll, welche die vorige Versammlung aufgestellt hat, nämlich zunächst 65 Pf. und im folgenden Jahre 60 Pf. Stundenlohn.

Görnich erklärte, auf Grund dieses Beschlusses werde wohl nichts zu erreichen sein.

Die vollzogene Trennung.

Unter dem Titel: „Die Stellung Berlins zu dem Tarifstimpfe des deutschen Baugewerbes im Jahre 1910“ hatte der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten im Juni dieses Jahres eine Denkschrift herausgegeben, die sich u. a. auch mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschäftigt. Der Bund antwortete darauf vor einigen Tagen mit einer Erklärung, die sich vor allem gegen den Baumeister Otto Feuer, den Vorsitzenden des Verbandes der Baugeschäfte, richtet. Zu dieser Erklärung nahmen jetzt der engere Ausschuß des Verbandes und der Gesamtausschuß Stellung. Der engere Ausschuß faßte folgenden Beschluß: „Wir geben hiermit die Erklärung ab, daß die Denkschrift unseres Verbandes nicht von Herrn Feuer, sondern von dem Generalsekretär des Verbandes, Herrn Dr. jur. Wielenz verfaßt und nach Fertigstellung und allen, ebenso wie unserem Kollegen Feuer, zur Durchsicht und Genehmigung vorgelegt worden ist. Wir haben unter unserer vollen Verantwortung den Inhalt der Schrift gebilligt und ihre Drucklegung in der Form beschlossen, wie sie erschienen ist. Während unsere Denkschrift in sachlicher Weise unsere Stellung zum Tarifstimpfe schilderte, setzt sich die Erklärung des Deutschen Arbeitgeberbundes aus persönlichen Epigen gegen den vermeintlichen Verfasser zusammen. Zur Sache bemerken wir, daß in unserer Denkschrift keine Angriffe gegen den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe enthalten sind, unsere Vorwürfe richteten sich gegen die Wirtschaft einer Interessengemeinschaft, unter deren Herrschaft sich der Deutsche Arbeitgeberbund beugt. Wenn der Deutsche Arbeitgeberbund sich mit der Leitung dieser Interessengemeinschaft identifiziert, so ist das seine Sache. Wir lehnen es ab, uns mit dem Deutschen Arbeitgeberbund in eine Polemik über seine Gegenstände einzulassen, die von ihm ja schließlich notgedrungen veröffentlicht werden mußte. Aber auf das entschiedenste weisen wir die Angriffe gegen den Vor-

sitzenden unseres Verbandes zurück und erklären, daß wir unsere Denkschrift vollständig aufrecht erhalten und auch nicht die geringste Veranlassung haben, irgend etwas zu ändern oder zurückzunehmen.“ — Der Gesamtausschuß nahm eine Erklärung an, in der es heißt: „Entgegen dem offensichtlichen Bestreben des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, durch seine „Erklärung“ auf die Denkschrift des Berliner Verbandes den Vorsitzenden von den Mitgliedern zu isolieren, sprechen die Mitglieder des Gesamtausschusses des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten dem Bestreben ihr vollstes Vertrauen und ihre unbedingte Anerkennung aus. Die höchst ungerechtfertigten Angriffe gegen seine Person, die Umdeutungen und Verdrehungen offenkundiger Tatsachen weisen sie einmütig und entschieden zurück. Sie erklären des Weiteren, daß die im Juni herausgegebene Denkschrift des Verbandes vollständig den Anschauungen und Gesinnungen entspricht, die jederzeit einstimmig in der Tarifangelegenheit und bezüglich des Verhältnisses des Verbandes zum Deutschen Arbeitgeberbund innerhalb des Gesamtausschusses vertreten und gefaßt worden sind. Nach dieser „Erklärung“ des Bundes verzichten sie auf eine sachliche Widerlegung seiner Ausführungen, indem sie ebenso wie der engere Ausschuß den Inhalt der Denkschrift des Verbandes in jeder Beziehung aufrecht erhalten und billigen.“

Außerdem beschloß der Gesamtausschuß, den Austritt des Verbandes aus dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zum 31. Dezember 1910 zu erklären.

Die Stimmabstimmung kam am Sonntagvormittag zu einer Besprechung über den Tarifvertrag und seine Bedeutung für die Stimmabstimmung zusammen. Die Versammlung fand bei Eröffnung in der Wasserthorstraße statt. Plaus referierte; er machte besonders auf die Verhältnisse aufmerksam, die noch nicht dem Vertragsverhältnis unterliegen. Da mühte ganz energisch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen angestrebt werden. Gegenwärtig sei die Situation günstig, es würden viel Arbeitskräfte verlangt und da könnte manche Position gewonnen werden. Eine bessere Organisation der Arbeiter sei aber in erster Linie dazu notwendig. Am 1. Oktober tritt nach dem Verträge eine Lohnerhöhung von fünf Prozent überall in Kraft, und natürlich mühten die Arbeiter streng darauf achten, daß diese vertragliche Bestimmung auch erfüllt werde. Für die Stimmabstimmung bedeute diese Lohnerhöhung nicht viel, wenn man bedenkt, daß in früheren Jahren schon bessere Preise gezahlt wurden als heute. — Sehr wichtig sei, daß sich jeder Arbeiter streng an den Arbeitsnachweis halte und nicht durch Umfragen und Gelegenheitsjucherei sich Arbeit verschaffe. Die vertraglichen Bestimmungen in bezug auf den Arbeitsnachweis würden von den Unternehmern nicht selten umgangen, diese suchen gern auf andere Weise sich Arbeiter zu verschaffen. Das könne aber nicht gebuldet werden. Beide Seiten mühten streng darauf halten, daß der Arbeitsnachweis dem Verträge gemäß benutzt werde. Gegen Verfehlungen sollte eingeschritten werden.

In der Diskussion wurden die Verhältnisse in verschiedenen Betrieben als sehr verbesserungsbedürftig geschildert. Die Redner stimmten mit den Referenten darin überein, daß eine wirksamere Agitation entfaltet werden mühte, um die Berufscollegen für die Organisation zu gewinnen. Man wählte schließlich eine Kommission, die im Verein mit den Vertrauensmännern praktische Vorschläge machen soll, damit die Arbeiter in den Betrieben der Stimmabstimmung aufgestellt werden und sich auf ihre gemeinsamen Interessen mit Ernst und Eifer besinnen. Eine weitere Versammlung soll demnächst stattfinden, um die Vorschläge der Kommission zu hören.

Achtung, Blumenarbeiter und Arbeiterinnen! Dem Streik in der Firma Seibt u. Becker, Weihensee, haben sich 83 Personen angeschlossen. Die Firma versucht nun durch die „Morgenpost“ Arbeitskräfte zu erhalten. Gestern (Montag) kamen durch den Arbeitsmarkt der „Morgenpost“ 46 Arbeitssuchende, die aber nach Kenntnisnahme durch die Streikposten keine Arbeit bei der Firma annahmen. Wir ersuchen auch weiterhin, uns in der Fernhaltung des Zuguges zu unterstützen.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.
Verband der Blumen- und Blätterarbeiter.

Zur Tarifbewegung der Berliner Stodarbeiter.

Eine stark besuchte Versammlung der Stod- und Zelluloidarbeiter beschäftigte sich mit dem Abschluß ihres mit dem Verbande der Berliner Stodfabrikanten geschlossenen Vertrages. Wie der Referent Herxmal ausführte, konnten unter schwierigen Verhältnissen einige Verbesserungen gegenüber dem alten Vertrag erreicht werden. Die Arbeitszeit konnte leider nicht vergrößert werden; sie blieb bei 51 Stunden, obgleich nachgewiesen wurde, daß ein großer Prozentsatz der Arbeiter bereits 48 Stunden arbeitete. Ein Antrag der Arbeitgeber auf Leistung von Ueberstunden wurde zurückgezogen. Der Minimallohn betrug 2,50 M. Nur für Facharbeiter, die länger wie 1 Jahr in der Branche beschäftigt sind, wurde dieser auf 2,75 M. erhöht. Die erhaltenen Lohnzusätze wurden so zu verteilen vereinbart, daß die schlechter gestellten Positionen für Akkord- und Lohnarbeit um 5—10 Proz. aufgebessert wurden. Diese Verbesserungen müssen vom 1. April d. J. nachbezahlt werden. Bei der Regelung der Akkordpreise wurde festgesetzt, daß die Arbeitgeber mit den Betriebsausschüssen Tarife zu vereinbaren haben, welche fortlaufend ergänzt und sichtbar ausgehangen werden müssen. Bei Anfertigung von neuen Mustern sind die Preise nach dem bisherigen Durchschnittslohn zu bemessen. Diesen haben auch Akkordarbeiter zu erhalten, wenn sie vorübergehend in Lohn arbeiten. Das Schärpen der Kaspeln wird mit 2 M. pro Monat vergütet, die Handfeilen und Handkaspeln zu 1,25 M. berechnet. In der Frage der Heimarbeit konnte zunächst eine Einigung nicht erzielt werden; erst das Berliner Einigungsamt mußte einen Spruch fällen, der den Heimarbeitern dieselben Tarifpreise wie den Betriebsarbeitern garantiert. Betriebsarbeiter dürfen aber durch Vergütung von Heimarbeit nicht geschädigt werden. Die Stellenermittlung ist obligatorisch und gliedert sich dem paritätischen Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie an. Kein Kollege darf ohne Nachweis in den Betrieben eingestellt werden. Die Erledigung der Streitigkeiten geschieht durch die bestehende Schlichtungskommission innerhalb der Berliner Holzindustrie. An den Vorverhandlungen nimmt je ein Vertreter beider Parteien der Stodbranche teil. Als wesentliche Verbesserung wurde hier durchgesetzt, daß bei Differenzen, wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann, die betreffende Arbeit solange in Lohn herzustellen ist, bis die Schlichtungskommission gesprochen hat. In anderen Fällen sind alle einschiedenen Differenzen vom Tage der Meldung an nachzugeben. Die Lohnzahlung muß eine halbe Stunde nach Arbeitsluß beendet sein, sonst beginnt der Lohnanspruch. Kleidungsstücke und Werkzeuge der Arbeiter sind auf Kosten des Arbeitgebers gegen Feuergefahr zu versichern. Außerdem besagt ein Passus, wo günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestanden haben, bleiben dieselben in Geltung. Der Vertrag ist für drei Jahre, bis zum 15. Februar 1913, abgeschlossen. — Herxmal erklärte, daß sich die Branchenkommission mit der gegebenen Situation beschäftigt und beschlossen hat, der Versammlung die Annahme des Vertrages zu empfehlen, weil unter den herrschenden Verhältnissen ein Besserer nicht zu erreichen war. Die Branchenversammlung hat sich ohne Diskussion diesem angeschlossen und damit die Tarifbewegung der Berliner Stodarbeiter beendet.

Deutsches Reich.

Zum Krieg auf den deutschen Seeschiffswerften.

Daß der Streik der Werftarbeiter Hamburgs nicht auf die Werften beschränkt bleiben würde, war vorauszusehen. Die im Druck stehenden Werften beruhen, die notwendigen Arbeiten — Reparaturen, Auf von Ersatzteilen usw. — in Handbetrieben herstellen zu lassen. Solche Streikarbeiten zu verrichten, kommt einem Solidaritätsbruch gleich, und prompt erfolgte in allen solchen Fällen die Arbeitseinstellung. Am Sonnabend abend erfolgte im Betriebe

des früheren Landtagsabgeordneten und Hauptkassamachers Konzentrat Mend-Ottien aus diesem Grunde die Arbeitseinstellung von 650 Mann, während der Rest, etwa 150 Köpfe, in vierzehntägiger Kündigung steht. Herr Mend rechnete auch mit diesem Solidaritätsstreik, er hat sich nicht getäuscht. Seit Proklamierung des Werftarbeiterstreiks haben sich rund 2000 Arbeiter den Streikenden angeschlossen, so daß insgesamt 10 000 Mann in den Zustand getreten sind.

Den von den Werften betriebenen Lohnlistenschwindel haben wir bereits in mehreren Artikeln niedriger gehängt. Während man ursprünglich die Werftarbeiter 1800—2000 M. verdienen ließ, und als dieser Schwindel durch Nichtigstellung „gutgeleiteter“ Arbeiter in der bürgerlichen Presse nicht mehr zog, ließ man die besser gestellten Kategorien bis 1800 M. und darüber verdienen, bis man jetzt auf den famosen „Durchschnittslohn“ von Leuten gekommen ist, die länger als 150 Tage beschäftigt waren. Die bis 150 Tage beschäftigt gewesener Arbeiter läßt man außer Ansatz, weil deren Verdienst nicht zu hoch schlägt. Nur bei der Berechnung der Durchschnittslohnzahl wirkt man alle diese Arbeiter in einen Poti, rührt kräftig alles durcheinander, so daß nur 57 Stunden Arbeitsleistung pro Woche herauskommen, während in Wirklichkeit unter Ausschaltung der sogenannten unständigen Arbeiter, 72 Stunden und darüber geschuftet werden mußte. Zum Unglück für diese Rechenkünster, die wohl in der Fügigkeit, aber nicht in der Richtigkeit Adam Riese übertrumpfen, gibt es Arbeiter, die diese Rechenkünster einer Nachprüfung unterziehen. Wie aus den der Streikleitung von Lohnstatistik treibenden Arbeitern zur Verfügung gestellten Listen ersichtlich ist, gibt es auf den Werften noch sogenannte ungelernete Arbeiter, die 20,72 M. verdienen haben, während die Werksbesitzer 29,10 M. herausgerechnet haben. Von den 20,72 M. gehen noch die Beiträge für Versicherungszwecke ab. Tatsache ist, daß die Löhne sich zwischen — nach Abzug der Beiträge — noch nicht einmal 20 und 37 M. bewegen. Die sogenannten „hohen“ Verdienste erreichen selbstverständlich nur die hochqualifizierten Arbeiter. Wie die Figuren zeigen, verstehen sich die Werkskapitalisten und deren Beauftragte auf das Hegeheimleins.

Die Hafenarbeiter in Brake an der Unterweser sind heute morgen wegen Lohnhöhen in den Streik getreten.

In der Königl. und Großherzogl. Lithographie und Steindruckerei von L. Reberg zu Goslar sind die Lithographen und Steindrucker in den Ausstand getreten, der noch weitere Kreise nach sich ziehen kann. Während in Deutschland in fast sämtlichen Druckereien für Lithographen die acht- und für Steindrucker die neunstündige Arbeitszeit vertraglich festgelegt ist, besteht hier noch eine zehnstündige Arbeitszeit, außerdem ein Kontrollmarkensystem. Ebenso sind die Löhne sehr niedrig und die sanitären Verhältnisse sowie die Behandlung sollen alles zu wünschen übrig lassen. — Gefordert werden die sonst allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Verunglückter Streifbrechertransport.

Bei Arbeiterausständen in den Industriestädten Italiens, insbesondere in Mailand, suchen die Streifbrecheragenten sich Essen als den Mittelpunkt ihrer Werbungen aus. Dieser Tage waren wieder 150 Streifbrecher nach Mailand angeworben worden. Der Transport sollte mit der Bahn über Elberfeld gehen, während der Leiter mit einem Automobil über Köln fuhr. In Elberfeld wurde der Transport in einem Saale einquartiert. Als aber der Wirt Bezahlung verlangte, waren die Arbeiter alle mittellos. Der Agent hatte für die Bezahlung ebenfalls keine Vorkehrung getroffen. Nunmehr nahmen sich die Elberfelder Genossen der Leute an und trafen Anstalten, sie in die Heimat zurückzubefördern.

Die Differenzen in den lithographischen Kunstsalzen von Huber, Jordan u. Körner und Ritter u. Klöden zu Kürnberg sind nach längeren Verhandlungen im Beisein von Vertretern des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer und der beteiligten Arbeiterorganisationen (des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe und des Hilfsarbeiterverbandes) beigelegt worden. Die aufgestellten Forderungen wurden bewilligt, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

In der Heiligenbildfabrik von Josef Müller zu München sind sämtliche Lithographen, Steindrucker, Buchbinder sowie das gesamte Hilfspersonal in den Ausstand getreten. Gefordert werden tarifliche Verhältnisse, wie sie in sämtlichen übrigen Münchener Kunstsalzen schon längst eingeführt sind.

Letzte Nachrichten.

Arbeiterrisiko.

Gelsenkirchen, 12. September. (W. T. B.) Durch Abreißen einer Dampfleitung im Kesselhause der Zeche Konsolidation ist ein Maschinist getötet worden; zwei Maschinisten sind schwer verletzt worden.

Peter Ganter ausgewiesen.

München, 12. September. (W. T. B.) Der Verlagsbuchhändler Peter Ganter, der vor zwei Jahren durch seine „Blauen Briefe“, mit denen er sein bekanntes Buch „Doppelte Moral“ vertrieb, in weiten Kreisen in ganz Deutschland lebhaftes Beunruhigung hervorrief und dafür vom Landgericht München I zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde, wurde von der Polizeidirektion München aus München und Bayern ausgewiesen. Die von ihm bei der Regierung von Oberbayern eingelegte Beschwerde wurde abgewiesen.

Eisenbahnunglück.

Graubenz, 12. September. Eine amtliche Meldung besagt: Heute gegen Mittag stießen auf dem Bahnhof Strassburg (Westpreußen) zwei mit Reservisten besetzte Personenwagen beim Umsetzen vom Zuge 588 nach 954 so heftig gegen Lehteren, daß mehrere Fenster Scheiben zertrümmert wurden. Mehrere Personen wurden am Kopfe verletzt. Sie begaben sich nach Anlegung eines Verbandes in die Heimat. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Großfeuer in Rußland.

Barisn, 12. September. (W. T. B.) Einer Feuersbrunst, die seit drei Uhr nachmittags in der Vorstadt Rawkas wütet, sind bis zum abend bereits 300 Häuser zum Opfer gefallen; 4000 Einwohner sind obdachlos. Die Holzitapele am Ufer der Wolga sind bedroht.

Einberufung der Parlamente.

Wien, 12. September. (W. T. B.) Der Landtag von Schlesien ist auf den 19., die Landtage für Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Vorarlberg sind auf den 20., der Landtag von Galizien ist auf den 22. und der Landtag von Oberösterreich auf den 25. September einberufen.

Vier Personen ertrunken.

Paris, 12. September. (W. T. B.) Als gestern nacht in einem Fischerboot sieben Herren von einem Ausflug zurückkehrten, wurde das Boot auf dem Seine von einem Dampfer überannt. Nur drei von den Schiffbrüchigen konnten sich an Bord des Dampfers retten, während die vier übrigen erst heute im Laufe des Tages als Leichen geborgen wurden.

Zur Frage der Beitragserhöhung in Groß-Berlin.

II.

In unserm ersten Artikel deuteten wir schon an, daß die außerordentlichen Einnahmen der Parteioorganisationen Groß-Berlins in den letzten Jahren ganz erheblich zurückgegangen sind.

Table with 5 columns: Kreis, 1906, 1907, 1908, 1909/10. Rows include I. Kreis, II, III, IV, V, VI, Zeltow-Beeskow, Nieder-Barnim.

Ein noch traurigeres Bild ergibt die Zusammenstellung der auf Parteitagelisten eingegangenen Summen.

Table with 5 columns: Kreis, 1906, 1907, 1908, 1909. Rows include I. Kreis, II, III, IV, V, VI, Zeltow-Beeskow, Nieder-Barnim.

Bei einem derartigen Resultat liegt wirklich die Frage nahe, ob man nicht bei Gelegenheit der Beitragserhöhung die Listen-sammlung für Parteitagelisten beseitigen soll.

So notwendig uns für Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen die Listenherausgabe erscheint, um alle Klassen der Bevölkerung, für deren Interessen wir ja gleichzeitig kämpfen, zur materiellen Leistung heranzuziehen; wie sich selbst bei der Wonskaufgabe noch das Argument anführen läßt, die unorganisierten Arbeiter für die Zwecke des Proletariats mit in Anspruch zu nehmen, für die Sammelkosten zum Parteitage läßt sich kaum irgend ein zutreffendes Motiv ins Feld führen.

Wie enorm neben diesen verminderten Einnahmen die Ausgaben der Kreise gewachsen sind, weiß jeder am Parteileben interessierte Genosse. Wüßten doch der dritte und sechste Kreis sowie der Kreis Nieder-Barnim schon neben dem 30 Pf.-Beitrag eine Art Lokalaufschlag erheben, um die gestiegenen Kreisunkosten zu decken, oder wie Nieder-Barnim die Landtagitation mit reichlicheren Mitteln zu versehen.

Trotz dieser Zuschläge, welche bereits eine Beitragserhöhung darstellen, sind die Mitgliederzahlen von Berlin VI und Nieder-Barnim außerordentlich gestiegen. Das Verde, durch die oft sehr notwendige Beitragserhöhung verschweude man Mitglieder, wird nicht nur durch die Gewerkschaftsorganisationen glänzend widerlegt, auch die obigen Beispiele unserer eigenen Kreise beweisen das Gegenteil.

Der Einwand, höhere Beiträge könnten für politisch denkende Männer und Frauen ein Grund sein, der Organisation fernzubleiben, ist durch die Tatsachen völlig widerlegt und in seiner totalen Unhaltbarkeit auch für die Berliner Organisation zurückgewiesen.

Wer sich der sozialdemokratischen Partei anschließt, weiß, daß ihm Opfer winken, daß materielle Vorteile nicht zu erzielen sind. Es heißt die Kreuzgewinnenden recht niedrig einschätzen, wenn man glaubt, diese Arbeiter kennen und wissen absolut nichts vom Wesen der Sozialdemokratie.

Kleines feuilleton.

Der Gedentag eines berühmten Wiegenliedes. Heute, am 13. September, sind hundert Jahre verfloßen, seitdem Carl Maria von Weber eines seiner populärsten Lieder komponiert hat, das einfach-mals so viel gefungene „Schlaf, Herzengedächtnis, mein Lieblich bist du“.

weniger dürfte in Berlin kein Hinderungsgrund sein, welcher irgend einen Arbeiter der Organisation fernhält. — Wie die Feststellungen des Parteivorstandes erweisen, trifft eine derartige Hemmung nicht einmal für die Kreisligen der Armen zu, geschweige denn in Groß-Berlin.

Mit Benützung ersuchen wir aus dem letzten Bericht der sächsischen Landesversammlung, daß Genosse Sindermann mitteilen konnte, der Wochenbeitrag von 10 Pf. sei in ganz Sachsen durchgeführt.

Aber nicht nur fast alle Einnahmen der Kreise bis auf die Leistung der Mitgliederbeiträge sind in den letzten Jahren zurückgegangen, auch die Leistungen der Einzelmitglieder sind gegen das Vorjahr in den meisten Kreisen gesunken.

Wie der Verbandsleiter in der letzten Generalversammlung Groß-Berlins ausführte, stellen sich die Zahlungen der einzelnen Kreise an die Verbandskasse pro Kopf der Mitglieder folgendermaßen dar:

Table with 5 columns: Kreis, Mitglieder, Zahlung, pro Mitglied (1 1/2 %), aufs Jahr berechn. Rows include I. Kreis, II, III, IV, V, VI, Zeltow-Beeskow, Nieder-Barnim.

Für die Berechnung sind die Eingänge von je 10 Pf. für Frauen- und Männer-Beitragsmarken sowie für Eintrittsmarken, außerdem Beiträge der Kreise und Listensammlungen der Landtagwahl 1908 zugrunde gelegt.

Man ersieht hieraus, wo eine kleine Steigerung eingetreten, ist solche sehr unbedeutend, in den meisten Kreisen dagegen ist die Beitragsquote erheblich gesunken.

Rund existiert aber für Berlin auch noch die Verpflichtung, die finanzschwachen Wahlkreise der Provinz Brandenburg zu subventionieren. — Ein apartes Kapitel, das besondere Hervorhebung verdient.

Table with 2 columns: Jahr, Summe in Mark. Rows include 1906, 1907, 1908, 1909/10.

Durch die nahenden Reichstagswahlen werden diese Summen sicher keine Verminderung erfahren, wie überhaupt die nächsten Wahlen in bezug auf den Geldpunkt ganz außerordentliche Anforderungen an die Kreise der Partei stellen werden. Man unterschätze nicht, mit wie enormen Summen, es wurden ja über zehn Millionen Mark angedeutet, der Sanjabin in die Aktion treten dürfte. Wenn wir demgegenüber die freiwillige unbezahlte Arbeit unserer Parteigenossen in die Waagschale zu werfen haben, so darf doch kein Moment verkannt werden, daß volle Klassen die Kriegführung unterstützen müssen, will die Partei gegen die wohlgerüsteten Schatzkammern des Kammerismus bestehen.

Berlin hat in organisatorischer Beziehung recht viel nachzuholen. — Wirken wir früher durch die Masse unserer Mitglieder, so haben wir den Vorrang jetzt an Hamburg abgeben müssen. Berlin VI behauptete sonst den ersten Platz in der Zahl der Wahlvereinsmitglieder, heute steht Hamburg III mit 30 000 organisierten Genossen an erster Stelle. — Vergleichen man gar die Zahl der Wähler, welche die Partei als Mitglieder der Wahlvereine zu dauernder Zugehörigkeit gewann, so schneidet Berlin nämlich nicht zum besten ab. Die Spitze hält Hamburg, dessen Wählerkreis zu 33,29 Proz. der Organisation zugehört, Berlin folgt weit hinten mit dem Satze von 24,58 Proz., während noch zehn andere Bezirke, Hannover, Schleswig-Holstein, Lübeck sowie sächsische und thüringische Bezirke die Hauptstadt überflügeln haben. Rekordmäßig weit gehen alle diese besser organisierten Bezirke höhere Mitgliedsbeiträge als Berlin. Zum mindesten kann also der höhere Beitrag der Ausbreitung der Organisation doch nicht hinderlich sein.

Glauben wir also nachgewiesen zu haben, daß die Unterstützung der Gesamtpartei und unsere Pflichten gegen die Provinz Brandenburg die Schaffung neuer Mittel erfordern, so sind auch der Aufgaben im eigenen Hause noch so manche und so wichtige zu lösen, für welche ebenfalls und unbedingt gesorgt werden muß.

Für den Jugendausschuss haben wir 1909/10 von Parteivog-

4500 Mark aufgebracht, eine minimale Summe, wenn man die Aufgaben ins Auge faßt, welche diese allerdings der Partei nicht angegliederte Institution lösen soll.

Hierüber führte der Verbandsleiter in der schon mehrfach genannten Generalversammlung völlig zutreffend aus:

„Der Jugendausschuss leidet ständig an Geldmangel. Die Jugendausschüsse der Vororte müssen mit wenigen Mark vorlieb nehmen, weil leider kein Geld da ist.“

Nun wird weiter von allen Seiten verlangt, daß die Bildungsbestrebungen Groß-Berlins zentralisiert und ausgebaut werden.

Die Notwendigkeit hierzu lag längst vor. Nabezu wöchentlich gelangen Anträge der Vorortwählvereine Berlins an die Kreise, Zellen, Lichtbildervorträge und Kurse zu veranstalten. So manches Röttige unterbleibt des Geldpunktes halber.

Ueber kurz oder lang werden die Bildungsinstitutionen Berlins und der Umgegend zentralisiert sein. Soll dann die Verbandskasse den sicher kommenden berechtigten Anforderungen gewachsen sein, so bedarf sie dringend weiterer Mittel, welche ebenfalls nur durch eine Beitragserhöhung zu beschaffen sind.

Würdigt man alle diese Momente, so ist es zweifellos, daß wir um eine Erhöhung nicht herumkommen.

Nicht nur unsere Person, unser freiwilliges Arbeiten haben wir für die Partei, für die Ideale des Proletariats einzusetzen, nein auch mit dem wenigen, welches die heutige Gesellschaftsordnung dem Arbeiter läßt, mit unserem Vermögen, haben wir einzutreten. Gut und Blut für die Sozialdemokratie, dies die Parole, welche die Berliner Arbeiterklasse immer und immer erfüllt hat.

Partei-konferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Die Konferenz tagte am Sonntag im festlich geschmückten großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses. Eine stimmungsvolle Einleitung der Tagung gab der Gesangverein „Bezirkschor Wedding“ durch den Vortrag von zwei Arbeiterliedern.

Zucht eröffnete die Konferenz, indem er die Teilnehmer begrüßte und den Arbeiten der Konferenz besten Erfolg wünschte. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden Juch-Verlin, Sydow-Brandenburg und Falke-Guben betraut.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der Bericht des Zentralvorstandes.

Richard Schmidt, der den Bericht erstattete, führte unter anderem aus: Das abgelaufene Geschäftsjahr war ein Jahr des Kampfes, das aber von gutem Erfolge begleitet war. Die Parteiorganisation hat um 4280 Mitglieder zugenommen. Im August 1909 setzte die Protestbewegung gegen die Reichsfinanzreform ein. Ferner schlossen sich daran die Wahlrechtsversammlungen. Versammlungen, die unter freiem Himmel abgehalten werden sollten, wurden zum großen Teil verboten, aber auf unsere Beschwerde später genehmigt, weil kein Grund zur Verweigerung vorlag. Der Anfang des Jahres 1910 brachte neue Wahlrechtsversammlungen. Sie waren alle gut besucht und im Anschluß an die Versammlungen fanden häufig Straßendemonstrationen statt. Wir haben Demonstrationen gehabt in Orten, wo wir noch fast gar keine Fühlung mit den Arbeitern hatten. Vom 16. Januar bis 10. April wurden 264 Protestversammlungen abgehalten. Am 1. Mai, der ja auch noch unter dem Zeichen der Wahlrechtsbewegung stand, fanden 78 Versammlungen statt. Vom 13. bis 27. Februar wurden 24 Versammlungen im Interesse der Frauenagitation abgehalten, die guten Erfolg hatten. — Das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft hat sich sehr günstig gestaltet. Besonders muß anerkannt werden, daß die gewerkschaftlichen Gauleiter für die Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern gewirkt haben. Es finden regelmäßige Zusammenkünfte der Gauleiter statt, an denen sich alle Gewerkschaften mit Ausnahme des Buchdruckerverbandes beteiligen. Zur Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern wurden 90 000 Flugblätter verbreitet. 606 öffentliche und 1354 Wahlvereinsversammlungen fanden aus Anlaß der verschiedenen Protestbewegungen statt.

Die Gemeindevahlen gaben uns Gelegenheit, eine lebhafteste Agitation zu entfalten. Wir hatten den Erfolg, daß die Zahl unserer Gemeindevorteiler sich vermehrte. Im Jahre 1909 hatten wir in 12 Städten 54 und in 42 Landgemeinden 126 Vertreter. Im Jahre 1910 konnten wir verzeichnen in 22 Städten 93, in 67 Landgemeinden 191 Vertreter. Das ist eine Zunahme von 39 Stadt- und 65 Gemeindevorteilern. Dieser Fortschritt unserer Partei ist den Gegnern natürlich ein Dorn im Auge. Sie haben deshalb in diesen Fällen versucht, unsere Kandidaten anzufechten, teils mit, teils ohne

Kindig: Denkbar waren zwei Arten für unsere Kaiserliche Hoheit, die gestellte Aufgabe zu lösen. Hoheit haben halt die dritte gewählt.

Der Geist der Medizin (Soldatengespräch): „Du! moanst, der Stabsarzt so mir d' Hoar schneid'n?“ — „Do scho, wann er auf d' Waderer studiert hat.“

Nach dem Manöver (ein „geschwenter“ Offizier zum andern): „Das einfachste ist: Kunsfalter. Als Weinreisender muß man zu viel rechnen können.“

Schlechte Erfahrungen (Wauernnädel zum Liebesleidenden Russetier): „I mag net, euch kennt ma scho, es zahlts bloß an Flurschaden, wann's Manöver rum is, und die Alimenter bleibts es schuldig!“

Der Stabsarzt: Ein Einjähriger eines norddeutschen Kavallerieregiments stirzt mit dem Pferd und kommt unter dasselbe zu liegen. Bemühtes wird er herbeigezogen und in das Lazarett der Garnison übergeführt. Am Bette des aus tiefer Ohnmacht Erwachenden stellt sich bald ein Stabsarzt ein. Er fragt den Verlegten: „Haben Sie Schmerzen?“ — „Jawohl, Herr Doktor“, antwortet höhnend der Einjährige. Darauf erfolgt die lakonische Zurückweisung: „In den dreiviertel Jahren, die Sie Soldat sind, hätten Sie lernen können, daß es heißt: „Ju Befehl, Herr Stabsarzt!“ und nicht: „Jawohl, Herr Doktor!“

Der Assessor. Ein Assessor ist als Reserveoffizier zur Uebung eingezogen. Bei der Weidung fragt ihn der Oberst: „Sind Sie Regierungs- oder Gerichtsassessor?“ Der Befragte: „Kur Gerichtsassessor, aber bei der Staatsanwaltschaft.“

Rachet. (General toastet auf „Jhn“): „Seine Majestät, unser allergnädigster Gegner und Herr, ein Hoch auf seinen Sieg — hurra, hurra, hurra!“

Notizen.

— Zum hundertsten Male wurde am Sonnabend im Neuen Theater „Die goldene Mitterzeit“ gegeben: ein Beweis dafür, daß diejenigen Au- und Theaterdirektoren recht haben, die dem bürgerlichen Publikum Berlins Beschmad und Kunstverständnis absprechen und das schalste Zeug gerade als das für jene Theaterbesucher geeignetste Wägenfutter erklären.

— Königlich Ould. Vor ein paar Jahren wurde der „Dr. ing.“ geschaffen, und jetzt bekommen die Tierärzte ihr „vet.“ weg. Eine königliche Verordnung gibt den tierärztlichen Hochschulen das Recht, den „Dr. mod. vet.“ zu verleihen. Man denke!

— Die Berliner Sezessions-Ausstellung wird Sonntag, den 25. September, geschlossen.

— Die Theater- und Musikbesprechungen finden unsere Leser heute im Unterhaltungsblatt.

trachtung unter dem Mikroskop wie einzelne kleine Lebewesen verhalten. Vor allem vermehren sie sich durch Teilung, wie es bei den einzelligen sogenannten Urtieren der Fall ist. Jolly hatte schon vorher einmal gezeigt, daß der Vorgang dieser Vermehrung der roten Blutkörperchen durch Teilung an einer Probe von Salamanderblut beobachtet werden kann, die fünfzehn Tage lang für sich aufbewahrt gewesen war. In ähnlicher Weise konnte das Ueberleben der weißen Blutkörperchen festgestellt werden. Bei diesen Versuchen muß das Blut nicht etwa bei einer hohen Temperatur aufbewahrt werden, sondern gerade bei einer Temperatur in der Nähe des Gefrierpunktes. Dadurch hat es Dr. Jolly jetzt erreicht, nach 4 1/2 Monaten alle Lebenserscheinungen an den weißen und roten Zellen von Salamanderblut nachweisen zu können. Diese bestanden nicht nur in der Teilung der Körperchen, sondern auch in ihren Fortbewegungen, in der Zusammenziehung ihrer Muskelfasern und in anderen Verrichtungen, die das Leben dieser winzigen Zellen bedeuten.

Sternwanderungen. Wie in der Natur alles in Bewegung und im Fluß begriffen ist, so gibt es auch keine fixen Sterne, und man sollte diese alte Bezeichnung eigentlich aufgeben. Auch die Anordnung der Sterne und Sternbilder hat nur für den Laien, dem es auf eine oberflächliche Orientierung am Himmel ankommt, noch einen Wert, während die Astronomen sie längst nicht mehr beachten. Auf neuen Himmelskarten pflegen denn auch die phantastischen Zeichnungen der Sternbilder zu fehlen. Außer anderen Gründen ist in der Wissenschaft für den Verzicht auf die Sternbilder auch der Umstand maßgebend gewesen, daß ihre Gruppierung nicht nur eine zufällige, sondern auch eine vorübergehende ist. Für die Vorstellung der meisten Menschen sind die sieben Sterne des Großen Wärens ein zusammengehöriges Ganzes; in der Tat sind sie es nicht. Fünf dieser Sterne bewegen sich allerdings scheinbar gleichmäßig von der Erde fort, die beiden Sterne aber, die das Ende des „Schwanzes“ oder der „Reichsel“ bezeichnen, eilen auf die Erde zu, und daraus ergibt sich, daß nach Jahrtausenden das Sternbild des Großen Wärens einen merkwürdigen Anblick gewähren wird als heute. Da es mit anderen Teilen des Firmamentes ebenso bestell ist, so kann man mit Sicherheit die Voraussage wagen, daß sich der Sternenhimmel in einer freilich fernen Zukunft überhaupt wesentlich anders ausnehmen wird als er jetzt auf den Himmelskarten erscheint. Die Zusammenhänge zwischen den „fix“-Sternen, die sich nicht ändern lassen, greifen weit über den Verband der einzelnen Sternbilder hinaus. So gehören jene beiden Spitzensterne des Großen Wärens möglicherweise in die Gesellschaft des Sirius usw.

Humor und Satire.

Aus der Manöver-Kammer des „Simplicissimus“. Die Lilien auf dem Felde (Kavallerie-Leutnantengespräch): „Merkwürdig, die Infanterie! Sie fährt nicht, sie reitet nicht, und unser himmlischer Vater bewegt sie doch!“

Erfolg. — Auch im übrigen wird versucht, mit Hilfe aller Verordnungen unsere Genossen aus Schuldeputationen und sonst aus der Verwaltung hinauszubringen.

Unser Kalender, der „Märkische Landbote“, hat auch in diesem Jahre das ganz besondere Merkmal den Gegner erregt, woraus hervorgeht, daß wir den rechten Ton getroffen haben. Die Verbreiter des Kalenders sind öfter wegen Sonntagsarbeit bestraft worden. Auch gegen den Verleger des Kalenders, Genossen Weis, wurde eine Klage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Der Kalender wurde in 320 000 Exemplaren, die „Fadel“ in 504 000 Exemplaren und ferner 800 000 Flugblätter und Broschüren verbreitet.

Zur Verbreitung der Parteipresse ist zu sagen, daß das am 1. Juli ins Leben getretene „Reumärkische Volksblatt“ in Bezug auf seine Abonnentenzahl unsere Erwartungen übertrafen. Das Blatt hat etwa 1000 Leser mehr als wir erwartet hatten. Nicht so günstig ist der Fortschritt der beiden alten Parteiblätter. Die „Märkische Volksstimme“ hat nur 486, die „Brandenburger Zeitung“ 1600 Abonnenten gewonnen. Das kann uns nicht befriedigen. Für die Verbreitung der Parteipresse muß mehr getan werden.

Die am 15. d. M. stattfindende Reichstagswahl in Frankfurt-Lebus nimmt gegenwärtig die Agitationsarbeit in hohem Maße in Anspruch und wird den Erfolg haben, daß wir den Wahlkreis erobern.

Die Klassenverhältnisse scheinen auf den ersten Blick günstig, aber es ist zu bedenken, daß wir erhebliche Schulden haben. Wir hoffen, daß unsere finanzielle Lage, die Organisation von Groß-Berlin und unter die Arme greifen wird, sonst müßte uns der Parteivorstand seine Geldquellen öffnen. — Die Arbeiter des Sekretariats haben gegen früher bedeutend zugenommen. Wir hatten an Postämtern 3310 Ein- und 11580 Ausgänge.

Wir erfordern die Genossen, unsere Arbeiten nach besten Kräften zu unterstützen, damit wir im nächsten Jahre noch bessere Resultate vorlegen können. (Weisfall.)

Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Vorstandes ist noch folgendes anzuführen: Die 18 Kreiswahlvereine der Provinz haben 20 000 männliche und 2294 weibliche Mitglieder. Jugendauschüsse bestehen in 20, Bildungsausschüsse in 22, Kinderkommissionen in 5 Städten.

zum ersten Punkt der Tagesordnung lagen folgende Anträge vor:

Brandenburg-Westhavelland: Die Provinzial-Konferenz wolle Maßnahmen treffen, daß in Angelegenheiten, wo die Provinzialinteressen in dem Vordergrund stehen, die Provinz nicht durch Groß-Berlin überstimmt wird.

Arnsvalde-Friedeberg: In Erwägung, daß die Landagitation intensiver als bisher gepflegt werden muß, in fernerer Erwägung, daß eine baldige Reichstagswahl bevorsteht, beantragt der Kreis einen agitatorisch befähigten Genossen in unabhängiger Stellung zu bringen, um dadurch die Agitation für die Partei wirkungsvoller zu gestalten.

Potsdam-Spandau-Osthavelland: Antrag zu § 4 des Statuts: Mitglieder, welche 8 Jahre dem Wahlverein angehören und dauernd erwerbslos sind, können auf Antrag vom Beitrag befreit werden.

Königsberg-Neumark: Den Verwaltern der Rechtsauskunftsstellen ist eine Entschädigung zu gewähren. Die Art und Weise ist der Provinzialkonferenz überlassen.

Schadow-Brandenburg: begründete den Antrag seines Kreises und erklärte, der Antrag sei bereits erledigt durch eine Aussprache im Zentralvorstand, welche das Resultat hatte, daß dem Verlangen der Antragsteller Rechnung getragen werden solle.

Zur Begründung des Antrages Friedeberg-Arnsvalde verwies Müller darauf, daß schon 200 Genossen den Kreis verlassen müßten, weil sie wegen ihrer Parteilichkeit freilos gemacht wurden. Das geschähe jedem, der in der Partei hervortrete, und deshalb seien manche gute Organisationen zurückgegangen.

Schubert-Spandau: begründete den Antrag Potsdam-Spandau.

Weis bemerkte zu den Anträgen: Der Brandenburger Antrag sei ja durch Schwans Ausführungen erledigt. Doch es sei ein Irrtum, wenn die Genossen in der Provinz glauben, sie hätten Anlaß zur Unzufriedenheit über die Wahl der Delegierten zum internationalen Kongreß. Die Gewählten seien Kandidaten von Provinzkreisen, der Wahlmodus sei vier Wochen vorher vorgeschlagen und angenommen worden. Uebrigens sei es der lebhafteste Wunsch der Berliner Genossen, daß die Provinzreise selbständig seien. Eine Ueberstimmung sei also nicht zu fürchten. — Die Genossen in Friedeberg-Arnsvalde hätten schon manchmal die Möglichkeit gehabt, unabhängige Stellungen mit agitatorisch befähigten Genossen zu besetzen, es seien aber andere Leute in solche Stellen gekommen. Wo die politische und gewerkschaftliche Organisation so weit zurück sei, daß sie keine nennenswerte Zahl von Käufern stellen können, da könne auch ein tüchtiger Genosse als Geschäftsmann nicht existieren. Ein Verlust dieser Art sei ja auch schon festgeschlagen. Aus diesen Gründen sei der Zentralvorstand gegen den Antrag, weil er sich keinen Erfolg davon versprechen könne. — Der Antrag Spandau sei überflüssig, weil ja auf Grund des Statuts den Mitgliedern bei längerer Arbeitslosigkeit der Beitrag erlassen werden könne. — Dem Antrage Königsberg könne nicht stattgegeben werden. Die Entschädigung der Rechtsauskunftsstellen sei so gering, daß die Kosten von den Genossen am Orte, allenfalls mit Unterstützung durch die Gewerkschaftsstelle, aufgebracht werden könnten und müßten. Sollte die Zentralkasse die Kosten decken, dann müßte dies bei allen 25 Auskunftsstellen geschehen. Das wäre aber eine zu große Belastung.

Dech-Neudamm: trat für den Antrag Königsberg ein und ersuchte, wenigstens den Keinen Orten die Entschädigung zu gewähren.

Nachdem noch einige Redner zu den Anträgen gesprochen hatten, erhielt Schmidt das Schlusswort. Dann erfolgte die Abstimmung.

Der Antrag Brandenburg-Westhavelland gilt als erledigt.

Der Antrag Arnsvalde-Friedeberg wurde abgelehnt, der Antrag Potsdam-Spandau zurückgezogen und der Antrag Königsberg-Neumark abgelehnt.

Angenommen wurde ein im Laufe der Debatte gestellter Antrag, welcher die Kreisorganisationen auffordert, eine energische Agitation für die Parteipresse recht bald in die Wege zu leiten. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet.

Hoffmann gab das Resultat der Mandatsprüfung bekannt. Auswendig sind 121 Delegierte und zwar 24 aus Groß-Berlin, 50 aus der Provinz, 19 Mitglieder des Zentralvorstandes und der Agitationskommission, 14 Mitglieder des Aktionsausschusses, 1 Vertreter des Parteivorstandes, 8 Kandidaten, 5 Vertreter der Parteizeitungen („Vorwärts“, „Brandenburger Zeitung“, „Märkische Volksstimme“, „Reumärkisches Volksblatt“).

Die bisherigen Revisoren: **Kratzsch**-Brandenburg, **Jahn**-Ludowig und **Daub**-Köln wurden wiedergewählt.

Nach der Mittagspause wurde der zweite Punkt der Tagesordnung behandelt:

Die nächsten Reichstagswahlen.

Der Referent **Dawell**: An die bevorstehenden Wahlen werden hochgespannte Erwartungen geknüpft. Ich kann dieselben nicht unbedingt teilen. Genau, die Umstände sind uns günstig. Die Wirkung der Handelsverträge und der Reichsfinanzreform zeigt sich. Die Kaiserrede hat auch nicht befänstigend gewirkt. Auch die Justiz setzen wir uns mehr und mehr in den Dienst der herrschenden Mächte stellen. Dazu kommt der Stillstand der Sozialreform. Das alles muß aufpeitschend wirken. Wenn wir jetzt in die Wahlen treten könnten, läme uns diese Stimmung sehr zusetzen. Aber Begeisterung läßt sich nicht auf Plätzen ziehen. Vor den Wahlen 1907 herrschte auch Begeisterung, die aber dem Potentatentumsummel nicht stand hielt. So kann auch die jetzige Erregung bis zu den Wahlen noch sehr abflauen. Voraussetzlich haben wir zur Zeit der Wahl eine bessere wirtschaftliche Konjunktur und ein Sinken der Brotpreise zu verzeichnen. Das alles wirkt herabstimmend auf die Erregung der Massen. Für unsere Gegner aber bessern sich die Umstände. Sie werden uns bei der Wahl allem Anschein nach mit einer amerikanischen Wahlmache konfrontieren, auch setzen ihnen reiche Geldmittel zur Verfügung. — Die Neuordnung der Handelsverträge, die dem nächsten Reichstage obliegt, bestimmt die Partei-

gruppierung und auch die Wahlkraft Agrarier und Großindustrielle sind für hohe Schutzgölle. Auch das Zentrum erklärt schon heute, daß die Neuordnung der Handelsverträge auf der Grundlage der Schutzhölle erfolgen muß. Das Zentrum wird bei den nächsten Wahlen relativ gut abschneiden, das läßt sich heute schon mit ziemlicher Sicherheit übersehen. Für die Sozialdemokratie ist es schauer, dem Zentrum das Wasser abzugraben. Das zeigt die Wahlstatistik. Sie lehrt uns ohne Zweifel, daß die liberalen und sozialdemokratischen Ideen bei der katholischen Bevölkerung sehr schwer Eingang finden. Das Zentrum stützt sich weniger auf Arbeiter, als auf ländliche Kreise. Es wird also durch seine Stellung für den Schutzgölle bei seinen Wählern wenig verlieren. Es reicht ihnen das „Himmelsbrot“ dafür. Es ist nicht anzunehmen, daß der Hansabund dem entgegengetreten wird. Er ist ja nicht gegen die Zollbelastung an sich, sondern er will nur, daß die Leute nicht nur zugunsten der Agrarier verteilt wird, sondern daß auch die Industriellen und der Handel möglichst viel davon ab bekommen. Die Interessen der breiten Masse der Konsumenten vertritt der Hansabund nicht. Er ist keineswegs für Freihandelspolitik. Er stellt sich auch ausdrücklich auf den Standpunkt der bestehenden Staatsordnung und will die Sozialdemokratie nicht fördern, wie unabweisend gesprochen worden ist. Es kann also nicht darauf gerechnet werden, daß der Hansabund auch nur einen einzigen Sozialdemokraten gegen einen konservativen, ultramontanen oder national-liberalen Kandidaten unterstützen wird. Ferner ist zu bedenken, daß der Schutzgölle in Deutschland noch nicht seine höchste Entwicklung erreicht hat. Es gibt ja sogar unter den Sozialdemokraten Anhänger des Schutzgölles, die vereint mit den Arbeiterkreisen Anklänge finden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände scheint der Plan des Reichsanwalts, die Schutzgölle als Wahlparole zu gebrauchen, gar nicht so aussichtslos zu sein. Die indifferenten, politisch ungeschulten Arbeiter werden sich leider mit der Phrase vom Schutze der nationalen Arbeit und vom Produzenteninteresse, das angeblich dank der Schutzgölle geschützt wurde, von den Wahlmännern des Schutzgölles betören lassen. Man glaubt, der Hansabund sei freihändlerisch. Was ist denn der Hansabund? Ein Konglomerat aller möglichen Interessenten, in dem aber die Industrie und die Banken die unbestrittene Führung haben. Das Bankkapital dominiert aber auch in der Großindustrie, es hat also dieselben Interessen wie diese, und die Großindustrie ist für Schutzgölle. Der Hansabund wird alle anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie unterstützen. Wir werden also im neuen Reichstage einen Block der Schutzgölner haben: Konservativ, Nationalliberale und Zentrum. — In einen Block von Bebel bis Wassermann ist gar nicht zu denken. — Wir sehen bereits, daß sich Zentrum und Nationalliberale nähern und für Wahlkompromisse eintreten, die den katholischen Arbeitern dadurch annehmbar gemacht werden, daß man ihnen sagt, es handle sich um einen Kampf der katholischen Interessen gegen den Evangelischen Bund, und in diesem Interesse könne man mit den Nationalliberalen zusammenschließen. Selbst die christlichen Gewerkschaften sind schon für diese Politik freundlich gestimmt. Auch von national-liberaler Seite wird für diese neue Paarung Stimmung gemacht.

Wer nicht ganz ideologisch denkt, der muß einsehen, daß diese wirtschaftlichen Interessen zu der besagtenen Blockbildung führen müssen, die noch befördert werden kann durch die Taktik unserer Gegner. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der gegenwärtige Reichstag aufgelöst und mit einem großen militärischen Beschrei die nächsten Wahlen gemacht werden. Dann haben wir wieder ein Bild wie bei den Reichstagswahlen. Aber auch ohnedem muß es zur Bildung des Blocks der Schutzgölner kommen.

Es fragt sich nun, ob dieser Block die Mehrheit im neuen Reichstag bekommen wird. Es ist ja die Erwartung ausgesprochen worden, daß wir 120 Mandate bekommen werden. Angenommen, wir könnten den beiden konservativen Gruppen, den Antisemiten, dem Bund der Landwirte, dem Zentrum mit Polen und den National-liberalen 25 Mandate abnehmen, dann würde die Linke, die jetzt 104 Mandate hat, 188 und die rechte mit jetzt 293 Mandaten 211 bekommen. Es wäre also immer noch eine Schutzgölledebatte vorhanden. Selbst ein Block von Bebel bis Wassermann würde nur 100 Stimmen für die Linke und 207 für die Rechte bringen. Auf keinen Fall kann also die Mehrheit der Schutzgölner verhindert werden. Kommt sie zustande, dann werden die nächsten Handelsverträge nicht besser, vielleicht aber schlechter werden. Dadurch wird die Unzufriedenheit im Volke steigen und die dann folgenden Wahlen werden den Schutzgölblock sprengen. Natürlich wird trotz alledem die Sozialdemokratie marschieren, denn wir werden unbehindert durch das Treiben unserer Gegner durch Betonung der Klasseninteressen der Arbeiter unsere Reihen mehren.

Der Redner wandte sich nun den Verhältnissen in den einzelnen Kreisen der Provinz zu und besprach die Aussichten derselben bei der nächsten Wahl. Der Freisinn hat überall, wo er ausfahrgewand war, die Reaktion unterdrückt. Die nächsten Wahlen werden uns große nominelle Erfolge bringen, aber auch ein stärkeres Hervortreten der Reaktion. Doch das braucht uns nicht zu entmutigen. Es wird nur anfeuernd und auffördernd auf die Sozialdemokratie wirken und im wahren Sinne ein Jungbrunnen für unsere Partei werden. (Weisfall.)

Ueber

Die politischen Organisationen unserer Gegner referierte Weis. Wir haben uns zu fragen, welche Organisationen der Gegner gegen uns kämpfen. Da kommen neben den eigentlichen politischen Organisationen noch andere Gebilde in Frage: die christlichen Gewerkschaften, der Hansabund, der Bund der Landwirte, der Flottenverein und besonders der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Sie alle unterstützen die bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen uns. In der Provinz Brandenburg haben wir hauptsächlich mit den Konservativen zu rechnen. Es ist bezeichnend, daß die Konservativen trotz ihrer erheblichen Zahl von Mandaten keine Organisation haben, sondern sich hauptsächlich auf die genannten Organisationsgebilde stützen. Die Deutschkon-servativen stützen sich bisher auf den Bund der Landwirte. Jetzt haben sie eine Organisation, die der unseren nachgebildet ist. Wenn auch die Konservativen ihre Kraft im wesentlichen in der Unterstützung durch die Behörden haben, so wirken sie doch daneben auch durch ihre Organisation, die recht gut ausgebildet ist. Sie geben Verhaltensmaßregeln für ihre Agitatoren heraus, worin unter anderem bestimmt wird, daß in den Versammlungen den Gegnern, abweichend von dem früheren Gebrauch, Diskussionsfreiheit gewährt werden soll. Das ist auch bei den letzten Reichswahlen schon in beschränktem Maße geschehen. Man hat eingesehen, daß es mit der Verweigerung der Redefreiheit nicht mehr geht. Wir können mit dieser Wandlung der Dinge nur zufrieden sein. In welcher Weise die Konservativen durch die Landräte unterstützt und gefördert werden, ist bekannt. In dem bekannten Buche von Schilling sind klassische Beispiele dafür vorhanden, daß die Organisation der Konservativen vollkommen erstirbt wird durch die Tätigkeit des Landrats. Die Agitation unter den Landarbeitern bereitet den Konservativen die schwersten Sorgen. Sie sagen, daß wir jetzt eine Organisation der Landarbeiter haben, welche, welchen Erfolg die jahrelangen Wühlereien der Sozialdemokraten hatten. Die Konservativen schlagen den Gutbesitzern Mittel vor, die dem sozialdemokratischen Landarbeiterverband entgegenwirken sollen. Eine Gegenorganisation soll gegründet werden. Die Kreisvereine (sind) der Konservativen nicht mehr als ungeschicktes Mittel gegen die Sozialdemokratie. Sie geben den Gutbesitzern den Rat, lokale Landarbeiterorganisationen zu gründen, mit Unterstützungseinrichtungen. Um den alten König-treuen Geist zu beleben, wird den Landleuten der Rat erteilt, die Spinnstuben der alten Zeit wieder aufleben zu lassen.

Die beste Organisation hat die Zentrums-partei. Der Volks-verein für das katholische Deutschland zählt 560 000 Mitglieder. Er bildet ein dichtes Netz über ganz Deutschland, welches die Regionalvereine sehr umspannt als es in unserer Partei der Fall ist. Den Mittelpunkt der Organisation in den einzelnen Pfarren bildet der Pfarre. Wir haben die Aussicht, in nächster Zeit auch in der Provinz Brandenburg ein Sekretariat des Zentrums zu bekommen. Neben dem Volksverein für das katholische Deutschland stützt sich das Zentrum noch auf die christlichen Gewerkschaften, die ja doch nur Zentrumsgewerkschaften sind. Sie verfügen über 200 000 Mitglieder

und 25 Zeitungen. Ferner kommen für das Zentrum noch die Windthorstbünde in Frage. Die Windthorstbünde bilden Redner aus und stellen Leute für die Wahlarbeiten. Es gibt 140 Windthorstbünde, 8 in Berlin. Sie bilden eine nicht zu unterschätzende Hilfs-truppe des Zentrums. Die Verbreitung katholischer Literatur wird ebenfalls von den Windthorstbünden betrieben. Die Macht des Zentrums beruht nicht zum wenigsten auf die Mitwirkung der Frauen, die im Reichsthal im Interesse des Zentrums beeinflusst werden.

Die Nationalliberalen haben keine geschlossene Reichsorganisation, aber eine große Zahl von Parteisekretären, welche die Agitation zu betreiben haben. Diese wird aber von den Konservativen als eine sehr oberflächliche bezeichnet. Doch lassen sie sich die Stärkung ihrer Organisationen, deren es viele einzelne gibt, anlegen sein. Die reaktionäre Tendenz der Nationalliberalen hat es dazu gebracht, daß sich die Organisation der Jungliberalen bildete, die etwa 60 000 Mitglieder hat, sich aber mit den alten Herren in der Hauptsache einverstanden erklärt.

Die freisinnigen stützen sich hauptsächlich auf die von ihnen besetzten kommunalen Körperschaften.

Der Bund der Landwirte hat erheblichen politischen Einfluß. An seine Wiederholung lehnt sich die konservative Partei an. Der Bund verspricht alle konservativen Kandidaten auf sein Programm. Er unterhält Beamte in allen Bezirken, die für ihn von Bedeutung sind. Auch durch genossenschaftliche Einrichtungen weicht er die Landwirte an sich zu fesseln. Der Bund der Landwirte hat jetzt einen Konfuzenten gefunden in dem Hansabund, der eine große Bedeutung hat.

Der Reichslägerverband wird von unseren Genossen sehr überschätzt. Ich bin überzeugt, daß er bei den nächsten Reichstagswahlen keine Rolle mehr spielen wird, denn wie sein Jahresbericht ausweist, geht er wegen Mangel an Geldmitteln zugrunde. Die Rednerschulen des Reichsverbandes wurden viel schwächer besucht wie im vorigen Jahre. Ausschlaggebend für meine Ansicht ist, daß der Reichsverband seinen Agitationskalender in diesem Jahre nicht mehr unentgeltlich abgeben konnte. — Daß der Hansabund mit seinen Geldmitteln bei den Wahlen eingreift, dafür haben wir einen Beweis in Frankfurt-Lebus. In welcher Weise der Hansabund arbeiten wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn er auch keine eigenen Kandidaten aufstellt, so unterstützt er doch mit seinen Mitteln unsere Gegner. Wir haben uns dem Hansabund feindlich gegenüberzustellen, denn wir wissen, daß er unsere Gegner im Kampfe gegen uns unterstützt. Wir haben den Arbeitern zu sagen: Täuscht euch nicht über den Hansabund, er ist ein Sturmsignal im Kampfe der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie.

Noch ein Wort über die Stellung der bürgerlichen Parteien zu den Frauen. Die Konservativen sind strikte Gegner der Gleichberechtigung der Frauen. Trotzdem konnten sie nicht umhin, die Gründung eines deutschen Frauenbundes zu unterstützen, der allerdings unpolitisch sein soll, aber doch, wie er sagt, Verständnis für politische und soziale Aufgaben gemeinsam mit den Männern verbreiten will. Damit ist die alte Stellung der Konservativen in der Frauenfrage durchbrochen. — Die Zentrums-partei benutzt zwar die Hilfe der Frau, verweigert ihr aber die Aufnahme in die politische Organisation. Doch dieser Standpunkt läßt sich halten, das zeigt ein Beschluß des Windthorst-Bundes, Frauen im Bunde aufzunehmen. — Die Nationalliberalen haben sich auch für die Mitarbeit der Frauen erklärt, werden vielleicht auch bald Frauen in der Organisation haben. — Bei den Fortschritten werden Frauen als Mitglieder aufgenommen. So sehen wir, daß unsere Gegner ihre Reihen zu stärken und in der Organisation es uns gleich zu tun suchen. Unsere Aufgabe ist es nun, dafür zu sorgen, daß wir den Vorkämpfern, den unsere Organisation vor denen der Gegner hat, erhalten bleibt. Alle, die uns noch fern stehen, müssen wir für unsere Ideen gewinnen. Besonders die Jugend muß so erzogen werden, daß sie heranreift in der Begeisterung für unsere Ideale und immer neue Kämpfer in unsere Reihen schießt. (Lebhafter Weisfall.)

In der Diskussion besprach **Schadow-Brandenburg** die Agitationsmethode des Reichsverbandes und bestricherte die Herausgabe von Flugblättern über Einzelfragen durch unsere Zentralstelle. Dadurch könnte der Agitation des Reichsverbandes wirksam entgegengetreten werden. Der Redner stellte folgenden Antrag, der, nachdem auch Weis ihn bekräftigt hatte, angenommen wurde:

Die Provinzialkonferenz beauftragt den geschäftsführenden Ausschuss, die Herausgabe von Flugblättern in Erwägung zu ziehen, welche Einzelfragen behandeln, und von dem Geschäftspunkt aus, daß sie nicht veraltet, geschrieben sein müssen. Diese Flugblätter sollen den Kreisen zur gelegentlichen Verbreitung zur Verfügung gestellt werden, und wird empfohlen, nicht immer ein und dasselbe Flugblatt im ganzen Kreise durchgängig zu verbreiten, sondern verschiedene Flugblätter, die jedesmal andere Fragen behandeln, wechselweise zu verwenden.

Der Bericht über den internationalen Kongreß wurde wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Ritter beantragte und begründete eine Resolution gegen den Jaren, welche einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Die Delegierten zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz erheben energische und entschiedenen Protest gegen den Aufenthalt des russischen Jaren in Deutschland, jenes Denkmalsmarchen, der den unschuldigen Tod tausender freierwillig gestimmter russischer Revolutionäre helen auf dem Gewissen hat. — Die Delegierten erkliden in der Tatsache, daß den heidnischen Genossen verboten worden ist, ihre Meinung zu dem Jarenbesuch in Deutschland zum Ausdruck zu bringen, eine willkürliche Verletzung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, ein Vorgehen der deutschen Polizeibureaukratie, das dazu beiträgt, Deutschland vor allen Kulturvölkern lächerlich zu machen.

Der Vorsitzende **Zucht** warf einen Rückblick auf die Verhandlungen der Konferenz, er sprach die Erwartung aus, daß die hier zum Ausdruck gekommenen Ideen unserer Partei in die weitesten Kreise getragen werden und schloß die Sitzung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Antiklerikaler Marktbericht der städtischen Nachrichten-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Markttag: Reich: Zufuhr geringend, Beschäftigung schwach, Preise unverändert, für Reis- und Schweinefleisch angehend. Wild: Zufuhr mäßig, Beschäftigung lebhaft, Preise fest. Weisfisch: Zufuhr geringend, Beschäftigung schwach. Butter und Käse: Zufuhr mäßig, Preise wenig verändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr mäßig, Preise unwesentlich verändert.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand		Wasserstand	
am 11. 9.	am 10. 9.	am 11. 9.	am 10. 9.
om 0m	om 0m	om 0m	om 0m
Remel, Ith	163 — 3	Saale, Großitz	136 +6
Bregel, Ankerburg	4 — 10	Gabel, Spandau	78 — 6
Briegel, Thorn	— —	Spandau, Spandau	88 0
Ober, Kattow	460 — 108	Spre, Spremberg	158 +12
„ „ „	284 +18	„ „ „	174 — 2
„ „ „	254 +26	„ „ „	— 50 +9
„ „ „	32 — 2	„ „ „	39 — 5
„ „ „	— 9 +1	„ „ „	581 — 47
„ „ „	6 +1	„ „ „	899 +19
„ „ „	179 +13	„ „ „	412 +8
„ „ „	62 —	„ „ „	102 — 12
„ „ „	260 +23	„ „ „	180 0
„ „ „	198 +10	„ „ „	119 — 17

+) + bedeutet Wasser, — Ball, *) Unterpegel, *) höchster Wasserstand am 10. 9. Uhr nachts: 72 cm.

Die obere Oberland heute morgen bei Kattow nur noch 392 cm und viel weiter. Die Glatzer Reiche, die am Vegl Reiche neuerdings Mittelschiffen erreicht hatte, hat seit heute früh um 5 Uhr ebenfalls wieder. Der Flußsteil der Ober ist gestern durch Breslau und heute nach durch Döberitz in folgenden Höhen gegangen: Breslau Oberpegel 698 cm, 68 cm niedriger als im Juli 1903; Breslau Unterpegel 444 cm, 100 cm niedriger als 1903; Breslau, Bepelitz 674 cm, 103 cm niedriger als 1903; Döberitz 663 cm, 84 cm niedriger als 1903. Gegenwärtig hat der Flußsteil nahezu Sietzau erreicht. Weitere Deichbrüche sind bis jetzt nicht eingetreten.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns (eben Nr. 25 des 29. Jahrganges) zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Magdeburg. — Der Kaiser und die Frauen. Von Ka. — Die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen. — Hebe! Brief an die Internationale Frauenkonferenz zu Kopenhagen. — Fort mit dem Fleischwucher! — Der organisatorische Aufbau und die Tätigkeit der Hamburger Kinderbeschäftigtenkommission. Von S. Dullmer. — Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterinnen. II. Von Alexandra Kollontaj. — Aus der Bewegung: Die Frauenbewegung im Kreise Waldenburg. — Jahresberichte der Genossinnen des jüngsten sächsischen Reichstagswahlkreises und der Bremer Genossinnen. — Bericht der Genossinnen von Ludwigshafen. —

Von den Organisationen. — Volkliche Rundschau. Von H. R. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Lage der Arbeiterkraft in der Holzindustrie. Von L. K. — Kolonial: Dienstreuefrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Fürsorge für Mutter und Kind.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Lieb des Troges. Von Otto Erich Hartleben. — Was heißt Still? II. Von Wilhelm Hausenstein. — Billige Reformkleidung. Von Be. Ke. — Ueber den Fischweib. Von mod. — Die Mutter als Erzieherin. — Feuilleton: Wie der Guberdres zu Ehren kam? Von Ernst Jahn. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Spruch. Von Rarc Aurel. — Aus dem Reiche der Technik: VIII. Von der schwarzen Kohle. Von Richard Goldt. — Wasserfall. Von Friedrich Theodor Visser. (Gedicht). — Die Großmutter. Von D. G. Andersen. — Fajananmutter. III. Von Ernst S.

Thompson. — Die Eulenspiegel die Schneider befehrt. — Unterem Apfelbaum. Von Emma Döly. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma und S. Hesse. Jüliches Augustheft. Preis 1,20 M. H. Langen, München.

Charon. Monatschrift Augustheft. Herausgeber: Otto zur Linde. 75 Pf. Charon-Verlag, Groß-Lichterfelde.

Reformblätter. Illustriertes Monatsblatt für alle Deutschen Reformen. 13. Jahrg. Heft 8 u. 9. Einzelnummer 30 Pf. Reformblätter-Verlag, Hannover-Wölfe.



Sunlicht Seife

wird in Sportskreisen als geeignetste Seife bevorzugt, da sie das notwendige häufige Waschen von Flanell- und Wollstoffen etc. ohne Schaden für diese gestattet. Man beachte die speziellen Anweisungen für das Waschen dieser heikeln Kleidungsstücke. Sie bleiben dann stets wie neu in Farbe und Gewebe!



Am 10. September, abends 8 Uhr, verschied nach längerem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Buchdrucker **Hugo Leistico** im 38. Lebensjahre. 861b
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Kollegen der Druckerei des „Berliner Tageblatt“. Berlin, 12. September 1910.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. September, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof der Markus-Andreaskirche, Wilhelmsberg, statt.

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein (V. d. d. B.)
Am 10. September verschied unser lieber Mitglied, der Raschmaler **Hugo Leistico**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshofes in Wilhelmsberg aus statt. 848b
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer **Robert Lietz** am 9. d. Mts. im Alter von 45 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten. 71/19

Nachruf.
Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin Frau **Hedwig Prieß** alt-Glied, verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuller.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege, der Schreibmaschinenfabrikant **Georg Woschke** am 11. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Maritzplatz 10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Nach längerem Leiden nach unerwartet an Herzlähmung am Samstagabend 11 Uhr mein innigstgeliebter Mann, mein einziger Bruder, Schwager, Onkel, der Wäldelpater **Gustav Scobel** im Alter von 54 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen. Luise Scobel geb. Krüger. Wilhelm Scobel.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofs an der Seestraße aus statt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin. — **Sektion der Kranken- und Irrenanstalten.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der frühere Nachtmüller **Karl Mummert** am 10. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Gemeinde Wilmberg in Wilmberg aus statt. Die Ortsverwaltung.

Am 11. September verstarb unser Kollege **Eduard Marten**.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Pianofortefabrik Görs u. Rollmann.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Am Samstag früh 9 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Scheffleher **Max Werner** im 35. Lebensjahre. 845b
Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung: Heute Dienstag nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus Ufermünder Str. 11, nach dem Gethsemanekirchhof, Nordend.

In der Nacht zum 10. September starb meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Luise Adam** verwitw. Tretlin, geb. Lange ganz plötzlich an Gehirnschlag.
Die trauernden Hinterbliebenen. Karl Adam als Gatte. Emil Tretlin nebst Familie. Adolf Harder nebst Frau Anna geb. Tretlin und Kinder. Georg Reincke nebst Frau Luise geb. Tretlin und Kinder.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Friedrichshofe aus statt. 849b

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, des Stillfegers **Otto Prüfer** sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie dem Zentralverband der Stoffseiler und dem Wilmberger sozialdemokratischen Wahlverein meinen herzlichsten Dank.
Witwe Ida Prüfer.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines geliebten Sohnes, unseres guten Bruders **Hermann Stahn** (agen wir seinen Verbandsgeossen sowie der Firma Ernst Kupfer & Co. unseren herzlichsten Dank. 8562
Frau Witwe Stahn nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Karl Arndt** sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, der 18. Abteilung, des 813. und 814. Bezirks, dem Verband der freien Gast- und Schankwirte, dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem Zentralverband der Tischler sowie der Bauhilfsarbeiter, der freien Jugendorganisation, dem Sparverein Reform, dem Männerchor „Ort“ sowie dem Genossen Böhmer für seine trostreichen Worte am Grabe unseren tiefgefühltesten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen **Anguste Arndt nebst Kindern.**

Von der Reise zurück. 846b
Dr. Emil Hirsch, Arzt, Schulstr. 2.
Von der Reise zurück.
Dr. med. W. Kramm, Uferstraße 79.
Von der Reise zurück
192/16 **Dr. Fronzig.**

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 6612
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

50 Mark Belohnung
erhält der Chauffeur (mit blondem Schnurrbart, dem Adlonspolier besetzt) mit Opelwagen, der gestern, Sonntag nachmittags 1/4 Uhr, vom Hotel Adlon zum Anhalter Bahnhof gefahren ist und ein Gepäckstück auf dem Bod zurückgelassen hat. Abzugeben Hotel Adlon für Herrn Ad. Neumann. 837b

Gummiwaren
aller Art. Anfr. orb. Gummi-Grosso-Haus C. A. Growald, Charlottenbg.-Bln. 37, P.-A.-R. Versand auch an Private.
Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kassierer. Offizier S. 100. „Norma“-Expedition Auguststr. 50.

Engelhardt Caramel-Bier
Alkoholfreies Spezialbräu
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährrende Mütter etc. etc.
Flasche 10 Pf.
Überall käuflich.
Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

JOSETTI VERA
Cigaretten
sind milder, weicher Geschmack verbunden mit vollem, blumigen Aroma.
Richtige Combination dieser Eigenschaften heißt die Formel, die sie zur erstklassigen Marke machten.
Josetti-Vera-Cigaretten m. u. o. M. 10 St. 30 Pfg.

„Nigrin“
Geschenkt bekommen Sie neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie **Gentners Schuherème** in Ihrem Haushalt verwenden.
Alleiniger Fabrikant **Carl Gentner** in Göppingen (Württemb.) und Fabrikant d. beliebten Veilchensoifenpulvers „Goldperle“ mit Geschenk in jedem Paket.

Pianos-Gelegenheitskäufe in gr. Auswahl v. 200 bis 400 M., dar. Schiedmeyer, Biese etc. Garant. **Pianohaus Krause**, Berlin W., Ansbacherstr. 1.
Hygienische Bedarfsartikel. Neuester Katalog. Empfehle viel Anrufe u. Prof. grad. u. G. H. Enger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichsware 91/9.
Glumen- und Kranzbinderei von **Robert Meyer**, nur Mariannen-Str. 2.
Hygienische Bedarfsartikel **Drogerie Zarenba**, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenhaller Tor. Billigste Bezugsquelle! Verkauf i. zur dauernden Kundenschaft

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten. Wollen-Resle! Nocequett. Pilsch. Satteltaschen.
Mustor bei näherer Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 150, Oranienstr.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Donnerstag, den 15. September 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Holzbildhauer Berlins

im Lokale „Alhambra“, Wallner-Theater-Straße 15.

Tages-Ordnung: **Aufstellung von Lohnforderungen.**
Jeder Kollege ist zum Erscheinen verpflichtet. Die Branchenkommission.

Marmorarbeiter.

Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung und unsere weitere Stellungnahme.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um pünktliches Erscheinen aller organisierten Kollegen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Sonnabend, den 17. September:

18. Stiftungsfest

in der Neuen Welt, Hafenside 108/114.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Billetts a 50 Pf. sind im Bureau, bei den Beitragskassieren und bei Schreiner, Hafenside 9 und Schenke, Schönleinstraße, Ude Voedstraße, zu haben.
Die Einfassung der Beiträge am Sonnabend erfolgt in allen Hauptstellen von 6 bis 7 Uhr nachmittags. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu I.

Lehrplan für das IV. Quartal 1910.

Sonntag: **Nationalökonomie.** (Praktische Nationalökonomie: Tatsachen der Weltwirtschaft.)

1. Die Entwicklung zur Weltwirtschaft. 2. Produktion und Konsum der wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel und der wichtigsten Rohstoffe. 3. Handel und Verkehr. 4. Deutschland und der Weltmarkt.

Vortragender: Max Grunwald.

Montag: **Naturerkenntnis.** (I. Teil.)

Glauben und Wissen. — Wirtschaftliche Entwicklung und Naturerkenntnis. — Die Theorien der Weltentstehung. — Die Entwicklung des Weltalls. — Unser Sonnensystem. — Die Entwicklung der Erde und das Erdzeitalter.

Vortragender: Emanuel Wurm.

Mittwoch: **Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus.**

Die Entstehungsgründe der modernen Sozialdemokratie. — Die ökonomischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. — Das Wesen der kapitalistischen Produktion. — Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus. — Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. — Der Klassenkampf als Triebfeder der sozialen Umwälzungen. — Die sozialistische Taktik. — Der „Zukunftstaat“.

Nach jedem Vortrag wird Gelegenheit zu freier Diskussion gegeben.

Vortragender: Julian Borchardt.

Donnerstag: **Rednerschule.**

1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. — 2. Technische Hilfsmittel. — 3. Das Vereins- und Versammlungswesen. — 4. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.

Vortragender: Max Grunwald.

Freitag: **Gewerkschaftswesen.** (Arbeiterschutz, Sozialgesetzgebung und Gewerkschaften.)

Die kapitalistische Produktion und ihr Einfluß auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung. — Aufgaben des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung. — Der gesetzliche Normalarbeitstag. — Arbeiterschutz für Kinder, Jugendliche, Arbeiterinnen und Heimarbeiter. — Sanitärer und allgemeiner Arbeiterschutz. — Unfallverhütung. — Internationaler Arbeiterschutz. — Organisation des Arbeiterschutzes. — Die Wirkung der Sozialgesetzgebung auf die Arbeiterklasse.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonnabend: **Geschichte.** (Zeitalter der französischen Revolution.)

1. Vorgeschichte der Revolution. — 2. Das Jahr 1789. — 3. Die letzten Jahre der Konstituante. — 4. Gesetzgebende Versammlung, Krieg und Republik. — 5. Die Konventszeit bis zum Sturz der Girondisten. — 6. Herrschaft der Bergpartei, 9. Thermidor. — 7. Bourgeoisrepublik, Direktorium, Babeufsche Verschwörung. — 8. Der 18. Brumaire, das Konsulat und das Kaiserreich. — 9. Die europäischen Umwälzungen der napoleonischen Zeit. — 10. Restaurationszeit und Julirevolution.

Vortragender: Alexander Conrady.

Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie**: Sonntag, den 9. Oktober; **Naturerkenntnis**: Montag, den 10. Oktober; **Rednerschule**: Donnerstag, den 13. Oktober; **Gewerkschaftswesen**: Freitag, den 14. Oktober; **Geschichte**: Sonnabend, den 15. Oktober. Der Unterricht in **Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus** beginnt erst am Mittwoch, den 10. Oktober.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der Sonntagkursus beginnt pünktlich um 10 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an den Abenden von 7 1/2—8 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokale **Grenadierstraße 37, Hof geradezu I Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstr. 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **W. Kaczorowski**, Ravenstr. 6; **Horsch**, Engelauer 15.

Alle Zuschriften an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin-Rixdorf, Steinmetzstraße 51 III, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56. **Der Vorstand.**

„In der Schule lernen die Kinder besser.“

Schreibt ein Vater, „der Appetit ist ein erbaulicher.“ Diese Kinder nahmen **Original-Recitbin**. Recitbin ist das von Kersten anerkannte Kräftigungsmittel für blutarme, nervöse, schwächliche Personen jeden Alters. Man verlange Recitbin mit dem Kerofol in Apotheken und Drogerien. 8572

Frauen-Begräbniskasse der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter Berlins.

General-Versammlung am Donnerstag, den 15. Sept., abends 6 Uhr, im Lokal d. H. v. Zimmermann, Wilhelmstr. 2.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Beschlußes.
Die Mitglieder sind hierzu höflichst eingeladen.
290/2 Der Vorstand.

Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung. Sofort; bezgl. Darn- (bes. auf Gonorrhoe-Erreger) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, zw. Kronen- und Köpenickerstr., I. 5724. Perf. Händspr. blatr. u. kostenl. Gedächtn. von 8—8 Sonntags von 12—1.

Maßanzüge

sehr elegant, 33—35 M., fertige Herrenanzüge 8,25, Umlegungsanzüge 9 M. an. Engl. Tuche sehr billig. Wenn Schützen wir unsere Vertreter mit Pulver ohne Kanonenpflichtung. **Tuchgesellschaft** Köpenickerdamm 16—17 (Hochb.) Vorgesetzter d. Inzerats erhält 5% Rabatt.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradschaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenhäuser. **Berlin N., jetzt Lothringer Straße 60.** Alle Bruchbänder mit elastischen Vellotten, angenehm u. weich am Körper.

Ungewitter's Kautabak

garantiert rein aus Kentuckytabak, seit Jahrzehnten unübertroffen. Niederlage: **O. Reimer**, Lichtenberg-Berlin O., Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee. 4452

CHARLOTTENBURG

Uhren und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 146

Schuhputz
Servus
das Beste

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
Fabrik: Lubaszynski & Co. Berlin NO.

Blendol
mit dem Putzmännchen

Ich schwöre auf Blendol
das beste flüssige Metallputzmittel

In Glasfl. zu 10, 15 u. 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Beste BETTENFÜLLUNG sind GUSTAV LUSTIG'S MONOPOLDAUNEN
(gesetzlich geschützt)
Pfund 2.85 Mark.
2846 Ztr. Bettfedern und Daunen
im Jahre 1909 also **400 Zentner** mehr als im Jahre 1908 hat umgesetzt die **Erste Bettfedern-Fabrik** mit elektrischem Betriebe
Gustav Lustig
Berlin S., Prinzen-Strasse 46 und 47.
Bettfedern
zu Mark 0.55, 1.—, 1.25, 1.50, 1.75, 2.—, 2.25, 2.50, 3.—, 3.50 bis 6 Mark per Pfund.
Daunen
zu Mark 2.85, 3.50, 4.50, 5.00, 6.50, 9.00.
Fertige Betten
bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
zu Mark 12.—, 15.—, 19.—, 24.—, 28.—, 31.50, 38.—, 45.—, 54.—, 61.—, 75.—, 80.— bis 120.—.

Ausnahme-Angebot für Metall-Bettstellen
bei Vorzeigung des Inzerats.

Nr. 1001. mit Feder-Matratze, schwarz oder weiß lackiert, 130 x 85 cm. Mark. **13.—**

Nr. 92. mit Feder-Matratze, schwarz oder weiß lackiert, Platten 25 mm stark, mit Messing-Verzierungen im Kopf- und Fußende. 130 x 80 M. **18.00** 130 x 90 M. **19.50**

Messing-Bettstelle
mit la Feder-Matratze 130 x 80 cm. M. **55** 200 x 130 cm. M. **61.**

Preislisten und Proben gratis. Aufträgen von Betten und Bettfedern.

Deutscher Juristentag.

Gestern begann in Danzig die Tagung des Deutschen Juristentages. Es ist die dreißigste seit der im Jahre 1800 erfolgten Begründung des Juristentages. Auf der Tagesordnung stehen sechs Punkte: 1. Beschränkung der Haftung des persönlichen Schuldners beim Ausfall der Hypothek. 2. Empfindet es sich, soziale Vorschriften in der Art der für die Handlungsgehilfen bestehenden für Privat-angestellte überhaupt zu treffen? Wie zu jedem Punkte der Tagesordnung liegen auch zu diesem zwei gedruckte Gutachten vor. Sie sind von Professor Dr. Erdmann-Erlangen und Abgeordneten Dr. Posthoff erfaßt. Berichterstatter für das Plenum des Juristentages sind: der frühere österreichische Justizminister Dr. Klein und der Abgeordnete Dr. Jund-Weipzig. Ein dritter Punkt der Tagesordnung betrifft die Frage, ob sich gesetzliche Vorschriften über die rechtliche Stellung des Sammelvermögens empfehlen. Ein weiteres Thema der Tagesordnung lautet: empfehlen sich für Streitigkeiten aus dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes Sondergerichte? Häufigst liegt dem Juristentag wiederum das Thema vor, ob ein Bedürfnis für ein Deutsches Reichsverwaltungsgericht besteht. Der sechste Punkt der Tagesordnung betrifft die Frage der Strafmittel im Vorentwurf zum deutschen Strafgesetzbuch.

Die einzelnen Tagesordnungspunkte werden drei verschiedenen Abteilungen zur Vorberatung überwiesen. Der dritte und sechste Tagesordnungspunkt erheischt allgemeines Interesse. Ueber dieselben behalten wir uns eine besondere Besprechung vor. Der Juristentag ist außerordentlich zahlreich — von mehr als 400 Personen — besetzt. Begrüßt wurde er unter anderem vom Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco.

Der jugendliche Scheckamt-Räuber,

Der einige Zeit lang in der Nähe des Postbedamts in der Dorothienstraße sein Unwesen trieb und längere Zeit vergeblich von der Polizei gesucht wurde, stand gestern in der Person des 15jährigen Fürstorgezöglings Adolf Conrad vor den Schranken des Jugendgerichts in der Grunerstraße, unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Köhne. Er hat am 3. Juli einen echten Scheckamt gegen einen 15jährigen Lehrling ausgeführt, der von der Firma, bei der er beschäftigt war, damit betraut worden war, einen Tausendmarktschein nach dem Postamt in der Dorothienstraße zu bringen. Unterewegs fragte er den Angeklagten nach der Lage des Postamts, dieser versprach, es ihm zu zeigen und nahm, angeblich zu größerer Sicherheit, den Tausendmarktschein an sich, oder vielmehr er steckte ihn in einen leeren Beutel, den der Lehrling bei sich trug. Als letzterer am Schalter den Beutel öffnete, sah er zu seinem Entsetzen, daß statt des Tausendmarktscheins sich nur ein leeres Stück Papier darin befand. Sein vorsichtiger Begleiter aber war inzwischen verschwunden.

Kurze Zeit darauf verübte der Angeklagte einen ähnlichen Streik gegen den Lehrling einer Weisenferer Firma, dem er sich auf dem Wege nach dem Postamt zugesellt hatte. Als der Lehrling am Schalter 5000 M. ausgehändigt erhalten hatte, erbot sich der Angeklagte, ihm das Geld einen Augenblick zu halten, bis er seine Sachen zusammengepackt haben würde. Der vertrauensvolle Lehrling ließ sich leider darauf ein; als er sich einen Augenblick umwandte, benutzte der jugendliche Verbrecher die Gelegenheit, um mit der großen Summe zu verschwinden.

Noch in demselben Monat hat er das gesamte Geld vergeudet, wovon durch aber noch einen raffinierten Schwindel ausgeführt, der ihn in den Besitz einer ihm fehlenden Legitimation bringen sollte und auch gebracht hat. An der Ecke der Burg- und Königsstraße „engagiert“ er den Kaufmannslehrling Fritz Meyer, dem er vorredete, er sei Kassierer und Vertreter eines Geschäfts. Er zeigte dabei eine Briefstange mit mehreren Hundertmarktscheinen und übergab einen solchen dem Burschen, dessen Echtheit er prüfen wollte, mit dem Auftrage, den Schein umzuwechseln und das eingewechselte Geld abends nach dem Circus Busch zu bringen. „Zur Sicherheit“ verlangte er und erhielt er die Legitimationspapiere des Kaufmanns. Als Billy Meyer lebte er dann auf großem Fuße, quartierte sich in einem Hotel in der Königgräberstraße ein, fuhr viel Automobil und besuchte die Rennen und die Theater, bis sein Geld vergeudet war. Aus dem Hotel verschwand er unter Zurücklassung seines Koffers. Als er völlig abgewandert dastand, kam ihm der törichte Einfall, den Kaufmannslehrling Billy Meyer aufzusuchen und von ihm die 100 M. zurückzuverlangen, die er diesem gegeben. Das war das Ende: Der Vater des Meyer nahm ihn fest und überlieferte ihn der Kriminalpolizei.

Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte, ein für sein Alter stark entwickelter Junge, wird in 3 Fällen des Diebstahls, in 14 Fällen des Betruges und in einem Falle des Betrugsversuchs beschuldigt. Der Angeklagte ist, wie der Vorsitzende durch Befragen feststellt, elternlos. Der Vater und die Mutter sind gestorben; der Angeklagte hat noch mehr Geschwister, von denen einige sehr gut, andere nicht gut eingeschlagen sind. Er selbst ist schon früh in Fürsorgeerziehung gekommen und 1909 wegen Diebstahls mit einem Beweise bestraft worden. Aus der Erziehungsanstalt Heilbrunn ist er weggelaufen, wurde dann wieder gefaßt und nach Groß-Rosen in Schleien gebracht, wo er mit Feldarbeiten beschäftigt wurde. Auch aus Groß-Rosen ist er weggelaufen, wie er sagt „aus Heimweh“. — Präsi.: Wonach hastest Du denn Heimweh? — Angekl.: Ich habe Heimweh, weil Du doch gewiß nicht weggelaufen. — Angekl.: Ich habe in Groß-Rosen keine Freiheit gehabt. — Präsi.: Hast Du Dir nicht gesagt, daß Du mit der Freiheit nichts anzufangen weißt? Die Freiheit ist gewiß ein schönes Gut, aber man muß sie auch verdienen. Sobald Du in der Freiheit wirst, hast Du Schleien und Böses getan! Die Freiheit hättest Du Dir in Groß-Rosen verdienen können? Wie bist Du nach Berlin gekommen? — Angekl.: Ich bin mit einem Kofferzug nach Berlin mitgefahren. — Präsi.: Hast Du Dich angehängt, oder wie bist Du mitgekommen? — Angekl.: Ich bin hinten in das leere Bremserhäuschen geklettert und als der Zug in Berlin anhält, bin ich heruntergesprungen. — Präsi.: Das war am 10. Mai. Wo hast Du genächtigt? — Angekl.: Ich habe auf Hausböden geschlafen. — Präsi.: Du mußt doch gewußt haben, daß Pastor Pfeiffer Dein Vormund ist, zu dem Du Dich hättest begeben können. — Angekl.: Ich habe das nicht gewußt. — Präsi.: Du hast fast in allen zur Anlage stehenden Fällen gleichmäßig gehandelt. Wenn Du junge Burschen auf der Straße gesehen hast, die Geld bei sich tragen, welches sie wegbesorgen sollten, dann bist Du ihnen nachgegangen, hast ihnen unter Vorzeigung eines Geldstückes gesagt, sie hätten Geld verloren und hast ihnen dange gemacht, daß sie das Geld schlecht eingewickelt hätten. Du bist dann so freundlich gewesen, den Jungen das Geld besser einzuwickeln, in Wahrheit hast Du es aber in Deine Tasche gleiten lassen und den Jungen geschloßen. Ist das richtig? — Angekl.: Ja. Präsi.: Dann brauchen wir die 17 vorgeladenen Zeugen nicht zu vernahmen. Was hast Du nun mit dem ganzen Geld, welches Du erbeutet hast, angefangen? Es waren doch im ganzen 8-9000 M.? — Angekl.: Ich schweig. — Präsi.: Du bist auf Rennbahnen gewesen, hast gewettet und auf großem Fuße gelebt? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Auch nach Chiasso bist Du gefahren, aber gleich wieder zurückgekommen. Warum bist Du so schnell wieder zurückgekehrt? — Angekl.: Ich konnte nicht italienisch sprechen. — Präsi.: Nun sage mal, Junge, was soll aus Dir werden? Du bist auf dem besten Wege ins Gefängnis und Zuchthaus und hast doch vorausichtlich noch ein langes Leben vor Dir. Sagst Du Dir das nicht selbst? Bist Du in Groß-Rosen gut gehalten worden? — Angekl.: Jawohl! — Amidsamkeit u. Gnan beantragt für jeden Fall zwei Tage Gefängnis, im ganzen 36 Tage Gefängnis. Der Angeklagte hat um eine milde Strafe, da er gern zur See gehen möchte. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof hat, wie der Vorsitzende ver-

kündete, wohl erwogen, daß vielleicht der Zwang der Fürsorgeanstalt etwas auf dem Angeklagten gelastet hat. Der Angeklagte habe aber gezeigt, daß ihm die Freiheit nicht dienlich ist und er in der Zwangs-erziehung nicht erzogen werden kann. Der Angeklagte, der über sein Alter hinaus entwickelt sei, habe die Straftaten in überaus gemeingefährlicher und raffinierter Weise ausgeführt und verdiene deshalb eine exemplarische Strafe.

Der elternlose, mittellose Angeklagte hat in raffinierter Weise andere Leute schwer geschädigt. Aber im letzten Grunde war doch nicht er, sondern war die Gesellschaftsordnung, die den anscheinend recht begabten Jungen hilf- und stützlos ließ, die eigentlich schuldige. Und kann eine Gefängnisstrafe ihn „bessern“? Das „Fürsorge“-System hat in diesem Falle völlig versagt und mußte versagen, weil unser gefamtes Fürsorgeystem leider nicht auf Ausbildung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Erziehung von Charakterstärke, Selbsttätigkeit und Moral, sondern auf Ausbeutung der Kräfte der jungen Menschen gerichtet ist, sobald der ministeriellen Anweisung entsprechend vorzugsweise mit landwirtschaftlichen Arbeiten zwecks „Umlernung“ die der Fürsorge Überwiesenen beschäftigt werden. Welche Vorbildung für einen Beruf, welche Waffen für einen ehrlichen Kampf im Dasein hat die Fürsorgeerziehung dem Beurteilten gewährt? Keine. Vielleicht wäre aus dem jungen Menschen ein tüchtiger Mensch geworden, wenn er einer verständig geleiteten Fürsorgeerziehung überwiesen wäre. Es ist nicht Zufall, daß gerade Posen und Schlesien am meisten Verbrecher durch ihre „Fürsorge“ geradezu — natürlich ohne Absicht der Anstaltsleiter — züchten. In hohem Grade bedauerenswert ist, daß ein in Fürsorgefällen so erfahrener Richter wie Dr. Köhne als einziges Mittel eine lange Gefängnisstrafe kannte. Unseres Erachtens wirkt eine solche genau wie eine verfehlte Fürsorge infolge des Mangels aller Einrichtungen zur geistigen und sittlichen Bildung der Gefängniszöglinge wie eine Erziehung zu Verbrechen. Die bürgerliche Gesellschaft stellt sich das denkbar schlechteste Zeugnis aus, wenn sie, wie in diesem Falle erklärt: wir haben keine ausreichenden Mittel, um einen offensichtlich recht intelligenten Menschen zu einem nützlichen Gliede der Gesellschaft zu erziehen. Aenderung des Fürsorgeystems an Haupt und Gliedern an Stelle der pharisäischen Lobpreisung unseres heutigen Systems läte dringend not. Ein Kind von 15 Jahren auf ein Jahr ins Gefängnis schicken, heißt: alles tun, um die geistigen und sittlichen Fähigkeiten des Beurteilten nach der Richtung einer gemeingefährlichen Schädigung zu entwickeln. Das zu verhindern, sollte oberste Aufgabe eines seiner schweren Aufgaben bewußten Jugendgerichtshofes sein.

Aus der Partei.

Eine badische Stimme zur Taktik der badischen Landtagsfraktion.

In Nr. 37 der „Schmiede-Zeitung“ erschien ein Artikel: „Der badische Landtag und die im badischen Staatsbetriebe beschäftigten Jungschmiede“, der aus Karlsruhe eingeschickt wurde. Er beginnt:

„Von den vielen mit so großem Tamtam in die Welt geschickten „Erfolgen“, welche die badische sozialdemokratische Kammerfraktion ihren Wählern und der sonst stummenden Welt zu erzählen hat, gehört zum mindesten auch das Kapitel: „Fürsorge für die beim badischen Staat beschäftigten Arbeiter“. Da nun die „Männer der positiven Arbeit“ von diesem Kapitel nicht viel zu erzählen haben, wollen wir ihnen ein wenig auf die Strümpfe helfen und das sagen, was uns auf dem Herzen liegt.

Vor uns liegt ein Flugblatt des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, welches mit den Worten beginnt: „Der Landtag ist geschlossen, die Petitionen, die von den Organisationen und Verbänden an den Landtag eingereicht waren, sind erledigt. Erledigt in kaum zwei Stunden, die Eisenbahner sind größtenteils um eine Forderung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschung... Unter der Signatur der Finanzklemme wurden alle Anträge auf Erhöhung der Löhne sowie alle Anträge auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie Befreiung der Akkordarbeit, Erhöhung der Zusatzrenten für Invaliden, Witwen und Waisen und dergleichen mehr von der Regierung kurzerhand abgelehnt!“ — Ei, das klingt aber gar nicht nach positiven Erfolgen! Und wir verstehen durchaus nicht, wie der Gauleiter dieses Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, welcher gleichzeitig sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter ist, in der öffentlichen Eisenbahnerversammlung, welche in Karlsruhe kurz nach Schluß des Landtages abgehalten wurde, sagen konnte: „Kollegen, ich fühle mich verpflichtet, für das Budget zu stimmen, ich hätte event. auch für das Budget gestimmt, wenn die übrige Fraktion dagegen gestimmt hätte!“ So, so, nun ja, die positiven Erfolge waren ja da, die Eisenbahner waren ja reicher — um eine Forderung; wenigstens etwas, wenn auch verdammt wenig! Daß die Arbeiter sich aber mit dieser Hoffnung nicht begnügen wollen, ist recht erklärlich. Er gärt und brodelt unter ihnen. Nicht nur, weil ihre Wünsche nicht befriedigt wurden, sondern auch deshalb, weil ein großer Teil sich Akkordabjäger, die die neue „Wertstat-Lohnordnung“ mit sich bringt, gefallen lassen muß, und zwar in Höhe von 10, 15 und 20 Prozent. Wir stimmen vollständig der „Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonal-Zeitung“ zu, wenn sie in Nr. 35 über diese Abzüge schreibt: „... Was das heißt, bei den jetzigen Verhältnissen, bei einem Lohn von 4 M. sich noch Abzüge machen zu lassen, können nur die Beurteilten, die selbst schon mit so lärglichen Löhnen haben haushalten müssen. Hier helfend eingzugreifen, war unbedingte Pflicht des Landtages.“ ... Daß dies der Landtag nicht fertig gebracht, vielleicht nicht hat fertig bringen wollen, das ist es, was die Erbitterung gerade der Arbeiter ... hervorgerufen hat!

Dann schildert der Artikel die jämmerlichen Löhne der Jungschmiede in den badischen Staatsbetrieben, die schlechter bezahlt werden als die übrigen gelernten Handwerker. Die Jungschmiede haben deshalb auf dem letzten Landtag Petitionen eingereicht um Abstellung dieser Ungerechtigkeit. Resultat: „Resultatlos!“ Endlich wurde ihnen die Forderung gemacht, die gelernten Jungschmiede in die Lohnklasse A (in die höhere) aufzunehmen.

Jetzt war für unsere Kollegen die Frage die: Wann? Wann bekommen wir die neue Lohnordnung? Wann kommen wir in den Genuß unseres und so lange vorenthaltenen Rechtes? Zuerst hieß es: 1. Januar 1910. Der 1. Januar kam, aber die Lohnordnung nicht. Dann wurde vertagt auf den 1. Juli d. J.; auch dieser kam, ohne die Hoffnung der Jungschmiede zu erfüllen. In obenwähnter Nummer 35 der „Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonal-Zeitung“ steht nun, daß die Ausgabe der neuen Lohnordnung bis jetzt noch nicht erfolgt ist und wird es „voraussichtlich“ 1. Juli 1911 werden. Auch hier sind die Jungschmiede jetzt wieder um eine

Hoffnung reicher. Wenn diese Kollegen nicht das Hoffen verlieren, werden sie „voraussichtlich“ noch recht lange hoffen dürfen, ehe sie in ihrer Hoffnung einmal der Hoffnung Raum geben dürfen, auf Erfüllung ihrer Hoffnung hoffen zu können!

Es gärt unter den Schmieden! Sie sehen, daß sie die Betroffenen sind. Die Männer, die sie in den Landtag geschickt, sie brachten nicht das, was man glaubte, daß sie bringen sollten. Als die Petitionen der Eisenbahner zur Beratung kamen, legten die sozialdemokratischen Abgeordneten sich mit denen der bürgerlichen Parteien fest — die Petitionen im großen Korb zu versenken. So wurde hush, hush über die Petitionen hinwegbalanziert, um ja recht bald zum Schluß des Landtages zu kommen. Den Schluß kennen wir ja, ihn kennt ganz Deutschland, die ganze Welt ist von ihm unterrichtet. Daß der „würdige Schluß“ auch der Sache würdig ist, daß neben dem „vielen positiven Arbeiten“ noch viel mehr unpositives, unfruchtbares, für die Arbeiter direkt schädliches dabei war, glaubten wir nicht der Öffentlichkeit vorenthalten zu sollen.“

Unglaubliches aus Baden.

Der Karlsruher „Volksfreund“ kommt in seiner Sonntagsnummer auf unsere unter obiger Epigramm gedruckte Notiz zurück. Er stellt fest, daß die sozialdemokratische Partei von Karlsruhe mit dem Arbeiterdiskussionsklub nicht das geringste zu tun hat. Daß aber sozialdemokratische Arbeiter an diesem Diskussionsklub teilnehmen, das gibt der „Volksfreund“ zu, und daß er ihn durch Berichte über seine Verhandlungen fördert, das steht fest. Er muß also doch der Meinung sein, daß die Verbreitung dieses Arbeiterdiskussionsklubs Förderung verdient. Der „Volksfreund“ meint, er habe den rein referierenden Bericht aufgenommen wie Dutzende anderer und habe nicht nötig gehabt, eine Verwahrung gegen die stadtbefürchtliche Anschauung über Goethe hinzuzufügen, weil die Leser wußten: „Das was im Arbeiterdiskussionsklub gesagt wurde, ist eben die Meinung der Redner dieses Klubs, die „Volksfreund“-Redaktion gibt sie wieder, wie sie über gar viele andere Veranstaltungen berichtet und berichtet muß, aber sie identifiziert sich nicht mit ihnen.“

Wir erlauben uns der Ansicht zu sein, daß der Karlsruher „Volksfreund“ eben diesen Bericht nicht wie Dutzende andere aber andere Veranstaltungen einfach abdrucken durfte. Wenn ein Klub sich Arbeiterdiskussionsklub nennt, Arbeiter zu den Objekten seiner Tätigkeit macht, so darf ein sozialdemokratisches Blatt, wenn den Arbeitern dort derartiges Zeug, wie der Vortrag des Herrn Stadtbildars vorgelesen wird, dazu nicht schweigen, darf, wenn es die Sache der Arbeiterbildung ernstnimmt, nicht noch durch Verbreitung der Einladung zum nächsten Vortrag die Verbreitungen des Klubs den Arbeitern empfehlen. Es müßte die Arbeiter davor zu bewahren suchen, durch das Anhören solcher Vorträge ihre Zeit unnütz zu vergeuden, die Zeit, die sie lieber für das Studium derjenigen Wissensgebiete verwenden sollten, die den Arbeitern weit wertvoller sind. Ege man die Arbeiter ermuntert, solche Vorträge anzuhören, wäre es doch wohl angebrachter, die wissenschaftlich interessierten Arbeiter durch Kurse in die Geschichte der Partei, in ihre Grundzüge und anderes mehr einzuführen. Wenn die Karlsruher Arbeiter das aber nicht mehr brauchen, so sollten sie doch imstande sein, den Vortrag des Herrn Stadtbildars anders als bloß mit Weisfall aufzunehmen. Die Redaktion des „Volksfreund“ muß endlich auch wissen, daß die ganze Abfassung des Berichts mindestens bei einem Teile seiner Leserschaft den Eindruck hervorruft, daß das Parteiblatt an dem Vortrage des Herrn Stadtbildars nichts auszusetzen hat. Ihn vielmehr sehr schön findet. Deshalb hätte wohl jedes andere Parteiblatt, wenn es den Bericht überhaupt gebracht hätte, zum mindesten eine kurze Verwahrung daran geknüpft und in anderen Städten hätte man auch wohl das Bedürfnis empfunden, wenn sozialdemokratische Arbeiter es für nützlich hielten, solchen Arbeiterdiskussionsklub zu besuchen, dem Vortragenden eine Entgegnung zu teil werden zu lassen, schon um Verwirrung in den Köpfen der minder geschulten unter den Zuhörern zu verhindern. Das alles tut man in Karlsruhe nicht und daß man noch nicht einmal einsieht, welche eine — sagen wir einmal: schwere Unterlassungsünde das ist, das rechtfertigt mehr als genügend unsere Ueberschrift: „Unglaubliches aus Baden.“

Die Rürnberger Parteiversammlung und die „Münchener Post“.

Zu dem Protest der letzten Rürnberger Parteiversammlung gegen eine Stelle des Berichts der „Münchener Post“ über den bayerischen Parteitag schreibt unser Münchener Parteiblatt:

„Genosse Schneppenhorst... hat behauptet, in dem Bericht der „Münchener Post“ über den Erlanger Parteitag sei der Satz zu lesen:

„Der Bericht des Landesvorstandes gab dem Referenten Genossen Auer sofort Gelegenheit, auf die Erklärung der 66 auf dem Rürnberger Parteitag hinzuweisen und fand damit beim Erlanger Parteitag eine glückliche Zustimmung.“

Diese Behauptung ist un wahr. Genosse Schneppenhorst und alle, die ihm zustimmen, haben den Bericht der „Münchener Post“ eben nicht gelesen. Recht haben die Rürnberger Genossen, wenn sie behaupten, daß auf dem Erlanger Parteitag über die Budgetfrage kein Wort geredet worden ist. Unrecht aber haben sie, wenn sie behaupten, daß in der „Münchener Post“ hinterher trotzdem darüber berichtet worden ist. „Was die „Münchener Post“ berichtet hat, ist lediglich die Tatsache, daß Genosse Auer seinen Vortrag mit einem Hinweis auf den vom bayerischen Landesvorstand am 25. September 1908 erlassenen Aufruf einleitete, der die Zustimmung des Parteitages fand. Auch die Rürnberger Delegierten erhoben dagegen keinen Widerspruch, so daß auch ihr Einverständnis angenommen werden mußte, da man doch annehmen durfte, daß sie verstanden, was vom Genossen Auer vorgetragen wurde. Wenn die Rürnberger Genossen jenen Aufruf einmal nachlesen, dann werden sie finden, daß dessen Wortlaut sich mit dem Berichte der „Münchener Post“ vollständig deckt. Daß außer dem „Vater Wochenblatt“ und der „Münchener Post“ kein anderes Blatt davon etwas erwähnte, ist nicht die Schuld der beiden erwähnten Organe. Die Rürnberger Genossen haben daher lediglich einen Kampf gegen Windmühlen geführt, was sie bei ruhiger Ueberlegung wohl selbst einsehen werden. Ganz unzutreffend ist, was wir hier noch bemerken wollen, ein vom Prehbureau verbreiteter Bericht über die Rürnberger Parteiversammlung, in dem es u. a. heißt:

„Nach einem Bericht der „Münchener Post“ und des „Bayerischen Wochenblattes“, sollte dort der Genosse Auer die Haltung der badischen Genossen gebilligt und sich dabei auf die Erklärung der 66 berufen haben.“

Weder das „Bayerische Wochenblatt“ noch die „Münchener Post“ haben auch nur mit einer Silbe von einer Billigung der Haltung der badischen Genossen durch den Genossen Auer berichtet, da über die badische Budgetbewilligung auf dem Erlanger Parteitag nicht ein Wort gefallen ist...“

Zum Parteitag!

So lautet das Motto der soeben 16 Seiten stark erschienenen Nummer 630 des „Wahren Jacob“. Außer dem Begrüßungsgedicht „An den Parteitag“ erwähnen wir daraus das Heftlein „Magdeburg“, das einen lehrreichen Führer für die Parteitagdelegierten durch die Kongressstadt darstellt, sowie die Bilder „Theorie und Praxis“ und „Die Sühne des Diskussionsclubs“, in denen aktuellen Parteifragen eine humoristische Seite abgewonnen wird. Ferner enthält die Nummer die folgenden Leitträge:

Bilder: Von der Eröffnung des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Kopenhagen. Der Festzug nach Søndermarken: 1. Die Führer der dänischen Sozialdemokratie; 2. der Gesangchor der dänischen Sozialisten (500 Mann). — Vorübungen der deutschen Arbeiterschaft zum nächsten großen Reichstagsbundesfesten. Von E. Schilling. — Ständesgemäß. Von Rud. Wolf. — Preisfrage. Von E. Erl. — Vorbeigetroffen. Von Leo. — Kantalusqualen. Von A. Krawel. — Vorwärts ist die Mutter der Weisheit. Von Rud. Wolf. — Arenbergs Zukunft. Von M. Vanselow. — Der Lebenszweck. Von P. Theising. — Die „kaiserliche Pfalz“ in Posen. Von E. Schilling. — Die Streikbrecher. Von E. Erl. — Pringenerziehung. Von P. Theising. — Volksernährung. Von E. Erl. — Im Reichslaboratorium. Von E. Schilling. (Mit Gedicht von Tobias.) — Nikolaus in treuer Gut. Von A. Krawel.

Legt: Die beiden Professoren. Von R. W. — Absolutismus? Von P. E. — Hühnerpau-Raritätenberg. — Lustige Zeit. Von Kl. — Eigenes Erlebnis. — Lieber Jakob! Von Jotijis Kaufe. — Losgelassen. Von P. E. — Glosien. — Die Reichstagsnachwahlen. Von T. — Die Ballfahrt nach Altötting. Von Fritz Sanger. — Hungerpreise. Von P. E. — Ein Zauberkunststück. Von T. — Der historische Stiel. — Die schwarze Liste. Von A. Stahl. — Junkers Wohnung an die deutschen Frauen. Von Kl. — Das Ei des Kolumbus. — Uff, uff.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Soziales.

Rechtsjustizamt und Rechtsanwaltsangehörige.

Die unablässige Arbeit der Bureauangestellten hat einen kleinen Erfolg gezeitigt. Das Rechtsjustizamt will nach jahrelangen Kämpfen und Forderungen jetzt endlich die traurige Lage der Angestellten der Rechtsanwaltschaft wenigstens „untersuchen“. Es sind den größeren Rechtsanwaltsbureaus Fragebogen zugegangen, in denen den Rechtsanwälden die Anfrage nach den Epesen, die die Rechtsanwäldin bei der Ausübung ihres Berufes machen müßten, mit dem amtlichen Bemerkten gestellt ist, daß die Regierung gern einer Erhöhung der Rechtsanwaltskosten zustimmen wird. Es sollen in Kürze auch den Angestellten der größten Anzahl von Anwaltsbureaus Fragebogen zugehen, in denen ihre Arbeitszeit, ihr Lohnverhältnis, Kündigungsfrist, ihre Urlaubszeit, Sonntagsarbeit genau deklarieren werden soll. Wenn das Rechtsjustizamt sich direkt mit dem Verband der Bureauangestellten in Verbindung setzen würde, würde seine Arbeit erheblich erleichtert.

Neuordnung des Forstwesens.

Die abfällige Kritik der preussischen Forstwirtschaft durch Sozialdemokraten ist zwar von der Regierung stets bekämpft. Sie hat aber doch praktische Folgen gezeitigt. Im preussischen Ministerium ist eine Vorlage zu einer Neuordnung des Forstwesens ausgearbeitet. In ihr sollen folgende Momente in nähere Betrachtung gezogen werden: 1. Eine Neuordnung der technischen und administrativen Aufgaben der Waldbesitzer und deren Vertreter, 2. Neuordnung der hierdurch bedingten Anforderungen an diese und die sich daraus ergebende Organisation, 3. Anzustellende statistische Erhebungen über die allmähliche Entwicklung und den Wechsel der organisatorischen Verfassungen und deren Grundlagen, 4. Einheitliche Festsetzung der Größe der staatlichen Verwaltungsbezirke und der für diese maßgebenden Verhältnisse, 5. Neuordnung über die Ausbildung von Hilfspersonal, speziell der Aufgaben der Revierverwalter, 6. Neuordnung über Aufstellung und Rechte des Forstpersonals.

Der letzte Punkt ist infolge der wachsenden Unzufriedenheit der unteren Stufen des Forstpersonals als erforderlich erachtet. Die Arbeitsbedingungen sind noch die denkbar schlechtesten. Revierbeamten, wie Hilfsjäger, Waldhüter, Baumschläger usw. haben bei einem Durchschnittslohn von 2,50 M. pro Tag 12—16 Stunden, ja oft, wie die Revierhüter, ohne Ablösung Tag- und Nachtschicht zu arbeiten. Allerdings sind die meisten nicht organisiert, und wenn dies der Fall ist, nur heimlich, da ein solcher Versuch, der gegen die ersten Gebote des Junkertums, die doch in den allermeisten Fällen Besitzer der Waldung sind, verstoßt, mit sofortiger Entlassung bestraft wird. Allerdings eine Organisation ist erlaubt: der christliche Arbeiterbund, in dem als oberstes Gebot die treue Pflichterfüllung und der häusliche Gehorsam gegenüber jedwem Arbeitgeber zur Pflicht gemacht wird; denn: Gehorsam ist des Christen Schluß. Wie gehen in der Annahme wohl nicht fehl, daß die im preussischen Landtag von sozialdemokratischer Seite geübte Kritik wesentlich die Ausarbeitung der Vorlage gefördert hat.

Junker gegen Landkrankenassen.

Landkrankenassen mit derselben Selbstverwaltung, wie Ortskrankenassen sie haben, forderte im Jahre 1881 im Reichstag die große Mehrheit selbst der Konservativen. Anders die heutigen Junker. Sie verlangen an Stelle einer Landkrankenasse ein Zerrbild einer Krankenfürsorge in der Art, wie es der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung bekanntlich vorgeschlagen hat. So bemerkte die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen in ihrem soeben erschienenen Bericht für 1900: „Der Vorstand hält die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für die Provinz Posen weder für wünschenswert, noch finanziell für erschwinglich. Wenn jedoch der Entwurf Gesetz werden sollte, so müssen die landwirtschaftlichen Gewerbe berufstätigenden Sondervorschriften, insbesondere die, welche sich beziehen a) auf die Einrichtung und entsprechende innere Verfassung besonderer Landkrankenassen, b) auf die Anrechnung von Naturalleistungen auf das Krankengeld, c) auf die Gewährung der Möglichkeit einer verschiedenen Bemessung des Krankengeldes für die Zeit der Saisonunterbrechungen, d) auf die Zulässigkeit der Hilfe durch Krankenschwestern an Stelle der Ärzte unbedingt aufrecht erhalten werden.“

Diese Forderungen sind bezeichnend für den moralischen Tiefstand der Konservativen von heute.

Aus der Frauenbewegung.

Internationale Frauenkonferenz.

Die rote Woche in Kopenhagen wurde durch eine internationale Frauenkonferenz eingeleitet. Der Versuch einer internationalen Verständigung der proletarischen Frauen zwecks Förderung der Bewegung wurde zum ersten Male vor drei Jahren in Stuttgart unternommen. Das Ergebnis war die Einsetzung einer internationalen Sekretariat und wurde Genossin Zeitlin mit diesem Amte betraut. — Seit dieser Zeit marschiert die Frauenbewegung in allen Ländern rüstig vorwärts; an der Spitze Deutschlands mit seinen 82 000 politisch und 140 000 gewerkschaftlich organisierten Frauen und Mädchen.

Aus 16 Nationen waren wohl an 100 Vertreterinnen der sozialistischen Frauenbewegung erschienen; darunter fünf Genossinnen aus Finnland, die als Landtagsabgeordnete den Kampf gegen den finnischen Angriff führen, mit dem der russische Zar die politische Selbstständigkeit des finnischen Volkes vernichten will. Die Frauen aller Länder würdigen diese Selbstständigkeit und Freiheit Finnlands ganz besonders, weil dort ein Wahlrecht besteht, das auf Grundlage des Einkammersystems beruht und das gleiche politische

Recht allen Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts gewährt. Dieses Wahlrecht hat die Arbeiterschaft sich mittels des revolutionären Massenstreiks erkämpft und sie sucht es nun mit allen Mitteln zu erhalten. Mit der Unterdrückung der finnischen Nation unter das russische Joch wurde eine politische Anbelagerung der werktätigen Bevölkerung wie nie zuvor verbunden sein.

Größte Aufmerksamkeit und leidenschaftliche Debatten lösten die Erörterungen über Mittel und Wege zur Eroberung des allgemeinen Frauenwahlrechts aus. Eine Genossin aus einem jener Staaten Amerikas, in denen das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen schon besteht, betonte, bedauerte, daß die grundsätzliche prinzipielle Forderung nicht in voller Einmütigkeit in allen Ländern verfolgt werde. — Die englischen Frauen begnügten sich mit der Forderung eines Wahlrechtes, welches neun Zehntel der Frauen um ihre Rechte prellt und damit zwar die bürgerlichen Frauen zufriedenstellt, dem Proletariat aber einen Weg zur politischen Macht verschließt.

Obwohl eine englische Delegierte dieses sonderbare Handeln aus der Eigenart und den Verhältnissen ihres Landes zu rechtfertigen suchte und erklärte, daß auch sie die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes für alle großjährigen Frauen als das Ziel und das Ideal der Bewegung anerkenne, wollte sie dennoch nicht gelten lassen, daß das beschränkte Wahlrecht eine Verhöhnung und Verwässerung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts sei. Eine bürgerliche Gruppe unter der englischen Delegation wollte die Frage nicht vom Klassenstandpunkt entscheidend sehen, weil sie in den bürgerlichen Parteien nicht den unersöhnlichen Gegner erblickt und weil es Bestrebungen feministischer und idealistischer Natur gebe, die über dem Klassen Gegensatz stehen müßten.

Genossin Fieh begründete den Standpunkt der deutschen sozialdemokratischen Frauen, die erneut die Stuttgarter Resolution, die zum Frauenwahlrecht geföhrt wurde, bekräftigt sehen wollen. Darin wird jedes Faktieren mit bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, jedes Wahlrecht, das nicht allen Großjährigen zusteht oder an Besitz, Steuerleistung, Bildungstufe oder sonstige Bedingungen geknüpft ist, verworfen. Die deutschen Genossinnen sehen im beschränkten Wahlrecht nicht eine Stufe zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes, sondern vielmehr ein Bollwerk, welches die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes verperrt. Englische, österreichische, amerikanische und russische Genossinnen sprachen sich überzeugend und leidenschaftlich im selben Sinne aus. Es kam scharf zum Ausdruck, daß unter der Herrschaft der Klassenverhältnisse nicht von Schwesternlichkeit und Brüderlichkeit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten geredet werden könne. — Die bürgerlichen Frauen handeln von ihrem Standpunkt aus nur logisch, wenn sie, in Besitz des beschränkten Wahlrechtes gekommen, den Kampf aufgeben und die proletarischen Frauen im Stich lassen. Denn ihnen ist das Wahlrecht Selbstzweck, den Proletarierinnen aber soll es ein Mittel sein zur politischen Schulung und zur Eroberung der politischen Macht, um das sozialistische Endziel zu verwirklichen.

Es kam weiter zum Ausdruck, daß man künftig alle Gelegenheiten, so auch die Kaiserfeier, alle Wahlen zu politischen und öffentlichen Körperschaften, alle Wahlrechtskämpfe der Forderung des Frauenwahlrechtes dienlich machen soll und daß jedes Jahr in allen Ländern, in Uebereinstimmung mit der Partei und den Gewerkschaften, ein Frauentag abgehalten werden soll, auf dem vom streng sozialistischen Standpunkt aus das Wahlrecht der Frauen propagiert wird.

Weiter beschäftigte sich die Konferenz mit der Erörterung der sozialen Fürsorge für Mütter und Kinder. Dem deutschen Antrag, der bis ins Kleinste die geschlichen Maßnahmen enthält, die zum Schutz für Mütter und Kinder zu fordern sind, wurde zugestimmt.

In der dänischen Delegation machte sich eine Richtung bemerkbar, die die Freigabe der Nacharbeit auch für Frauen forderte, damit die Frau im wirtschaftlichen Kampfe dem Manne gleichgestellt sei. Diese Ansicht fand jedoch keine Zustimmung. Es kam zum Ausdruck, daß durch die Freigabe der Frauenarbeit nicht die Freiheit der Frau, sondern die Freiheit des ausbeutenden Kapitals geschützt werde. Auch die Forderungen auf Regelung der Primarbeit, einer staatlichen Witwenversicherung wurden ausgiebig erörtert. Die Ursachen der Lebensmittelpreterung sollen den Frauen ebenfalls durch alle möglichen Mittel beseitigt werden.

Eine Resolution gegen den Krieg erkannte die Tatsache an, daß jeder Krieg die wirtschaftliche Grundlage der Familie zerstört, die Frauen und Kinder des Ernährers beraube und daß aus diesem Grunde die Frauen besonders gegen den Militarismus mit seiner kulturfeindlichen Tendenz und gegen das Betrüben der einzelnen Nationen protestieren müssen.

Viel Arbeit ist geleistet, viele Anregungen sind gegeben worden. Daß sie fruchtbringend wirken und zur Gewinnung der Frauen für den Sozialismus dienen, ist das Ergebnis aller Genossinnen.

Erst die sozialistische Gesellschaft wird die Möglichkeit schaffen, daß jede Frau, ohne aufzuhören, ganz Weib zu sein, ganz Mensch sein kann.

Gerichts-Zeitung.

Die Aufforderung zum Verbandsbeitritt und der § 153 der Gewerbeordnung.

Ein vernünftiges, die Auslegungskunst der unteren Instanzen beschneidendes Urteil fällt in seiner letzten Sitzung das Hanseatische Oberlandesgericht. Ein Bauhilfsarbeiter H. hat zu einem Unorganisierten gesagt: „Wenn Du dem Verbandsbeitritt nicht beitriffst, können wir nicht mit Dir arbeiten“. Das Schöffengericht verurteilte H. zu einem Tage Gefängnis, weil es in der Neuerung ein Vergehen aus § 153 der Gewerbeordnung erblickte. Das Landgericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Die Revisionsinstanz folgte aber den Ausführungen des Verteidigers Dr. Lürkheim, der ausführte: „Ein Arbeiterverband, auch wenn er bezweckt, von Fall zu Fall Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treffen, fällt nicht unter § 153 der Gewerbeordnung. Dieser setze voraus, daß es sich um bereits bestehende Verabredungen handelt“.

Das Oberlandesgericht hob das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung.

Die Polizei gegen Streikende.

Während des kürzlich beendeten Streiks der Schmiede hat die Polizei ihre vermeintliche Aufgabe, die Arbeitswilligen zu schützen, mit großem Eifer zu lösen gesucht. Zahlreiche Strafbefehle von ganz außerordentlicher Höhe sind gegen Streikposten erlassen worden. Zwei Fälle dieser Art wurden gestern vor dem Schöffengericht verhandelt.

Der erste Fall betraf den Schmied Wedow. Er soll sich an dem Bravorufen und Händeklaffen einer Menschenmenge beteiligt haben, die durch diese Weisfallkundgebung ihre Freude darüber bekundete, daß ein Streikender, den ein Schuhmann in der Gießhahner Straße festnehmen wollte, davonlief und dem hastenden „Arm der Gerechtigkeit“ glücklich entkam. Es mag ja für einen Schuhmann ärgerlich sein, wenn ihm ein streikender Arbeiter, auf den er es abgesehen hat, entwischt. Und erst recht wird er sich ärgern, wenn die Zuschauer dem glücklich entkommenen Flüchtling Weisfall klatschen. Aber strafbar kann doch ein solcher Applaus nicht sein, sollte man denken. Ja, wenn wir nicht den Paragraphen vom groben Unfug hätten, mit dem sich bekanntlich alles machen läßt. So bezeichnete denn die Polizei die Weisfallkundgebung als groben Unfug und sandte Wedow, der sich übrigens an dem Weisfall gar nicht beteiligt haben will, einen auf 30 Mark lautenden Strafbefehl zu. Dem Richter fiel wohl die wegen einer Lappalie verhängte Höhe der Strafe auf. Er fragte den als Zeugen geladenen Schuhmann nach dem Grunde des hohen Strafmaßes. Den kannte der Schuhmann natürlich nicht. Aber er hatte doch feine Vermutungen darüber,

und die gingen dahin: Es wird wohl deshalb sein, weil es beim Streik war und wir doch die Aufgabe haben, die Arbeitswilligen zu schützen. Weiter erzählte der Schuhmann, der betreffende Vorfall habe sich vor der Werkstatt des Schmiedemeisters Bobb in der Gießhahner Straße abgespielt. Der Hof sei voller Leute gewesen, die dem Schmiedemeister die Bude stürmen wollten. Herr Bobb habe die Polizei gerufen, diese habe den Hof geräumt. Auf den Streik sollte dann eine Distanzierung vorgenommen werden, deren Mitglieder von den Zuschauern mit dem Applaus aufgenommen wurde, den die Polizei für groben Unfug hält. Durch weiteres Befragen des Schuhmanns wurde festgestellt, daß für die Annahme, es sollte die Bude gestürmt werden, gar kein Beweis vorliegt. Der Schmiedemeister Bobb, dem seine Einbildung etwas vorgegaukelt haben mag, wovon in Wirklichkeit gar keine Rede war, hat der Polizei mitgeteilt, die Streikenden wollten seine Bude stürmen. Das ist alles, und das genügt, um einen Polizeileutnant mit mehreren Schutzleuten erscheinen zu lassen, um in der angegebenen Weise vorzugehen.

Daß die Vermutung des Schuhmanns über den Grund der außerordentlich hohen Strafe zutrifft, wird schlagend bewiesen durch ein bei den Akten befindliches Schriftstück, worin Polizeileutnant Kupsch beim Polizeipräsidenten den Strafbefehl gegen Wedow beantragte und dazu schreibt: „Bemerkte wird, daß W. zu den zurzeit streikenden Schmieden gehört, die zu hunderten die Werkstatt des Schmiedemeisters Bobb belagern und dem Mevier die größten Schwierigkeiten machen. Um strengste Bestrafung wird gebeten.“

Da der Vorsitzende die vom Verteidiger, Rechtsanwalt Lesser, beantragte Verlesung dieses Schriftstückes als unzulässig erklärte, beantragte der Verteidiger, durch Vernehmung des Polizeileutnants feststellen zu lassen, daß er das angegebene Erlauchen um strengste Bestrafung des Streikenden gestellt hat.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und zum nächsten Termin nicht nur den Polizeileutnant Kupsch, sondern auch den Schmiedemeister Bobb zu laden.

Im zweiten Falle war der Schmied Habig angeklagt. Hier war es die bekannte Strafenordnung, mittels deren die Polizei dem Streikposten die Ausübung seines Rechts unmöglich zu machen suchte. Habig stand mit einigen Kollegen vor einem Hause in der Großen Frankfurter Straße, wo sich eine Schmiedewerkstatt befindet. Der Meister rief die Polizei, ein Schuhmann kam, forderte die Streikposten auf weiterzugehen, und weil Habig zwar ging, auf der anderen Seite der Straße aber stehen blieb um mit jemand zu sprechen, so erschien er dem Schuhmann als Verkehrshindernis und wurde angezeigt. Zwei Tage nach der Anzeige fragte das Polizeipräsidentium bei dem betreffenden Mevier an, ob Habig Streikposten gestanden habe. Der Schuhmann, welcher ihn angezeigt hatte, wußte das aber nicht. Diesem Umstand ist es wohl zuzuschreiben, daß sich die Polizei in diesem Falle mit einer Strafe von 6 Mark begnügen wollte, während sonst gegen streikende Schmiede in allen anderen Fällen viel höhere Strafen durch die Polizei verhängt worden sind.

Das Gericht hielt die dem Angeklagten zur Last gelegte Uebertretung der Strafenordnung durch das Zeugnis des Schuhmannes für erwiesen und lehnte die vom Verteidiger Rechtsanwalt Lesser beantragte Ladung anderer Zeugen des Vorganges ab, die behaupten sollten, daß der Angeklagte gar nicht, wie der Schuhmann angab, auf der Granitbahn gestanden hätte. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von 6 Mark verurteilt.

Aus aller Welt.

Der Pestherd in Odeffa.

Trotz aller Anstrengungen ist es den Odeffaer Stadtbehörden bisher nicht gelungen, der Pest, die ständig neue Opfer fordert, Herr zu werden. Erst am Sonntag wurden im Eisenbahnhofs Odeffa-Petersburg drei Fälle von Pestkrankung festgestellt, und damit die drohende Gefahr einer Verschleppung der Seuche in diesem Falle beseitigt. Im Gegensatz zu anderen Seuchenherden im arabischen Reich werden in Odeffa wirklich Wohnhäuser getroffen, die geeignet sind, den Umfang der Epidemie zu beschränken. Wird doch fast der gesamte Handel Südrusslands, der mehr oder weniger von Odeffa abhängig ist, durch die Pestkrankungen lahmgelegt. Vor allem hat man den Kampf gegen die Ratten, die für die Weiterverbreitung der Seuche in erster Linie in Betracht kommen, aufgenommen. Auf allen aus Odeffa auslaufenden Schiffen werden die Ratten ausgerottet, Passagiere und Mannschaften vor dem Abgang von Schiffsärzten untersucht. Im Wohnhof von Odeffa werden die Jüge durch Ärzte inspiziert, in allen Räumlichkeiten des Bahnhofes und der Wagendepots versucht man, die Ratten zu vernichten. Der Kampf gegen die Ratten ist sehr schwierig, denn Odeffa ist in seiner Länge und Breite von Katakomben und unterirdischen Galerien untergraben, aus denen das Baumaterial für die Häuser genommen worden ist. In früheren Zeiten war diese unterirdische Stadt ein Schlupfwinkel für Piraten, Schleihändler und Diebe, jetzt ist das unterirdische Odeffa eine Stadt der Ratten geworden. — Professor Podchyskoff, der zur Bekämpfung der Seuche in Odeffa weilte, legt der Unterdrückung der Epidemie noch vor dem Eintritt der Kälte große Bedeutung bei; wenn bis dahin die Seuche nicht überwunden ist, tritt die Gefahr des Auftauchens der Lungenpest ein, die eine Sterblichkeitsziffer von fast 100 Prozent aufweist. Die zurzeit herrschende Bubonepest gibt eine verhältnismäßig noch geringe Sterblichkeitsziffer, bisher sind weniger als 25 Prozent der Erkrankten gestorben.

Aeroplanabstürze.

Der Aviatiker Doraine ist am Sonntag bei einem Flug von der englischen nach der irischen Küste einige hundert Meter vor dem Leuchtturm von Bailly ins Meer gestürzt. Bei dem Sturze wurde der Aviatiker von seinem Stützgerüst getrennt und konnte schwimmend den Leuchtturm erreichen. Der Apparat wurde von einem Schiff ans Land gebracht und hat keinen großen Schaden erlitten. Doraine hatte bereits 96 Kilometer zurückgelegt, davon 72 über dem Meere. Er erklärte bei seiner Rückkehr nach Holyhead, daß der Absturz seines Apparates durch eine Unterbrechung der Föndung des Motors erfolgt sei.

Weniger vom Glück begünstigt wurde der amerikanische Flieger Hamilton, der bei einem Wettflug mit einem Automobil in der Nähe New Yorks aus beträchtlicher Höhe abstürzte. Hamilton kam bei dem Sturze unter seinen Apparat zu liegen und erlitt schwere Verletzungen. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert.

Die Cholera.

Gelegentlichweise hat die aus Freiburg a. d. Elbe gemeldete Choleraerkrankung eines aus Hamburg gekommenen Schiffers in Hamburg selbst große Beunruhigung hervorgerufen. Die von den Behörden vorgenommenen Nachforschungen haben bisher nichts Bedächtigendes ergeben. Die in Hamburg wohnenden Angehörigen des erkrankten Schiffers sind gesund und gesund worden; ebenso haben drei noch angetroffene Personen der Besatzung des zwischen Hamburg und Petersburg fahrenden Dampfers, neben

dem der Ober des Schiffers im Hamburger Hafen gelegen hatte, keinerlei verdächtige Krankheits Symptome gezeigt; sie sind daher am Sonntag aus der ärztlichen Beobachtung entlassen worden. Auch eine unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Cholerafalles angeordnete Untersuchung von Wasserproben aus dem Hamburger Hafen hat ein ganz einwandfreies Ergebnis gehabt.

Aus Ungarn werden auch heute wieder Neuerkrankungen gemeldet, bei denen Choleraerkrankung vorliegt. In Altoson wurde ein Matrose von einem Schleppschiff in das Krankenhaus eingeliefert, weil er unter Choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt ist. Aus dem Komitat Baranya werden drei neue Choleraerkrankungen gemeldet.

In Apulien scheint die Epidemie zurückzugehen. In den letzten 24 Stunden kamen in dem durchsuchten Gebiet nur drei Neuerkrankungen vor; von den bereits früher Erkrankten sind vier gestorben.

Eisenbahnunfälle.

Auf der Strecke Idzweiche-Rattowitz wurden gestern morgen zwei Streckenarbeiterinnen während eines Nebels von einer Lokomotive überfahren und getötet. Ein Güterzug, der aus Bahnhof Heffen im Rheinland nach Mittenheid fahren wollte, geriet infolge falscher Weichenstellung auf ein

Gleis, wo er mit einem Eisenbahnwagen zusammenstieß. Dieser wurde durch die östliche Giebelwand des Schuppens gedrückt, stürzte die unmittelbar anschließende Straßensböschung hinunter und fiel auf eine unter dem Bahnhof durchgehende Straße. Durch den Zusammenstoß wurde ein Wagenführer getötet, ein anderer Beamter erheblich verletzt. — Durch falsche Weichenstellung entgleisten bei der Einfahrt eines Militärs in dem Bahnhof Polwitten vier Wagen. Von den im Zuge transportierten Militär wurden vier Soldaten durch Quetschungen verletzt.

Im Kampfe mit Flusspiraten.

Der russische Dampfer „Ho“, der den Personenverkehr auf dem Flusse Sungari in der Mandschurei vermittelt, wurde, wie ein Telegramm aus Charbin meldet, während einer Fahrt von Piraten überfallen. Als harmlose Passagiere hatten sie sich auf den Dampfer geschmuggelt, der außer ihnen noch etwa 80 Chinesen beförderte. Während der Fahrt entspann sich auf dem Schiffe ein wilder Kampf zwischen den Räubern und der Schiffsmannschaft; schließlich blieben die Räuber Sieger, nachdem die beiden Inhaber des Schiffes getötet und viele von der Mannschaft kampfunfähig gemacht waren. Die gesamte überlebende Schiffsmannschaft wie auch die Passagiere wurden von den Piraten in Fesseln ge-

legt. Nachdem alles Mitnehmenswerte geraubt und die Schiffsmaschinen gewaltig verborgen waren, verließen die Flusspiraten den Schauplatz ihrer blutigen Tätigkeit. Der den Wellen preisgebene Dampfer wurde schließlich von einem Kreuzer der Grenzschutz bemerkt, so daß den Gefeßelten Rettung gebracht wurde.

Keine Notizen.

Autoserei. Auf der Schwachhauser Chaussee bei Bremen fuhr ein in voller Fahrt befindliches Automobil in einen Haufen spielender Kinder. Ein neunjähriger Knabe wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er bald danach starb.

Auf dem Schießplatz Langerhütte explodierte bei einer Schießübung die Pulverladung eines Geschosses, bevor dieses in das Geschützrohr eingeführt worden war. Durch die Explosion wurden vier Soldaten, von ihnen zwei schwer, verletzt.

Durch teilweisen Einsturz eines Lunnels der Eisenbahn in Jersey City wurden neun Arbeiter getötet und zehn verletzt. Fünf Arbeiter werden vermisst.

Ertrunkene Schmuggler. Auf dem Schwarzen Meer ist in der Nacht zum Sonntag ein Schiff geentert, auf dem sich 41 Schmuggler befanden. 28 von ihnen ertranken.

Durch die Explosion einer Lokomotive wurden bei Erntearbeiten auf einem in der Nähe der russischen Stadt Poltawa gelegenen Gute vier Arbeiter getötet. Vier andere Arbeiter wurden schrecklich verstimmt, sechs erlitten Brandwunden.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 13. September.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues königl. Opern-Theater.

Garmen.

Königl. Schauspielhaus. Mollere und die Geinen. Der Lantzke.

Leffing. Einmalen Menschen.

Kleines. Die verfluchte Frauenglimmer. 1. Klasse.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches Amphitheater.

Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege.

Romische Oper. Der Arzt wider Willen.

Verliner Musikantenmädel.

Neues. Die goldene Ritterzeit.

Waldens. Noblesse oblige.

Waldens. Die geschiedene Frau.

Thalia. Polnische Wirtin.

Schiller u. Wallner-Theater.

Der Blüthel.

Schiller-Charlottenburg. Robert und Bertram.

Verliner Volkoper. Alt-Heidelberg.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Suisen. Im Spätommer.

Trianon. Der Wert des Lebens.

Neues Operetten-Theater.

Das Graf von Duxenburg.

Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Herrnsfeld. Wenn zwei dasselbe tun.

Das starke Stück.

Folies Caprice. Der schwarze Schimmel.

Das alte Ghetto.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Biederleute.

Dienstag, den 13. Sept., abends 8 Uhr.

Waldens. Die geschiedene Frau.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Heute abends 8 Uhr:

Im Lande der Mitternachtssonne.

Neues Operetten-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:

Der Graf von Duxenburg.

Operette in 3 Akten von H. H. Wallner u. R. Boband. Musik v. Franz Lehár.

Modernes Theater (früher Hebbaltheater).

Heute u. täglich: **Die Wespe.**

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr:

Das Leutnantsmündel.

Berliner Volkoper Belle Alliance-Straße 7/8.

Heute 7 1/2 Uhr:

Gastspiel des Neuen Schauspielhauses: Alt-Heidelberg.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Dienstag, den 13. Sept., abends 8 Uhr:

Biederleute.

Mittwoch: Faust.

Donnerstag: Biederleute.

Freitag: Biederleute.

Sonnabend 2. Anstimmung: Ketten.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Im Spätommer.

Lustspiel in 3 Akten von F. Lunge.

Mittwoch: Gamont.

Donnerstag: Die schöne Ungarin.

Freitag: Klemmke; Keau oder: Genie und Leidenschaft.

Sonnabend: Gamont.

Apollo Theater.

7 1/2 Uhr:

Verbotene Frucht.

(In Hamburg seit 5 Monaten vor

ausverkauften Häusern u. Stadtspr.)

Gisela Schneider-Nissen.

Das verrückte Hotel sowie weitere 8 für Berlin vollständig neue Attraktionen.

METROPOL-THEATER.

Wegen Vorbereitung zur neuen

Jahres-Revue geschlossen.

Wintergarten.

12 Attraktionen

des

von Publikum und Presse

glänzend beurteilten

Eröffnungs-Programms!

Der Gipfel der

illustren Varieté-Kunst!

Puhlmanns Theater

Schönh. A. 140 — Kastanien-A. 97/99.

Im Garten ober gr. Saal: 9 Uhr:

Jelwa, die russische Waise.

Käte u. Karl Koch in den Hauptrollen.

7 1/2 Uhr: Die Hochzeit.

Dazu neue Spezialitäten. Anf. 7 1/2 u.

Mittwoch, 14. September: Mathilde

oder: Das Frauenherz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)

Dienstag, abends 8 Uhr:

Der Bibliothekar.

Schwank in 4 Akten v. G. v. Moser. Ende 10 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Die Braut von Messina.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die zärtlich Verwandten.

Darauf: In Zivil.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Robert und Bertram.

Vorstellung mit Anfang in 4 Akten von Gustav Kober. Ende 10 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Neue Jugend.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die Liebe wacht.

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor.

Heute und folgende Tage:

Original Münchener Herbstfeste Juhn!!!

Oberlandler Kapellen — Kirchweih- und Schützenfest.

Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Abonnenten des „Vorwärts“ haben wochentags freien Eintritt.

Diese Annonce ist am Eingang vorzulegen.

Lung-Park

TERRASSEN HALENSEE

Größter Vergnügungspark des Kontinents.

Eintrittspreis 50 Pf.

Heute Dienstag:

Sensationelle Attraktionen

Militärkonzert * Somalidorf

Ab 8 Uhr geöffnet

Tanagra-Theater □ Mon Plaisir.

Herrnsfeld Theater

Die größten Schlager

der letzten Saison:

Das starke Stück und

Wenn zwei dasselbe tun

mit Anton und Donat Herrnsfeld.

Börsekauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.

Ganz Keil-Ensemble.

Donnerstag, 15. September 1910:

Eröffnung der Winter-Saison.

Der Weidenfresser

Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.

Bilder v. Weidt: Dir. Hans Reich.

Roseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Der schwarze Schimmel.

Bunter Tell:

Das alte Ghetto.

Börsekauf 11—2, abends ab 8 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Bodhas dunkles Geheimnis.

Der Mann mit dem eisernen Schlund!

Von 4—7 Uhr

Vitaskop-Theater

Aquanoptikum

Experiment aus der 4. Dimension.

Alles ohne Extra-Entree!

Zipkus A. Schumann.

Heute Dienstag, 13. Sept., 7 1/2 Uhr:

Brillante Vorstellung.

Besonders hervorzuheben:

Apachentanz

zu Pferde.

gestitten von Fr. Dora Schumann

und Herrn Karl Hoff.

Der Kreisel-Globus.

Neueste Kreation des Direktors

A. Schumann.

Luftpotpourri

der Lepiq-Truppe, 10 Personen.

Alle Dressierte Kakadus

(sowie die übrigen Kunstkräfte.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910

30. April bis 2. Oktober.

Im Park täglich Doppel-Konzert.

Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., 6—8 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerf. 6 Pf.

Ausstellungshallen am Zoo

Riesen-Kinematograph.

6—11 Uhr.

Rauchen überall gestattet

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:

Großes Militär-Doppel-Konzert

Eintritt 1 Mark.

von abends 8 Uhr ab 50 Pf., Kinder

unter zehn Jahren die Hälfte.

Casino-Theater

Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Die urkomische Wölfe.

Der schnelle Rudolf.

Rudolf Wimpelmann: Dir. H. Berg.

Vorher das glänzende bunte Progr.

Siehe Attraktionen ersten Rang.

Sonnt. 7 1/2 Uhr: Der Hochmutstauel.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Die neuen Spezialitäten.

Königsstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.

Wiederauftreten von

Franz Sobanski.

Dazu das außerordentlich Sept.-Progr.

Der Herr Bauquier.

Weltstädt in 1 Akt von Max Lenther.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

(Meisel, Britton, Schröder usw.)

Anfang

montags

8 Uhr

sonntags

Mittwoch, den 14. September, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Nachwahl in Frankfurt-Lebus.

Die Reichstagsnachwahl im Kreise Frankfurt-Lebus findet am Donnerstag, den 15. September statt. Es ergeht hiermit an die in Berlin arbeitenden Parteigenossen und Wähler des Kreises die dringende Aufforderung, am kommenden Donnerstag, dem Wahltag, ihr Wahlrecht in ihrem Heimort auszuüben. Parteigenossen, die mit Wählern aus dem Kreise Frankfurt-Lebus zusammen arbeiten, werden gebeten, ihre Mitarbeiter auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen und sie zur Ausübung ihres Wahlrechts zu veranlassen.

Nach Bekanntmachung der königlichen Eisenbahndirektion sind die Arbeiter-Rückfahrkarten am Mittwochabend gültig.

Die Wähler des Reichstagswahlkreises Frankfurt-Lebus, die zurzeit in Berlin arbeiten, werden zu einer Wählerversammlung heute am Dienstag, den 13. September, bei Nowotzki, Langestr. 30, eingeladen. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl in Frankfurt-Lebus. Referent: Reichstagsabgeordneter E. Eichhorn. Diskussion. Jeder muß es als seine Pflicht betrachten, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw. am Mittwoch, den 14. September, abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstraße 103. Die Vertrauensleute.

Rigdorf. Heute abend 8 Uhr finden in den Lokalen von Hoppe, Hellsch, Wolf und im „Feldschützen“ vier öffentliche Versammlungen für Frauen und Mädchen statt. Tagesordnung: Kaiserrede - Frauenbewegung. Massenbesuch erwartet.

Mariensfelde. Am Mittwoch, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr findet bei Berger, Berliner Straße 114 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Stadtd. Genossen Bagels-Rigdorf über: Fleischsteuerung und Kaiserreden. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Schwargendorf. Am Mittwoch, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr findet bei Wölscher, Spandauer, Ecke Köpener Straße der Zahlabend vom hiesigen Wahlverein statt. Der Vorstand.

Johannisdahl. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnisnahme, daß in diesem Monat die Mitgliederversammlung ausfällt. Der nächste Zahlabend findet erst am Dienstag, den 20. September bei Senfleben statt.

Behndorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 14. d. M. bei Rentel statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Beiträge werden vor Beginn der Versammlung in Empfang genommen. In dieser Versammlung steht unter anderem ein Antrag des Vorstandes, den Zahlabend von der Mitgliederversammlung zu trennen, zur Verhandlung. Der Vorstand.

Bankow. Am Mittwoch, den 14. d. M. finden gemeinschaftliche Zahlabende statt. Für die Abteilung Nord bei Rozich, Kreuzstraße 3/4, für die Abteilung Süd im Lärchen, Kaiser-Friedrichstraße. Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh - Niederschönhausen - West. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr Zahlabend für alle fünf Bezirke im Lokal von Kollmann, Kronprinzen-Straße 2.

Grünau. Am Mittwoch, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur grünen Ede“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über den Verein Jugendheim. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Verbands- und Kreisgeneralversammlung und der Konferenz der Frauenabendleiter. 4. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Gemeindefchulwesen Berlins.

Der Beginn des kommenden Winterhalbjahres wird wieder mancherlei Änderungen im äußeren Bestand der Gemeindefschulen bringen. Einige ältere Schulen, deren allmähliche Auflösung längst beschlossen war und bereits im Gange ist, werden weiter zusammenschumpfen. Andererseits werden ein paar neue Schulen hinzukommen, wobei es sich aber zum Teil nur um den Ausbau von schon in der Entwicklung begriffenen Schulgebäuden zu selbständigen Schulorganismen handelt.

Von der zur Auflösung bestimmten ehemals 56. Schule für Mädchen (Dochstraße 4) sind nur noch einige Klassen vorhanden, die nicht mehr als volle und selbständige Schule gelten können (so daß schon mit Beginn dieses Sommerhalbjahres die Nummer 56 auf eine neue Schule in der Koloniestraße übertragen wurde). Diese Restklassen der alten 56. Schule wurden in ihrem bisherigen Heim nur noch als Filiale der benachbarten 147. Schule für Mädchen (Grenzstr. 8) weitergeführt, aber mit Schluß des Sommerhalbjahres wird auch diese Filiale aufgelöst werden. Die bisherige 85. Schule für Knaben (Wrangeistr. 85) hört jetzt auf, selbständige Schule zu sein. Ihre Restklassen bleiben in dem alten Hause, werden aber der benachbarten 114. Schule für Knaben (Köpenicker Straße 2) als Filiale angegliedert. Auch die katholische 72. Schule für Knaben und Mädchen (Hinter der katholischen Kirche) soll fortan nicht mehr als selbständige Schule gelten, sondern unter Verlassung ihrer Klassen in dem alten Hause als Filiale der katholischen 10. Schule für Knaben und Mädchen (Wahrenstr. 41) weitergeführt werden. Diese 72. Schule ist die ehemalige Pfarrschule der Hedwigskirche und wurde erst vor einigen Jahren durch die Stadt Berlin als Gemeindefschule übernommen. In den Schulen, die dem Schicksal der Auflösung verfallen sollen, kommt nun auch die 14. Schule für Mädchen (Kesselftr. 3). Sie gilt der Schulverwaltung als „überflüssig“, obwohl sie in diesem Sommer noch 15 Klassen mit 645 Kindern hat. Im Oktober wird sie keine neuen Schüler mehr aufnehmen, so daß in absehbarer Zeit auch sie eingehen muß.

Als „neue“ Schulen werden drei angekündigt. Die 284. Schule für Knaben und Mädchen (in den Mieträumen Goethestraße 4a u. b) gibt ihre Knabenabteilung ab, so daß diese Schule fortan nur noch Mädchen schule ist. Aus der Knabenabteilung wird eine selbständige Schule gebildet, die die frei werdende Bezeichnung „55. Schule“ erhält. Dieser neuen 55. Knabenschule werden als eigenes Heim die Schulbaracken in der Olivarer Straße überwiesen, aus denen die bisher darin untergebrachte 265. Knabenschule ansieht. Eine neue Schule für Knaben und Mädchen, die die frei werdende Bezeichnung „72. Schule“ erhält, wird in den Schulbaracken am Leopoldplatz eröffnet, aus denen die bisher darin untergebrachte 244. Mädchenschule weicht. Dieser neuen 72. Schule wird zugleich auch eine Filiale angegliedert, die in dem Mietshaus Müllerstr. 30 die bisherigen Unterrichtsräume der ausziehenden 245. Mädchenschule übernimmt. Von der 55. Schule für Knaben

und Mädchen (im Mietshaus Büttcher Straße 4) wird die Knabenabteilung abgetrennt, so daß diese Schule Mädchenschule wird. Die Knabenabteilung verbleibt in dem Mietshaus 301. Schule, behält aber ihre bisherigen Räume im Mietshaus Büttcher Straße 4. Weigeboden wird ihre neue Filiale; diese wird untergebracht im Mietshaus Büttcher Straße 8, aus dem die 205. Knabenschule weicht. Auch die 290. Schule für Knaben und Mädchen (Danziger Straße 62a) bedarf einer Filiale, die im Oktober eröffnet wird und in der Raugarder Straße (der bisherigen „Straße 32a“) mit Mieträumen vorliebnehmen muß. Man sieht, daß das „Neue“, das da geschaffen wird, nicht sehr erheblich ist.

Auch Schulumzüge werden im Oktober erfolgen, da endlich mal wieder ein paar eigene Schulbauten der Stadt fertig werden sollen. Es ziehen um die 285. Knabenschule aus den Baracken der Olivarer Straße und die 272. Mädchenschule aus den Baracken der Schönlanter Straße, beide nach dem Neubau Horner und Schönlanter Straße, die 244. Mädchenschule aus den Baracken am Leopoldplatz und die 245. Mädchenschule aus dem Mietshaus Müllerstr. 80, beide nach dem Neubau Pantstraße 20/22, die 285. Knabenschule aus dem Mietshaus Tegeler Straße 21 und die 295. Knabenschule aus dem Mietshaus Büttcher Straße 8, beide nach dem Neubau Tegeler Straße Nr. 18/20, die 262. Knabenschule aus dem Mietshaus Seestraße 61 und die 276. Mädchenschule aus dem Mietshaus Müllerstr. 128a und b, beide nach dem Neubau Schönjngstr. 17.

Aufbewahrung der Garderobe in Krankenhäusern. Man schreibt uns: Die in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ mitgeteilte neue Anweisung für die städtischen Krankenhäuser zur Reinigung, Desinfektion und Aufbewahrung der Patientengarderobe bedeutet gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt und wir haben berechtigten Grund zu der Annahme, daß nicht zuletzt die Kritik des „Vorwärts“ einen erheblichen Anteil an der Neuerung hat. Die Aufbewahrung der Kleider soll fortan auf Riegeln in Kleiderhüllen erfolgen, während Leibwäsche und Stiefel in einem besonderenbeutel verpackt und in die Umhüllung gelegt werden. Hieraus würde sich der alte Mißstand ergeben, daß die Leibwäsche von den wohl regelmäßig unfauberen Stiefeln stark beschmutzt wird. Leibwäsche und Stiefel müssen also getrennt umhüllt bzw. verpackt werden. Ferner kann man nicht damit einverstanden sein, daß die Kleider vor der Herausgabe an zu entlassende Patienten durchweg nicht gebügelt werden. Gerade bei desinfizierten Kleidern, die durch Wasserdämpfe und chemische Substanzen ein ganz verdrumpftes Aussehen bekommen haben, wäre das Aufbügeln sehr wünschenswert. Bisher wurden Kleider in den allgemeinen Krankenhäusern überhaupt nicht gebügelt, was schon immer zu vielen Mißbilligungen Anlaß gab, in den Irrenanstalten dagegen fast stets. Letzteres Verfahren wird hoffentlich in den Irrenanstalten über die Notwendigkeit der neuen Anweisung hinaus beibehalten werden, da hier genügend Arbeitskräfte, nämlich Patienten selbst, vorhanden sind, die in der Schneiderwerkstatt das Aufbügeln besorgen können.

Freiwilliger Verzicht auf „kirchliche Ehren“. Einem Artikel der „Voss. Zig.“ entnehmen wir die nachfolgenden interessanten Kirchenzahlen:

Die Taufziffer in rein evangelischen Ehen steht in allen Landeskirchen höher als in Preußen. Auch die Taufziffer unehelich geborener Kinder ist in Preußen unternormal und in Berlin besonders niedrig. Die Trauungsfälle bei Eheschließungen sind seit 1900 in erheblichem Wachstum begriffen, und nicht nur in den absoluten Zahlen, sondern es geht auch die Prozentziffer der kirchlichen Trauungen stetig zurück. Die verfallene Taufziffer wird gelegentlich der Ehescheidung und Konfirmation verhältnismäßig oft nachgeholt, was bei der kirchlichen Trauung wegen der damit verknüpften öffentlichen Tätigkeit nur feldere Ausnahme bleibt. In Berlin wurden noch im Jahre 1907 17 442 evangelische Paare kirchlich getraut, im letzten statistischen Jahre (1908) ist diese Ziffer auf 9390 kirchliche Trauungen gefallen, es blieben also in dem einen Jahre allein 7000 Paare ohne den kirchlichen Segen. Von 2677 gemischten Paaren (beider Konfessionen) wurden nur 821 Paare protestantisch getraut. Man ersieht auch aus dieser Statistik, die in Berlin für acht Jahre ein Sinken der Ziffer um 8 Prozent aufweist, wie stark der Einfluß der protestantischen Kirche im Rückgang begriffen ist. Seit dem Jahre 1903 zeigen alle deutschen evangelischen Landeskirchen auch in der Beteiligung an kirchlichen Abendmahl einen unaufhaltsamen Rückgang. In der Provinz Brandenburg beteiligten sich noch vor 10 Jahren über 83 Proz. der evangelischen Bevölkerung an der Kommunion, in Berlin augenblicklich nur 7 bis 8 Proz. einmal im Jahre! Und diese altkirchliche Sitte ist doch zweifellos von der Kirche selbst heruntergewirtschaftet worden.

Da wird wohl den evangelischen Predigern im schwarzen Rock, deren Maximen nicht mehr tangen wollen, trotz allen Gottesgnadentums bald weiter nichts übrig bleiben, als ganz offiziell den Konkurs anzufagen. Das „Reich“ kann wieder von Kirchenpleite reden.

Ein neues Warenhaus hat die Firma B. Wertheim gestern in der Leipziger Str. 75/76 am Dönhofsplatz eröffnet. Das ehemalige Sonntagliche Kaufhaus ist gänzlich umgestaltet und elegant hergerichtet worden. Welchen Umfang das neue Kaufhaus hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Verkaufspersonal aus etwa 500 Köpfen besteht, während außerdem 150 Personen als Handwerker und sonstige Angestellte beschäftigt sind.

Durch die Eröffnung dieses Geschäftshauses dürfte ein interessanter Konkurrenzkampf zwischen Jandorf am Spittelmarkt und Tieg am Dönhofsplatz entbrennen.

Der falsche Sternidel. Der im Potsdamer Krankenhaus schwer krank eingelieferte Arbeiter Konrad Winn, der für den Raubmörder Sternidel gehalten wurde, ist gestorben. Er ist nicht mit Sternidel identisch. Die Berliner Kriminalpolizei hat einen Beamten nach Potsdam entsandt und durch daktyskopischen Vergleich zweifelsfrei festgestellt, daß der tote Raubstreicher nicht der langgesuchte Raubmörder August Sternidel ist.

Ehetragödie.

Ein Drama, dem zwei junge Menschen zum Opfer gefallen sind, hat sich gestern auf dem Gesundbrunnen abgespielt. In seiner Wohnung Vastianstr. 4 wurde gestern nachmittag das Mäusche Ehepaar tot aufgefunden. Beide waren einer Gasvergiftung erlegen. Ueber die Tragödie geht uns folgender Bericht zu:

Im zweiten Stockwerk des Hauses Vastianstraße 4 wohnte seit etwa Jahresfrist der Bureaubeamte Georg Rau mit seiner Ehefrau Anna. Er war kürzlich 24 Jahre alt geworden, während sie im 23. Lebensjahre stand. Er war in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft tätig gewesen. Die Ehe war anfangs eine recht glückliche. Da glaubte die Frau eines Tages die Beobachtung gemacht zu haben, daß es der Mann mit der Treue nicht allzu ernst nahm. Sie brachte in Erfahrung, daß er mit einem jungen Mädchen verkehrte, und man hatte ihr sogar hinterbracht, daß ein uneheliches Kind vorhanden sei. Infolgedessen kam es nun in der Ehe sehr häufig zu recht unerquicklichen Auftritten. Frau M. machte ihrem Mann wiederholt Szenen, und wenn dann M. bestritt, was

ihm die Frau vortwarf, so geriet die letztere in umso größere Erregung. Sonntag abend in der ersten Stunde hörten die Nachbarn wieder großen Lärm in der Mäuschen Wohnung. Es war zwischen dem Paare wieder zu einem Austritt gekommen. Rau legte sich später zu Bett, während die Frau noch aufblieb. Es war in der Unglücklichen der Entschluß gereift, sich und ihren Mann ums Leben zu bringen. Noch in der Nacht schritt sie zur Ausführung ihres Planes. Während der Mann schlief, öffnete sie im Schlafzimmer die Gasähne und verschloß die Fenster und die Tür. Sodann legte sie sich auch schlafen. Als nun gestern nachmittag die Mutter des Rau kam und nach dem Rechten sehen wollte, klopfte sie vergeblich an die Korridortür. Ein intensiver Gasgeruch drang aus der Wohnung heraus, so daß man die Polizei benachrichtigte. Die Tür wurde nun durch einen Schlosser geöffnet und als man das Zimmer betrat, fand man die beiden Eheleute tot in den Betten auf. Das Zimmer war vollständig mit Gas angefüllt. Ein aus der Nachbarschaft hinzugerufener Arzt vermochte die beiden nicht mehr ins Leben zurückzurufen. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Opfer seines Berufs. Sonnabendnachmittag ist in dem Betriebe der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation ein bösenartiger Unglücksfall passiert. In der Abteilung für Silbrosfabrikation Nr. 3 ist bei Vornahme einer Reparatur an der Druckleitung der Schlosser Otto Triester in einer Höhe von fünf Metern von der Leiter gefallen. Bei dem Sturz erlitt T. einen doppelten Schädelbruch. Bald nach der Einlieferung in die Charité verstarb der Verunglückte.

Mit der Fürsorge für Kranke und Genußende in Heimstätten. Erholungs- und Heilstätten hatte sich die Armenverwaltung in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zu beschäftigen. Die in den Etat 49 für das Jahr 1910/11 eingestellten 200 000 M. haben nicht lange vorgehalten. Bereits am 30. Juni erließ die Armenverwaltung an die Armenärzte und Armenkommissionen eine Verfügung, in welcher mitgeteilt wurde, daß die zur Verfügung stehenden Mittel durch die in den Monaten April bis Juni bewilligten Entlassungen der Kinder voll in Anspruch genommen seien, und daß von weiteren Ueberweisungen Abstand zu nehmen sei. In Fällen, wo eine Anstaltsbehandlung unbedingt nötig sei, sei Krankenaufnahme zu empfehlen. In leichteren Fällen sollten die Kräfte andere Stärkungsmittel in der Wohnung verwenden. Bereits im November d. J. forderten unsere Genossen statt einer Nachbewilligung von 100 000 M. 175 000 M., welche die Armenverwaltung ebenfalls verlangte; leider lehnten der Magistrat sowohl als auch die Stadtväter diese unerlässliche Forderung ab. Auch für das laufende Etatsjahr wurde ein Betrag von 300 000 M. für nötig gehalten, aber nur 200 000 M. bewilligt. Jetzt ist die Besetzung da. Es liegen nur 1600 Anmeldungen vor, welche von Armenärzten, Armenkommission, Kreisvorsitzer und ärztlichen Deputierten der Armenverwaltung geprüft sind und nach welchen die Entsendung der Kinder für absolut notwendig ausgesprochen ist. Die Aufnahme in die Heilstätten muß aber verlagert werden, weil keine Mittel vorhanden. Ein solcher Zustand ist der Stadt Berlin nicht würdig. Es fand daher eine umfangreiche Aussprache über den Wert der Heilstätten statt. Daß sich noch immer wieder Herren finden, welche erklären, daß man die städtischen Mittel nicht für solche Behandlung armer Kinder aufwenden dürfe, die Beträge gingen ins Uferlose, der Mittelstand könne sich das auch nicht leisten, zeigt eben, daß sie weder den Wert der Heil- und Erholungsstätten, noch die soziale Verpflichtung der Stadt begriffen haben. Genosse Dinge wies darauf hin, daß ein Jurid in dieser wichtigen Frage nicht mehr zu denken sei. Charlottenburg habe im vergangenen Jahre auf städtische Kosten 288 Personen in Lungenheilstätten, 49 Personen in Pflegeheimen, 32 Kinder in Seebädern und 1325 Personen, darunter 1008 Kinder, in Wald- und Erholungsstätten Aufnahme gewährt. Berlin habe also prozentual bisher nicht zuviel geleistet. Ein Antrag, beim Magistrat zu beantragen, für die weitere Entsendung von Kindern 200 000 M. zur Verfügung zu stellen, wurde dann fast einstimmig angenommen. Wie lange aber werden die hilfsbedürftigen Kinder nun noch warten müssen, ehe Magistrat, Kammerer und Stadtvordernete Ja und Amen gesagt haben.

Das Schicksal einer unehelichen Mutter.

Unter dem Verdacht der Kindesaussetzung ist eine 36 Jahre alte Dienstmagd Antone Sgaja vorläufig festgenommen worden. Vorgestern nachmittag um 5 Uhr ging eine Dame am Museum zwischen der Neuen Friedrich- und Klosterstraße entlang und hörte dort plötzlich Kindergeschrei. Sie sah sich um, bemerkte in einem Winkel ein Pösetchen und fand darin ein einige Wochen altes Kind, das in Windeln eingewickelt war und jämmerlich weinte. Die Polizei, der sie das Kleine übergab, brachte es nach dem Waisenhaus. Gestern morgen nun erschien auf einem Revier die Sgaja und erzählte ihre Lebensgeschichte. Hiernach kam sie vor einem Vierteljahr von Putzig nach Berlin, war in der Charité und wurde vor vier Wochen mit dem Kinde von dort entlassen. Seitdem hielt sie sich im städtischen Obdach auf. Als sie vorgestern nachmittag in der Nähe des Mühlendamm eine Straße, deren Namen sie nicht kennt, entlang ging, kam eine Frau auf sie zu und fragte sie, wohin sie mit dem kleinen Kinde wolle. Sie erwiderte, daß sie die Waise gehabt habe, es in das Waisenhaus zu bringen. Dort sei es ihr aber wegen Ueberfüllung nicht abgenommen worden. Jetzt nahm ihr die Frau das Kleine ohne weiteres vom Arm und erklärte, sie wolle es in Pflege geben, wie sie es schon mit mehreren Kindern getan habe. Inwiefern letzteres richtig ist, wird nachgeprüft. So weit die Erzählungen der Mutter. Polizeibehörde scheint, daß die Sgaja, aller Mittel bar, sich keinen Rat gewußt hat, was sie mit dem Kinde anfangen solle, und es selbst ausgehakt hat. Gewissensbisse haben sie dann wohl getrieben, zur Polizei zu gehen und sich zu erkundigen, was aus dem Kinde geworden ist. Die Mutter wurde vorläufig in Haft genommen.

Erbitterte Schwänenkämpfe kann man jetzt fast täglich auf den zahlreichen Wasserläufen der Spree und der Havel beobachten. Die jungen Schwäne, die in diesem Jahre auf 600-800 Stück berechnet werden, haben begonnen, sich von den Eltern zu trennen und sich ein eigenes Revier aufzusuchen. Aber ehe sie irgendwo einen Platz finden, der ihnen zur Ansiedlung geeignet erscheint, sollen sie ihnen mancherlei Gemütspeise in den Weg werfen. Heberall findet der Nachwuchs schon die besten Stellen besetzt, so daß die „Alteingesessenen“ oft gezwungen sind, ihren Sitz gegen die fremden Eindringlinge mit Flügel und Schnabel zu verteidigen. Bei diesen Kämpfen kommt es nicht selten vor, daß Blut fließt und so mancher der Streiter zu Tode verblutet. Der Schwächere muß in der Regel weiterwandern, aus welchen Umständen es sich auch erklärt, daß sich die Schwäne von Jahr zu Jahr immer weiter ausbreiten, sehr zum Leidwesen der königlichen Schwänenweiberei, der es dadurch sehr erschwert wird, die Tiere im Herbst zur Aufnahme des vorhandenen Bestandes und zum Ruffen der Schwänenbauern zusammenzutreiben. Einen hübschen Anblick bietet es, wenn sich die einzelnen Jungen nicht von den Ältern trennen, sondern als Nesthaken mit ihnen gemeinsam weiter ziehen und unbekümmert um die Kämpfe der Stammes-

genossen stolz und stolz die Wassertrögen durchführen. Die Schwäne auf den öffentlichen Flußläufen gehören bekanntlich der Krone.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr in der Wanteuffelstraße. Als ein Chauffeur mit seinem Daimler-Motor die Wanteuffelstraße entlang fuhr und im schnellen Tempo in die Köpenicker Straße einbog, fuhr er gegen eine Autodrolsche. Der Anprall war so stark, daß er beunruhigt liegen blieb und mit demselben Auto nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft werden mußte.

Eine Familientragedie, die wahrscheinlich einer Frau das Leben kosten wird, rief Sonntagabend in der Reinickendorfer Straße große Aufregung hervor. In dem Hause Nr. 82, im dritten Stock des Quergebäudes wohnte der 54 Jahre alte Schuhmacher Louis Rosenfelder mit seiner 51jährigen Frau Friederike und zwei Söhnen von 18 und 16 Jahren. Das Paar ist 25 Jahre verheiratet. Die Ehe war glücklich, bis Rosenfelder vor 1½ Jahren 250 Mark erbt. Diese Summe erschien ihm so hoch, daß er glaubte, nicht mehr arbeiten zu brauchen. Er trank und ließ sich von seiner Frau, die Mängel nähte, ernähren. Schließlich wies die Frau dem Manne die Tür. Am Sonntagabend suchte er seine Frau wieder auf. Als sie ihm den Zutritt zur Wohnung verweigerte, zog er einen Revolver aus der Tasche und schoß ihn zweimal auf die Frau ab. Eine Kugel verwundete sie leicht an der Brust, die andere schwerer an Arm und Hals. Als Rosenfelder jetzt die Waffe gegen sich selbst richtete, kamen zwei Schläger von Köpenick hinzu, entrißten sie ihm und hielten ihn fest. Auch andere Hausgenossen eilten auf den Lärm herbei und Rosenfelder erhielt jetzt fürchterliche Beißel. Dann hielt man ihn in der Küche fest, bis der Vorsteher des 89. Polizeiviertel aus der Uferstraße mit mehreren Beamten erschien. Die verwundete Frau wurde nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand war heute morgen sehr bedenklich. Rosenfelder war so geschlagen worden, daß er stark blutete und nach der Charité gebracht werden mußte. Er wird wahrscheinlich ein Auge verlieren.

Ein Hochkappler namens Margolin, der in Berlin als flotter Lebensmuff und im Verein mit seiner Geliebten, einer gewissen Frieda, Schindlerleien im großen verübte, war seit einigen Tagen flüchtig. Auf Grund eines gegen ihn erlassenen Steckbriefes ist er jetzt in einem Hotel in Petersburg festgenommen worden.

Das Opfer eines Säurestörers wurde Sonntagabend ein Fräulein Eichenberger, das sich zurzeit in der Familie des hiesigen Regimentsrats Dr. R. in der Giltstraße in der Kolonie Grunewald zu Besuch aufhält. Als Fräulein Eichenberger um 10½ Uhr vom Bahnhof nach Hause ging, folgte ihr ein Mann durch die Gumboldstraße bis vor die Haustür der Giltstraße. Während sie dort stehen blieb, um aufzuschließen, erhielt sie von ihm plötzlich einen Stoß in den Rücken und fühlte zugleich ein Brennen auf einer Hand. Sie hatte nun schon die Tür geöffnet und sah in das Haus hinein, während der Mann davonlief. In der Wohnung erst merkte sie, daß ihr mit einer Säure der Handschuh und das ganze Kleid besprüht und verdorben war.

Vor den Augen seiner Braut erschossen hat sich Sonntagabend der 21 Jahre alte Hotelfürherer Artur Hillmann aus der Köpenickerstraße. Der junge Mann unterhielt dreiviertel Jahre lang mit einer 19 Jahre alten Martha R., die als Hausmädchen in einem Hotel in der Köpenickerstraße tätig ist, ein Liebesverhältnis. Dieses Mädchen gab ihm vor einigen Tagen den Abschied. Sonntagabend kam der junge Mann kurz nach 10 Uhr nach dem Hotel in der Köpenickerstraße, um sich mit seiner Braut auszusprechen. Er traf sie auf dem Flur und verlangte nach einer Unterhaltung von wenigen Minuten die Erklärung, daß sie ihm wieder gut sein wolle. Als das abgelehnt wurde, zog er einen Revolver aus der Tasche, schoß sich vor den Augen der Braut eine Kugel in den Kopf und brach bewußlos zusammen. Schwer verletzt wurde der Verwundete nach der Charité gebracht, wo er gleich nach der Aufnahme starb.

Sprengungen wurden in den letzten Tagen an den Fundamenten des alten Zeppelinplatzes vorgenommen. Ein Augenzeuge schreibt uns hierzu: Am Freitag wurde fünf Meter von nicht abgesetztem Fahrdamm entfernt mit Dynamit gesprengt. Ein Polizeibeamter war auf dem Baugrund zur Überwachung anwesend. Trotzdem wurden nicht einmal Bretterverbau auf die zu sprengenden Fundamente gelegt, um das Hintwegschleudern von Gestein zu verhüten. Dadurch wurde es möglich, daß bei einer Sprengung die hauptsächlich geschleuderten Trümmer auf die belebte Straße flogen und hier auf dem dem Bauplatz gegenüberliegenden Fußsteige einen dort gerade Waren verladenden Arbeiter der Weinhandlung Vorkardt so schwer verletzten, daß er sofort mit einer fürchterlichen Kopfwunde nach dem Krankenhaus transportiert werden mußte.

Am Sonnabend vormittag wurde wieder in Gegenwart eines höheren Polizeibeamten gesprengt. Die Fundamentstücke wurden vor dem Sprengen mit einer Bretterwand zugedeckt. So wird es jetzt gemacht, nachdem ein unbeteiligter Arbeiter schwer verletzt worden ist. Es bleibt die Frage offen, ob die Bauleitung wegen des Unglücks am Freitag verantwortlich gemacht wird. Die Polizei, die sonst die Straßen so streng und eifrig absperrt, dürfte die moralische Verantwortung des Unglücks am Freitag kaum ablehnen können.

Eine Ausstellung von Erzeugnissen der Berliner Laubenkolonien wurde am Sonntag in den Sophienhallen eröffnet. Neben prächtigem Obst sieht man selbstgezeugenes Gemüse von ungewöhnlichen Dimensionen, Riesensartoffeln, mächtige Kohlköpfe und wahre Rübentollose. Die Tierwelt repräsentieren Hühner, Gänse, Tauben, Enten und besonders zahlreiche Kanarienvögel. In einem offenen Wort zur Fleischsteuerung wird eine angelegentlich der hohen Fleischpreise sicher erfolgreiche Propaganda für den wohlverschmeckenden, zu Unrecht unterschätzten Kanarienvogel gemacht. Die Blumenzucht steht in den Laubenkolonien, wie die Ausstellung beweist, auf einer recht hohen Stufe. Charakteristisch für unsere Laubenkolonisten ist der am Eingange der Sophienhallen ausgebrachte Spruch: „Des Großstadtbauern ganze Welt, es ist und bleibt das schöne Feld“.

Zirkus Busch hat am Sonnabend seine Winterpielzeit eröffnet. Der große Zuschauertraum war dicht gefüllt. In den Logen bewegte sich ein hochdelegantes Publikum. Die Damen benutzten den Premierenabend, die neuesten Kleider- und Hutmoden zur Schau zu stellen. Das Programm brachte nach den verschiedensten Richtungen hin Abwechslung. In erster Reihe stand die Reitkunst. Herr Alfred Dit erweist sich als vollendeter Schutzeiter, was auch von Herrn Burkhart-Boottitt festgestellt werden kann. Der Wallach des Herrn Boottitt tangte einen Wölger, besser als manches Kanarienvogelchen. Auf dem Gebiete der Freizeitsport hatte Herr Paul Schumann neue Leids erlitten, ihm wurde im zweiten Teile des Programms von Herrn Direktor Orlando Konträrenz gemacht. Die Weltfamilie Fredianis entwickelte zu Pferde außerordentliche Gewandtheit im Springen. Sehr interessant war eine auf acht Schulherben von vier Herren und vier Damen gerittene Daubville. Als Trapezisten produzierten sich die Edwards und als geübte Reiterinnen die Vanolo-Truppe. Viel Spaß machten Fußball spielende Hunde, von denen besonders die Torwächter eifrig auf ihrem Posten. Daß die Clowns mit ihren alten und neuen Wippen für den Humor sorgten, versteht sich am Rande.

Zirkus Schumann hatte gleichfalls am Sonnabend seine Eröffnungsvorstellung angelegt. Und auch hier in der Karlstraße äußerlich das selbe Bild wie in dem Konkurrenzunternehmen an der Börse. Sowohl auf dem Gebiete der Pferdebesitzer wie auch auf dem der Akrobatik wurde Erstaunliches geleistet. Unter der Fülle des Gebotenen seien zunächst die neuesten Sportdressuren des Direktors Schumann, in denen eine rote gegen eine blaue Partei sportgerecht spielt, erwähnt. Fräulein Schumann und Herr Karl Doh stellen ein Spaghenpaar zu Pferde dar. Verwunderung erregten die Kunststücke der etwa zwei Dutzend weißen Kalabris, die sich als Trapez-

turner, Radfahrer und Parterreakrobaten präsentierten. Von Herrn Bono wurden zum ersten Male sechs Aufwinder Bergspinnnetts als Fickelkünstler vorgeführt. Von zweifelhafteicher Wirkung war die Vorführung eines burladigen Fickels mit Hund, die als Pferde verkleidet waren. Auf ihren Rücken ritten Puppen hohe Schula. Den Schluß der Premiere bildete ein turnerisches Lustspiel.

Personen, welche gesehen, wie der 8½-jährige Sohn des Brauers Fr. Nagel, Tresdowstr. 87, am 22. Juli, mittags 1½ Uhr, vor dem Hause der Eltern durch einen Omnibus auf dem Bürgersteig überfahren und getötet wurde, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten (besonders die Fahrgäste des Wagens), bei Obengenanntem zu melden. Unkosten vergütet.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Mit einer wichtigen Tagesordnung wird sich die am Donnerstag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses, Berliner Straße 63, tagende Stadtverordnetenversammlung beschäftigen.

In öffentlicher Sitzung steht u. a. zur Verhandlung: Aufhebung von Stadtverordnetenmandaten. Auslosung von Stadtverordneten. Verantwortung der Interpellation betreffend die Aufstellung der Stadtverordnetenwählerlisten. Einprüfungen gegen die Stadtverordnetenwählerlisten. Etatsüberschreitungen: a) Vorschlag der Schulverwaltung für 1909. Beitrag zur Alterszulagenkasse, b) Kapitel IV Titel 7 Nr. 2 (Löhne an die Wärterinnen der Bedürfnisanstalten einschließlich Versicherungsbeiträge). Vermehrung des Bestandes an Milchkühen in Voddinsfelde und Verstärkung von Etatspositionen. Bewilligung von Mitteln für den weiteren Ausbau des Rieselfeldes Voddinsfelde. Errichtung von Bedürfnisanstalten. Bauische Änderungen im Hundeschl. Gewährung einer Ehrengabe an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer.

Charlottenburg.

Den Tod in der Syree suchte vorgestern nacht die Frau des in der Galvanistr. 8 wohnhaften Arbeiters Bajohr mit ihrem jüngsten Kinde. Als ihr Mann um 11 Uhr abends noch nicht zu Hause war, schloß die Frau ihre beiden fünf und sieben Jahre alten Kinder in der Wohnung ein und begab sich mit den drei jüngsten nach dem Salzwer. Hier sprang sie mit dem jüngsten neun Monate alten Kinde ins Wasser. Auf das Geschrei der beiden Kinder kamen Bewohner eines Hauses am gegenüberliegenden Charlottenburger Ufer herbei, die sich an die Rettung der Lebensmädchen machten. Es gelang ihnen auch, Mutter und Kind dem Wasser zu entreißen. Im Krankenhaus Westend, wohin man sie gebracht hatte, wurden sie ins Bewußtsein zurückgerufen. Hier soll Frau Bajohr angegeben haben, daß sie aus Not zu der Verzweiflungstat veranlaßt worden sei.

Schöneberg.

Der Eröffnungstermin der Schöneberger Untergrundbahn steht noch nicht fest und es dürfte trotz rastloser Tätigkeit noch einige Zeit verstreichen, bevor definitiv bestimmt werden kann, daß der Verkehr eröffnet wird. Der mit der Unternehmerin Siemens u. Halske abgeschlossene Vertrag, worin dieselbe verpflichtet ist, die Bahnanlage nebst Betriebsausrüstung innerhalb zweier Jahre betriebsfähig herzustellen, ist nicht erfüllt worden. Der Termin wäre der 1. Oktober dieses Jahres. Auch die in dem Vertrage vorgezeichneten Klausel von der höheren Gewalt, Ausperrungen oder Streiks können nicht zur Entschuldigung herangezogen werden. Der Zweck der Bahn war, das West- und Südostgelände zu erschließen, damit dieser Teil der Gemarkung Schöneberg möglichst schnell bebaut werden sollte. Soweit das Gelände an der Untergrundbahn erschlossen, wurden den Bauinteressenten derartige Bauverträge vorgelegt, daß sich niemand bereit fand, dieselben zu erfüllen. Vorderwohnungen, bestehend aus sieben, acht und neun Zimmern sowie Hinterwohnungen mit mindestens drei Zimmern waren das mindeste, was beim Bau verlangt wurde. Die Untergrundbahn ist also nur für das ganz vornehme Publikum bestimmt. Da durch den Bau der Bahn die Hausbesitzer der anliegenden Straßen die größten Vorteile erzielten, so sollten dieselben zu den Kosten herangezogen werden. Davon wurde später Abstand genommen in der Annahme, daß die Bautätigkeit nunmehr einleiten werde; auch diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Ferner kommt hinzu, daß die Bahn vorerst die kurze Strecke von der Hauptstraße bis zum Rollendortplatz genehmigt ist. Die weitere Trasse bis Behrenstraße, Brandenburger Tor, Reichstag, Bahnhof Friedrichstraße ist noch nicht genehmigt. Des weiteren kommt das Fehlen einer Betriebsgemeinschaft mit der Verlängerung bis Wannsee, Potsdam hinzu. Schon vor Jahren waren Verhandlungen mit der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen eingeleitet, nur deren maßlose Forderungen, pro Fußgänger und Wagenkilometer bei einer Verbesserung von fünf Millionen Fahrgästen 2,0 Pf. zu verlangen, haben zum Scheitern geführt. Eine Gegenrechnung ergab, daß wenn die Gesellschaft einen Gewinn erhält, sie glänzende Einnahmen für sich aus dem Stadtbüchel bezieht. Öffentlich gelangen die Verhandlungen zum baldigen Abschluß. Denn im Verkehrsinteresse liegt es, eine baldige Einigung zu erzielen und an den Ausbau der Bahn heranzutreten.

Steglitz.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt der Abgeordnete des Kreises, Genosse Fritz Hubell, einen Vortrag über die Aufgaben des Parteitages in Rugeburgr. Am Schluß seines Vortrages kam der Redner auch auf die Vorgänge in Baden zu sprechen. Er beurteilte das Verhalten unserer Genossen auf das Entschiedenste. Die Versammlung schloß sich dem Wunsche des Referenten an, daß der Parteitag einen Beschluß fassen möge, wonach derartige Vorläufer für die Zukunft unmöglich werden. Der Vorsitzende gab hierauf seinen Bericht, der nur die letzten Monate umfaßt. Die Mitgliederzahl ist von 508 auf 652 gestiegen. Auch die Organisation der Frauen zeige Fortschritte. Die Mitgliederzahl betrage 80. Ueber die Kreisversammlung erstattet Bleichschmidt Bericht und über die Verbandsversammlung von Groß-Berlin Genosse Mohr. — In den Jugend- und Bildungsausschüssen wurden gewählt die Genossen Füllerer, Spieshardt, Wid und Frau Pasow. Die Versammlung nahm folgenden Antrag zur Verlesung an: Eine Beitragserhöhung kann erst dann vorgenommen werden, wenn die Kreismitglieder in einer Abstimmung sich dafür entschieden haben.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Beginn der Sitzung entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob es in Zukunft zulässig sein soll, Anträge noch während der Sitzung zu stellen. Beschlossen wurde, daß Anträge als dringlich angesehen werden, wenn der Antrag auf Besprechung derselben von der Mehrheit der gesamten Gemeindevertretung (nicht der Anwesenden) unterstützt wird. Dieser Beschluß wird am empfindlichsten die Vertreter der Arbeiterpartei treffen, da sie als Minderheit bei allen wichtigen Angelegenheiten die Vertreter des Spießertums geschloffen gegen sich haben. In der vorletzten Sitzung waren für die hilfsbedürftigen Veteranen 1800 M. bewilligt worden. Der Vorsitzende des Kriegervereins, Herr Gemeindevertreter Denbrich, erklärte damals stolz, daß mit einigen Ausnahmen alle Veteranen, welche am Orte anwesend sind, dem Kriegerverein angeschlossen sind. Er gab die Zahl der hilfsbedürftigen aus dem genannten Verein auf etwa 40 an. Gemeindefürher haben sich außerdem noch 40 bedürftige Veteranen, welche nicht dem Kriegerverein angehören. Es müßten aus diesem Grunde noch etwa 1200 M. nachbewilligt werden. Die im Rai angenommene Umsatzsteuerordnung hat nicht die Befähigung des Ver-

zirkelschusses gefunden. Außer einigen unwesentlichen Änderungen wurde verlangt, daß überall das Wort Gemeindevorstand durch das etwas prechischer klingende Wort Gemeindevorsteher ersetzt werde. Unser Genosse Richter wies darauf hin, daß nach der Landgemeindeordnung der Bezirksausschuß durchaus nicht das Recht habe, nach dieser Richtung hin Vorschläge zu machen; er ersuchte, es bei der alten Fassung zu belassen. Nachdem noch verschiedene der alten Herren über das Verlangen des Bezirksausschusses geäußert hatten, stimmten die bürgerlichen Vertreter dem Vorschlag des gefährdeten Bezirksausschusses zu. Die Klemmerarbeiten für die höhere Mädchenschule werden der Firma Paul Tohm, Schöneberg, zum Angebotsbetrage von 11 283,10 M. vergeben. Die Ausgestaltung des inneren Pichthofes als Aula wird der Firma Blumenfeld u. Co. für 16 008,40 M. übertragen.

Reinickendorf.

Die Absicht Berlins, die Sonntagsarbeit auf drei Stunden herabzusetzen, beschäftigte am Mittwoch zwei öffentliche Versammlungen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Beschäftigten Deutschlands und des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes mit dem Thema „Her mit der Sonntagsruhe“.

Die Referenten Dornick, Horn, Samidt und Gemeindevertreter Ohi schilderten den langen und ähren Kampf der Handlungsgehilfen für die vollständige Sonntagsruhe. Sie wiesen darauf hin, daß durch das absichtlich mangelhaft gefakte Gesetz die Bestimmungen fast in jedem Orte anders sind und die Gemeinde noch das Recht habe, die fünfständige Verkaufszeit über den ganzen Sonntag zu verteilen. Die Gemeinde habe schon jetzt das gesetzliche Recht, die vollständige Sonntagsruhe einzuführen. Es wurde lebhaft gefordert, daß der Kampf der Angestellten noch dadurch ersichert werde, daß gerade die Arbeiter ihre Einkäufe am Sonntag machen.

Folgende Resolution wurde in beiden Versammlungen angenommen:

„Die heute in Reinickendorf versammelten Handlungsgehilfen und Transportarbeiter nehmen Kenntnis von der Absicht des Berliner Magistrats der ortstatutarischen Neuordnung der Sonntagsarbeit und erklären die Festsetzung der dreifünftägigen Verkaufszeit von 7 bis 10 Uhr, mit Ausnahme der Lebensmittelbranche, für unhaltbar. Sie fordern die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe aller Branchen als eine Notwendigkeit, um so mehr, als der Kommune das gesetzliche Recht schon lange zusteht und die Durchführbarkeit durch Beispiele wie Frankfurt a. M. bewiesen ist. Mit aller Entschiedenheit muß aber Protest erhoben werden gegen Ausnahmebestimmungen für irgend eine Branche.“

Die Versammelten erwarten von der Gemeindeverwaltung Reinickendorfs, daß sie die vollständige Sonntagsruhe aller Branchen einführt und Berlin und die übrigen Vororte veranlaßt, daselbst zu tun.

„An die Arbeiter, speziell die organisierten, die sich schon öfter für diese Forderung ausgesprochen haben, richten die Versammelten die dringende Bitte, den Geschäftsinhabern auch den letzten Schein einer berechtigten Entgegung zu nehmen, indem sie sich verpflichten, Einkäufe an Sonntagen unbedingt zu unterlassen, um dadurch den Kampf der im Handelsgewerbe Tätigen zu erleichtern.“

Die Versammlungsleiter forderten die Handlungsgehilfen zum besseren Ausbau ihrer Organisationen auf, damit dem Kampfe mehr Nachdruck verliehen wird. Mitgliederanmeldungen nimmt entgegen Gg. Andro, Amendestr. 21.

Nieder-Schönhausen-Nordend.

Der Ausbau der Germaniastraße ist in nächstöffentlicher Sitzung der Gemeindevertretung endlich beschlossen worden, die Pflasterung der Straße soll zum 1. April 1911 in Angriff genommen werden. Seit Jahren beschäftigte sich die Vertretung mit dieser Angelegenheit, konnte sich aber von der Notwendigkeit einer Pflasterung nicht überzeugen, trotzdem sich die Straße in einem geradezu skandalösen Zustande befindet. Die Sache bekam erst in dem Augenblick ein schnelleres Tempo, als in diesem Frühjahr die beiden neugewählten sozialdemokratischen Vertreter in das Dorparlament ihren Einzug hielten. Unsere beiden Genossen überzeugten sich von dem Zustand dieser Straße und brachten fast in jeder Sitzung die Angelegenheit zur Sprache, bis sich endlich die Vertretung dazu bequimte, obigen Beschluß zu fassen. In einer Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins, die dieser Tage stattgefunden hatte, wurde auch unter anderem auf diese Angelegenheit hingewiesen, daß es das Verdienst des Gemeindevertreters Freimann (Soz.) sei, der die endliche Pflasterung dieser Straße mit allen Kräften gefördert habe. Ein Beweis, daß die Hausbesitzer auch ihrem schärfsten kommunalpolitischen Gegner ihre Achtung nicht versagen können.

Storkow.

Zu der bereits gemeldeten Brandaffäre im hiesigen Schulhause wird weiter berichtet, daß der Lehrer Kuhn das Feuer selbst angezündet hat. Er hat erst wegen Auflösung des Verhältnisses mit seiner Braut den Entschluß gefaßt, sich zu erschießen. Da der Schuß nach ärztlichen Feststellungen nicht tödlich gewirkt hat, gländete er die Wohnung an und fand den Tod im Feuer.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß auf Antrag des Genossen Selbig, die Magistratsvorlage betreffend die Vermietung von Wohnungen im alten Krankenhaus bis zur nächsten Versammlung zurückzustellen. Ein Steigertum für die Freiwillige Feuerwehr soll an der Labeburger Chauffee auf von der Kirchengemeinde gepachtetem Grundstücken zum Preise von 2031,80 M. errichtet werden. Unsere Genossen verlangten, daß derselbe auf dem säbischen Grundstück des Wasserwerkes erbaut werden solle, worauf von den Bürgerlichen erwidert wurde, man müßte doch den Wünschen einer so gemeinnützigen Organisation Rechnung tragen und ihnen den Platz zubilligen, der ihnen am bequemsten erschiene. Wegen die acht Stimmen unserer Genossen wurde dem Stadtverordneten Rat der Stellelieferung für Schule und Krankenhaus für das Winterhalbjahr übertragen. Von der hiesigen Ortskrankenkasse wurde um Gerabekung der Gebühren in Krankenhaus für ihre Mitglieder ersucht. Genosse Krüger beantragte, dieselben auf 2,50 M. pro Tag zu normieren. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, dahingegen ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Wiener, den Satz auf 2,75 M. zu bemessen, angenommen. Einstimmig beschloß die Versammlung die Anstellung eines Hilfsarztes für das Krankenhaus gegen ein Jahresgehalt von 1800 M., freier Station und Wohnung. Die Maletarbeiten im Erweiterungsbau des Schulhauses wurden dem Baumeister Fiedel zum Preise von 551,90 M. und die Anlage einer Wasser- und Abflusleitung der Gasanstalt Bernau zum Preise von 1532,40 M. übertragen.

Spandau.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Spandau. Am Mittwoch, abends 8½ Uhr, findet bei Böhs ein Übungsabend statt. Dergleichen beginnt am 21. September d. J. ein neuer Kursus. Gäste haben einmahligen freien Zutritt.

Witterungsübersicht vom 12. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Eutinende	763 83	3 heiter	15	Caparanda	767 80	2 Regen	12				
Camburg	762 83	2 Nebel	15	Vielitzburg	771 80	2 wolkenl	11				
Berlin	763 83	1 heiter	15	Seitz	767 80	2 bedeckt	13				
Frankf. a. M.	763 80	2 Nebel	10	Berden	770 83	2 wolkenl	9				
Hannover	761 80	1 bedeckt	12	Varu	764 80	2 bedeckt	14				
Wien	761 83	2 wolkenl	15								

Wetterprognose für Dienstag, den 13. September 1910.
Ein wenig kühler, vielfach wolkenig mit leichten Regenschauern und schwachen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.
Nachdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.